

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgespaltene Zeile
 jeils oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 enden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntabend, den 26. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der französische Socialismus in der Wahlbewegung.

Paris, 23. April.

Die allgemeine Wahlsituation habe ich in einem früheren Artikel skizziert. Die besondere Situation des französischen Socialismus in den Kammerwahlen ist von zwei Thatsachen beherrscht: der Millerand'schen Ministerschaft und der damit verknüpften socialistischen Spaltung.

Es springt in die Augen, daß die Verfallung des Socialismus zu Wahlzwecken jetzt eine stärkere und häufigere Ausdehnung gewonnen hat denn je, selbst als 1893, da der Socialismus als neue Partei zuerst die Wählermasse auf sich lenkte. Damals waren es — neben den früheren Sozialisten — nur die Linksradikalen, die den „socialistischen“ Rebenzweig beilegte, um den Wirkungen des Panama-Skandals zu entgehen, der auch die Radikalen beschmutzt hatte. Jetzt aber wird das Wort „socialistisch“ auf den Wahlplakaten der Demagogen und Mandatsjäger aller möglichen Schattierungen entlehrt. Ganz besonders natürlich in Paris. Hier giebt es zahlreiche Wahlkreise, in denen ein wirklicher Socialist, ein Radikaler und ein Nationalist von einem „socialistisch-republikanischen Komitee“ empfohlen werden. Man darf sagen, daß die Gründe, weshalb Marx und Engels in ihrem „Manifest“ sich Kommunisten und nicht Socialisten nannten, in Frankreich wieder volle Geltung erlangt haben: wie in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat das Wort Socialismus für die große Masse seinen eigentlichen Inhalt total verloren.

Die seit 1893 gemachten Versuche, die Grenzen des proletarischen Socialismus in den Augen der Masse zu markieren, sind durch die neueste Partei-Entwicklung wieder rückgängig gemacht worden. Zwar kann es in Frankreich unter keinen Umständen gelingen, die Mandatsjäger zu verhindern, sich eine socialistische Maske anzulegen, ebenso wenig wie die Republikaner den immer mehr um sich greifenden Mißbrauch des republikanischen Titels durch ausgesprochene Monarchisten verhindern können. Aber der Schaden des Maskenspiels, dessen verwirrende und täuschende Wirkung auf die Wähler, Komitee gewiß auf ein Mindestmaß reducirt werden, wenn eben die Masse gewöhnt wäre, wie in allen Ländern mit einer gereinigten socialistischen Partei, die socialistischen Ideen und Kandidaten von der einen und einigen Partei untrennbar zu sehen.

In den gegenwärtigen Wahlen ist nun aber diese letztere Verbindung am wenigsten erfüllt. Es giebt jetzt vier oder fünf Arten socialistischer Kandidaten: neben den Kandidaten der „Revolutionär-socialistischen Einigkeit“ (Guesdisten und Blanquisten) und der „Föderativen Einigkeit“ (Jaurèsisten) giebt es Kandidaten der „Revolutionär-socialistischen Arbeiterpartei“ (Allemanisten — nur in Paris und Umgebung), der zu keiner der drei Organisationen gehörenden Föderationen (in einigen Departements) und eine Anzahl „unabhängiger“ von ebenförmigen lokalen Wahlkomitees aufgestellter Kandidaten. Dabei war die Spaltung unter den Socialisten noch nie so scharf, so kloppend, so feindselig wie heute. In den mehr oder minder ausföhrlichen Wahlkreisen bildet eine einzige socialistische Kandidatur eine seltene Ausnahme. Im Gegensatz zu 1893 giebt es socialistische Doppellandidaturen auch in den Kreisen bisheriger socialistischer Deputirter.

Was den Charakter der socialistischen Wahlkampagne betrifft, so muß man natürlich die beiden „Einigkeitler“ auseinanderhalten.

Die aus dem Tours-Kongreß hervorgegangene Partei ist weit entfernt davon, den Wahlkampf im proletarischen Sinne auszuföhren. Nachdem ihre Kammerfraktion sich als ein bloßes Anhängel der bürgerlichen Demokratie befähigt hat, sehen ihre Kandidaten dieselbe Politik mindestens in allen den Kreisen fort, wo ein Wahlerfolg winkt und der Erfolg so oder anders von der Haltung der bürgerlichen Radikalen bzw. der Kleinbürgerlichen Wähler abhängt. Die bekannte Stellungnahme des Tours-Kongresses zu den Wahlverbänden hat ja den lokalen Organisationen völlig freie Hand gelassen.

So hat man im Tarn (Jaurès' Departement) gleich im Beginn der Wahlkampagne ein Kartell mit den Radikalen abgeschlossen, kraft dessen die Socialisten neben Jaurès (Carnaux) nur noch einen einzigen Kandidaten aufstellen. Die übrigen vier Kreise fielen den Radikalen zu, darunter auch solche, in denen früher Tausende socialistische Stimmen abgegeben wurden. Dafür haben die Radikalen offiziell beschlossen, gleich im ersten Wahlgang für Jaurès einzutreten. Ebenso wurde auch anderwärts auf die selbständige Aktion Verzicht geleistet auf Rücksicht auf die bisherigen radikalen Abgeordneten.

Hand in Hand damit geht die Vertuschung des proletarischen Charakters der Wahlkämpfe, sobald es der Wahlerfolg erföhrt. In den mit Kleinbürgerlichen Elementen stark durchsetzten Pariser Kreisen verschwindet in den Plakaten und Reden der ministeriell-socialistischen Kandidaten mitunter restlos der proletarische Inhalt des Socialismus. Dafür werden um so energischer die „Interessen des Kleinhandels“ betont. Der Pariser Abg. Monanet läßt sich keine Sorge für die besagten Interessen von den Krämmern bescheligen. Derselbe hatte übrigens seine Campagne eröffnet mit einem in seinem Kreis unter Waldeck-Roussiaux Vorsich gehaltenen Vortrag über den Kampf gegen die Tuberkulose. Der possibilistische Kandidat Heppenheimer wird offiziell auch vom „Republikanischen Komitee für Handel und Industrie“ empfohlen. Der Pariser Abg. Viviani, der persönlich am Tours-Kongreß teilnahm, afföhrt nicht etwa das Programm von Tours wie es der Kongreß beschlossen hatte, sondern ein selbstgebadenes noch ungleich mehr abgeschwächtes Programm.

Hier einige Stellen aus demselben: „Das Werk der socialistischen Partei besteht darin, für die Zukunft eine gerechte Gesellschaft vorzu-

bereiten und für die Gegenwart die großen Interessen des Vaterlandes zu verteidigen, alle Reformen, selbst die geringsten, zu beschleunigen, endlich die Republik gegen die Frechheit der Merkanten und nationalistischen Reaktion zu verteidigen... Weiter wird von der „Notwendigkeit“ gesprochen, „nach einer friedlichen Lösung der socialen Frage zu suchen“... Es gelte, „die Demokratie vom Joche der Plutokratie zu befreien“ und zu diesem Zwecke „dem Volke das Eigentum, diese obere Garantie der Freiheit“, zurückzugeben“, daher „zunächst die Verkehrs- und Kreditmittel zu nationalisieren und dann als unvermeidliche Folge auch die großen Produktionsmittel, die bereits ein Werkzeug der politischen und socialen Unterdrückung in den Händen der Geldaristokratie sind...“ Schließlich wird kurz die „internationale Verständigung der Arbeiter“ erwähnt unter Hinzufügung, daß die Socialisten „sich von den Pflichten des Patriotismus nicht lossagen und bereit sind, Frankreich zu verteidigen...“ Kurzends im Programm ein Wort vom proletarischen Klassenkampf! Und auch das Reformprogramm von Tours hat Viviani durch eine Zusammenstellung der üblichen linksradikalen Forderungen erföhrt.

Am gründlichsten aber hat die Vertuschung und Verfallung des Socialismus wohl der ministeriell-socialistische Pariser Abg. Charles Gras befolgt. In seinem Wahlplakat figurirt der Socialismus überhaupt nur im Titel seines „socialistisch-republikanischen Komitees“, und seine gleichnamigen „Prinzipien“ erschöpfen sich in der Verteidigung der „Forderungen der Demokratie, der Rechte der Arbeiter, der so berechtigten Interessen der Kleinhandlender, der Oberhoheit der Einigkeit, des republikanischen Unterrichts...“ Ferner zählt er auf seine Verdienste um die Stadtviertel und die Einwohner seines Wahlkreises: „In der Marine habe ich (als Adjunkt) Cure Familien entstehen, in den weltlichen Schulen habe ich Cure Kinder aufwachsen sehen“. Zum Schluß ruft er seine Wähler zur „Einigung“ auf, „um der menschlichen Vernunft gegen den Reichthum und der französischen Revolution (von 1789!) gegen jegliche Reaktion zum Siege zu verhelfen“. Noch eins. Neben dem genannten Komitee stellt er an die Spitze die — „republikanische Kongregation“!

Man sieht, Viviani und Gras haben sich über den Beschluß des Tours-Kongresses hinweggesetzt, der die Parteikandidaten verpflichtet, das Programm als Wahlplakat anzuschlagen, trotzdem sie dadurch das Recht verwerfen, der Kammerfraktion der Partei beizutreten. Ja, sie bekennen sich überhaupt auch dem Namen nach auf dem Titel ihrer Plakate zur Partei nicht. Und sie sind nicht die einzigen, — von Millerand schon ganz zu schweigen.

Wie viel Kandidaten dem Kongreßbeschlusse gefolgt sind, wird man später erfahren. Das „Interföderale Komitee“ (früheres Generalkomitee) hat den Kandidaten 40000 von Partei wegen hergestellte Programmschriften zur Verfügung gestellt.

Ueber den Charakter der Wahlaktion der „Revolutionär-socialistischen Einigkeit“ giebt zunächst Aufschluß die vom Centralrat beschlossene Prinzipienklärung, die von allen Kandidaten als Wahlplakat zu verwenden ist:

„Die socialistische Partei Frankreichs, eine Fraktion des organisierten internationalen Proletariats, erstrebt die Befreiung der Arbeit und der Gesellschaft auf folgenden Grundlagen:

„Internationale Verständigung und Aktion der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Klassenpartei zum Zwecke der Eroberung der Macht und der Vergesellschaftung der Produktions- und Austauschmittel, d. h. der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische.“

„Im Gegensatz zu denen, die den Triumph dieser neuen Gesellschaft ins Unendliche verschieben, behauptet sie, daß ihre materiellen oder ökonomischen Elemente bereits heute vorhanden sind und daß, um dieselben ins Werk zu setzen, nur noch die menschlichen Elemente fehlen, d. h. die Aktion eines bewußten und organisierten Proletariats, die ebenfalls bereits heute möglich ist.“

„Eine Partei der Revolution und folglich der Opposition zum Bourgeoisstaat, darf sie unter keinen Umständen, — wenn es auch ihre Pflicht ist, alle Reformen zu erstreben, die geeignet sind, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, — durch die Beteiligung an der Centralgewalt, durch das Votum der Budgets, durch Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien irgend ein Mittel liefern, das die Herrschaft der feindlichen Klasse verlängern könnte.“

Außerdem hat die „Französische Arbeiterpartei“ (Guesdisten) zwei längere Wahlmanifeste erlassen, deren eines speziell für die Gegenden bestimmt ist, die noch keine socialistische Organisation haben — es enthält eine populäre Darlegung des Socialismus, der Bedeutung des Wahlkampfes für die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger, sowie eine Kritik der Bourgeoisparteien. Der eigentliche Parteiauftrag wendet sich insbesondere gegen den Ministerialismus und dann gegen die gegenwärtig im Kampfe liegenden Fraktionen der Bourgeoisie, das Lager der „Verteidiger des Vaterlandes“ und das der „Verteidiger der Republik“. Ueberläßt diese feindlichen Brüder des endenden Kapitalismus ihrer gleichen Ohnmacht und kommt massenhaft zur revolutionär-socialistischen Einigkeit, kommt zur französischen Arbeiterpartei, die auf Euch ruhet, um aus dem nächsten Wahlsieg eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur befreienden Revolution zu machen!“

Die „Revolut.-soc. Einigkeit“ hat nicht weniger als in 570 Wahlkreisen (unter 691) in sämtlichen Departements, mit Ausnahme der Insel Korsika, Kandidaten aufgestellt. Durch diese gewaltige Anstrengung haben die Guesdisten ihren Noubais-Beschluß durchgeführt. Sie haben allein 503 Kandidaten aufgestellt, 47 Kandidaten entfallen auf die Blanquisten und 15 auf sonstige revolutionäre Socialisten, die der Einigkeit noch nicht beigetreten, aber von ihr unterstützt werden. Es handelt sich natürlich im wesentlichen um jäh-

landidaturen, die aber propagandistische und organisatorische Früchte bringen werden.

An bisherigen Mandaten zählte die antiministerielle Fraktion 18, die ministerielle 30.

In diesen Wahlen dürften überhaupt die Stichwahlen sehr zahlreich sein. Giebt es doch für ganz Frankreich 2430 Kandidaten, darunter 394 für die 50 Siege des Seine-Departements, macht durchschnittlich fast 7 Kandidaten für jeden Sitz im Seine-Departement und 4 für jeden Sitz in der Provinz. Die socialistischen Stichwahlen dürften aber relativ besonders zahlreich sein insofern der Doppellandidaturen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April.

Ein Segment-Versammlungsrecht für Frauen!

Wir haben der Öffentlichkeit Kunde davon zu geben, daß in Preußen ein Fortschritt auf dem Gebiete des Vereinsrechts zu verzeichnen ist. Man wird es nicht glauben, aber es ist thatsächlich erreicht, daß Frauen hinfört als Zuhörerinnen an Vereinsversammlungen teilnehmen dürfen — wenigstens im Gebiete des Berliner Polizeipräsidenten.

Aus den bekannten, nachher teilweise eingeschränkten Erklärungen des Ministers Hammerstein im Abgeordnetenhause, daß Frauen in einem „besonderen Segment“ an Versammlungen teilnehmen dürften, hat die Socialdemokratie sofort in der Presse und in der Praxis energisch die Konsequenzen gezogen. Was den Frauen der Provinz zugehört war, mußte auch den Proletarierinnen erlaubt sein, sofern die verfassungsmäßige Gleichheit vor dem Gesetze nicht zur leeren Phrase werden sollte. Unsere Kundgeber ist dem auch von Erfolg gekrönt worden. Anfänglich wiesen die Polizeibeamten noch die Frauen von den Tribünen. Jetzt aber hat das Berliner Polizeipräsident auf eine Beschwerde die Erklärungen des Ministers ausdrücklich acceptirt. Am 18. März wurde eine Versammlung des Wahlvereins des IV. Berliner Kreises (Südost) aufgelöst, weil die auf der Tribüne anwesenden Frauen der Meinung des Beamten, die Versammlung zu verlassen, nicht Folge leisteten. Genosse Karl Liebknecht legte namens des Einberufers der Versammlung, Gen. Paul Hoffmann, Beschwerde ein, auf die unter dem 23. April 1902 folgende Antwort vom Polizeipräsidenten einlief:

Die von Eurer Hochwohlgeboren namens Ihres Mandanten, Maurer Paul Hoffmann eingelegte Beschwerde vom 27. v. M. in Vereinsangelegenheiten sehe ich als erledigt an, nachdem inzwischen die überwachenden Polizeibeamten angewiesen worden sind, in polizeilich überwachten Vereinsversammlungen von der Befugnis, die Einberufung der Frauen zu verlangen, dann keinen Gebrauch zu machen, wenn diese nur als Zuschauerinnen und nicht als Teilnehmerinnen erscheinen sind, und diese ihre Eigenschaft auch durch ihr Verweilen in von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen äußerlich hervortritt.

In Vertretung
Friedheim.

Das ist ein kleiner Erfolg, aber ein Erfolg! Dem Bund der Landwirte wird einst als einziges historisches Verdienst die Anerkennung gezollt werden, daß er „bahnbrechend“ im Versammlungsrecht der Frauen vorgegangen ist. Offen wir, daß bei der nächsten Kreisversammlung des Bundes sich die Frauen nicht nur mit den Männern „vermischen“, sondern auch rednerisch an den Verhandlungen beteiligen. Dann wird der Polizeipräsident sicherlich auch für die proletarischen Frauen die Segment-Straße und das Schweigegebot fallen lassen, sofern sich nicht inzwischen die Reichsregierung entschließt, endlich das völlig sinnlos gewordene Vereinsrecht gesetzlich zu modernisieren und auch den Frauen statt des Segments-Versammlungsrechts die uneingeschränkte Freiheit gewährt, in Versammlungen und Vereinen am öffentlichen Leben wirklich teilzunehmen.

Die Seemanns-Ordnung in dritter Lesung.

Der Reichstag begann am Freitag die dritte Lesung der Seemanns-Ordnung mit einer ziemlich ausgedehnten Generaldebatte. Zur Verteidigung der Reederinteressen fand sich ein Quartett zusammen aus den Abgeordneten Stockmann, Semler, Frese und Lenzmann. Diese vier zeichnen verantwortlich für eine Reihe von Anträgen, die weitere Verschlechterungen der Vorlage für die Seeleute bezwecken. Herr Lenzmann hat es allerdings vorgezogen, eine „bringende Reise“ anzutreten. So konnte der Widerspruch, in dem er sich zu dem Gros seiner Fraktion befindet, wenigstens nicht augenfällig werden. Die übrigen gebliebenen drei: die Herren Frese, Semler und Stockmann erhoben in der Generaldebatte ein großes Lamento über die schwere Belastung der Reeder durch die Vorlage. Unsere Genossen Schwarz und Meyer lösten die doppelte Aufgabe, die sie hatten: den Verschlechterungsversuchen Widerstand zu leisten und gleichzeitig den Nachweis zu liefern, daß auch die Beschlüsse zweiter Lesung durchaus nicht den berechtigten Wünschen der Seeleute entsprechen, mit großem Geschick. Es sind fünf Punkte in den Beschlüssen zweiter Lesung, die besonders Bedenken erregen müssen.

Zunächst die Zusammenlegung der Seemannsämtner, dann die Durchführung der Sonntagsruhe, ferner die Uebertragbarkeit der Disciplinargewalt des Kapitäns auf die Schiffsoffiziere, die Verweigerung eines wirksamen Koalitionsrechts unter Ablehnung des Obmannsystems für die Seeleute und schließlich die ungenügende Fürsorge für die Sicherheit der Mannschaft

weil es an den notwendigen Vorschriften über die Untersuchung jedes Schiffes vor der Ausfahrt auf seine Seetüchtigkeit und Tragfähigkeit fehlt. Während sich der Antisemit Raab seinen Ausführungen im wesentlichen angeschlossen, suchte der Centrumsredner Kirch den socialen Fortschritt der in der Vorlage gemacht wird, besonders hervorzuheben. Er erklärte dabei, daß es nur die Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz ist, die seine Partei zur Ablehnung verschiedener socialdemokratischer Anträge veranlaßt hat.

In der folgenden Specialberatung gelang es unsrer Partei, nicht unwesentliche Verbesserungen durchzusetzen. So wurde beschlossen, daß dem Schiffsmann in der dienstfreien Zeit die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes nur aus dringenden Gründen verweigert werden darf, ferner wurde die in der zweiten Lesung beschlossene Einschränkung gestrichen, wonach diese Bestimmung erst nach Beendigung der Schiffsreise gelten soll. Ebenso gelang es weiter, das Seelarmachen am Wochenende und am Sonntag als Ueberstundenarbeit zu charakterisieren.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt. Präsident Graf Vallestrom teilte mit, daß der nächste Gegenstand nach Erledigung der Schaumweinsteuer, der den Reichstag beschäftigen werde, die Diätenvorlage für die Zollkommission sein würde, und ersuchte unter großer Heiterkeit die Parteiführer, für die Heranziehung der nötigen Kräfte Sorge zu tragen.

Das Abgeordnetenhaus

Hat mit Hilfe einer Abend Sitzung nun endlich den Etat in dritter Lesung zu Ende beraten. Wenn nichts dazwischen kommt, wird das Herrenhaus in der ersten Woche des Mai seine Zustimmung zu den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erteilen, so daß der Etat glücklich um den 8. Mai herum verabschiedet werden kann. Dabei ist der Landtag durchaus nicht ungewöhnlich spät einberufen worden; auch hat er so gut wie keine andere positive Arbeit bis jetzt geleistet. Diese Tatsache muß festgenagelt werden angesichts der fortgesetzten Angriffe der bürgerlichen Parteien auf die Socialdemokraten, die angeblich die Arbeiten des Reichstags durch unnütze Reden übermäßig verschleppen.

Der Schluß der Etatsberatung bot nichts, was der Erwähnung wert ist. Die Debatte war lediglich eine Wiederholung von Einzelheiten, die in der zweiten Lesung schon mehr als genug breitgetreten waren.

Am Sonnabend wird sich das Abgeordnetenhaus von seinen Strapazen ausruhen, um am Montag die zweite Lesung der Sekundärbahn-Vorlage zu beginnen.

Schwarze Socialpolitik in der Prags.

Die durch das klerikale Regiment verschuldeten Brutalitäten und Missethaten in Belgien lenken verstärkt die Aufmerksamkeit auf die Arbeitsverhältnisse in dem Lande des schwarzen Regiments. Die Konstatierung der Thatsache, daß in Belgien die Arbeiter am aller schlimmsten ausgebeutet werden, ist den deutschen Merkmalen sehr unangenehm, indem sie renommieren, in Deutschland sei gerade die klerikale Partei der treibende Faktor für die Socialpolitik gewesen.

Gegenüber diesem Schwindel ist es angezeigt, darauf hinzuweisen, daß auch in Deutschland gerade dort, wo ultramontane Größen das Scepter als Großindustrielle führen — in Oberschlesien — die Arbeitsverhältnisse am traurigsten sind. Dort herrscht nicht nur die längste Arbeitszeit, werden die niedrigsten Löhne gezahlt, dort verschmäht man es auch nicht, Frauen in der Grube und Hütte auszubehuten. Nach den jetzt vorliegenden Berichten der Berg- und Hüttenwerke in Oberschlesien für das Jahr 1901 wurden beschäftigt im 4. Quartal.

	Personen		
	überhaupt	männliche	weibliche
In Steinkohlen und Erzgruben	95 785	87 794	7 991
„ Eisen- und Stahlindustrie *)	24 946	23 505	1 441
„ Zink- und Bleihütten etc.	10 471	8 963	1 508
„ Coals- u. Ginfabrikation	3 231	2 781	450
Summa	134 433	123 043	11 390

*) ohne Nebenbetriebe.

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten gehören 8,47 Proz. dem weiblichen Geschlecht an. Und die Frauen und Töchter des Volkes werden hier in Betrieben beschäftigt, die als die gesundheitsschädlichsten für den weiblichen Organismus bezeichnet werden können. Wo findet man in Deutschland ähnliche Verhältnisse?

Und wie der Bildungsseifer der Ultramontanen sich betätigt, das zeigen die Volksschul-Verhältnisse in dem mit Centrumsgrafen gesegneten Oberschlesien. Eine Zusammenstellung darüber ergibt folgendes Resultat:

	Zahl der Schüler		
	Lehrkräfte	überhaupt	auf je eine Lehrkraft
Deutscher Stadt	135	8 120	60,14
„ Land	333	25 200	75,37
Königshütte Stadt	168	11 016	65,54
Kattowitz	57	3 930	68,94
Sorau	12	870	72,50
Gleiwitz	108	8 073	74,75
Zost-Gleiwitz Kreis	193	15 014	77,79
Kattowitz Land	364	25 987	82,88
Hybrid Stadt	13	1 066	82,00
Tarnowitz Kreis	149	12 374	83,04
Sorbje	264	23 019	87,19

Je 81 Kinder werden von einer Lehrperson unterrichtet! Ein ultramontanes Kulturbild, das vervollständigt wird durch die Auspöterung der Frauen (die nach ultramontaner Behauptung ins Haus gehören) in Gruben und Hütten. — Oberschlesien, die Centrumsdomäne, ist das Belgien Deutschlands; würden die Klerikalen vollends das Heft in die Hände bekommen, dann würde ganz Deutschland zu einem Oberschlesien.

Deutsches Reich.

Zolltarifkommission.

Infolge der bevorstehenden Beratung über die Ergebnisse der Berliner Zollerkonferenz wurden am Freitag in der 49. Sitzung der Tarifkommission die Positionen 174 und 175 (Zucker und Stärkezucker) zurückgestellt. Die zur Beratung gelangten Gegenstände, Position 164 bis 183, betrafen fette Oele, pflanzliche Fette, Stärke und Stärkeergänze, und Getränke (Cognac, Brantwein, Weine, Rost, Obstweine). Durchweg wurden die von der Regierung vorgeschlagenen Sätze angenommen. Nur bei der Position eingekochter Rost von Trauben wurde auf Antrag Blankenhorn der Zollsatz von 60 auf 80 M. erhöht. Sämtliche Anträge auf Aufhebung oder Herabsetzung der Zölle wurden abgelehnt.

Zu Beginn der Sitzung überraschte der Abg. v. Wangenheim durch einen selbst bei ihm auffallenden Antrag und eine noch eigenartlichere Begründung. Bei den fetten Oelen hat die Regierungsvorlage eine Erhöhung bei Raps- und Rüb-Öel (von 9 auf 12 M.) und bei Baumwollsaamen-Öel (von 10 auf 12,50 M.) vorgeschlagen. Bei den meisten andern fetten Oelen (Buchedern-, Oliven-, Labot-, Sulfur- und Ricinus-Öel) sind im Entwurf die Sätze des bestehenden allgemeinen Tarifs beibehalten; der Zoll auf Holzöl soll von 9 auf 4 Mark herabgesetzt werden. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte beantragte nun, die vorgeschlagenen Erhöhungen auf 18 M. zu steigern, die Zölle auf Buchedernöl, Olivenöl und Ricinusöl gleichfalls auf den Satz von 18 M. zu bringen und die vorgeschlagene Erniedrigung des Zolls auf Holzöl abzulehnen. Diese Oele sind unentbehrliche Rohstoffe großer Industrien, so der Leder-, der Seifen-, der Stattdruck-, Industrie. Ein Zoll verteuert also, ohne irgend welchen Nutzen der Landwirtschaft zu bringen, die Produktionskosten der den gleichen Industrien auf Kosten des Auslands. Folgerichtig wäre eine Befreiung dieser Zölle, das wüßten auch die beteiligten Industrien. Die Regierungsmotive sind dieser Notwendigkeit nicht gefolgt, nur bei dem für die Lederindustrie wesentlichen chinesischen Holzöl haben sie durch die Follerhöhung einen kleinen Schritt zum Vernünftigen gethan. Herr v. Wangenheim blieb hartnäckig bei dem Unvernünftigen und dessen Ansbau. Begründete er sonst Anträge fast lediglich mit der stereotypen Wendung: „ich kann bei der Begründung kurz sein, der Antrag spricht für sich selbst, die interessierten Kreise wollen das und die müssen wissen, was ihnen frommt.“ so paßte diese Begründung gar zu schlecht. Herr v. Wangenheim fand eine andere. Er führte, von dem Grundsatze ausgehend „Schutz Zoll schützt“, an: Nehmen Sie meinen Antrag an, um die beteiligten Industrien zu schützen und im Interesse der Arbeiter, deren notwendige Bedarfsartikel durch den Zoll verteuert werden. Das war dem selbst der Mehrheit doch ein zu starkes Stück. Der Antrag Wangenheim fiel in allen seinen Teilen.

Von den Zollhöchungs-Beschlüssen ist noch die Erhöhung des Zolls auf grüne oder trockene Stärke von 12,50 auf 16 M., auf Stärkegummi, Kleister, Kleber usw. von 12,50 auf 18 M. hervorzuheben.

Zur Position Zucker haben die socialdemokratischen Mitglieder Zollfreiheit und als eventuell folgendes beantragt: 1. „Solange deutscher Zucker für das Ausland billiger verkauft wird als für das Inland: frei. 2. Milchzucker: frei.“

Gefunde-Essen in Mecklenburg.

Die Leutelschön Thomm zu Boorstorf bei Neubukow hatte sich vor der Hofkammer Strafkammer zu verantworten wegen „Dienstvergehen“, begangen durch „grobe Ungebühr“ gegen eine Frau v. Lebehorn, die Gattin ihres Dienstherrn, des Rittergutsbesizers Alexander v. Lebehorn, und eine Schwester der Frau. Es handelt sich um zwei polizeiliche Strafverfahren, die vom Schöffengericht befristet wurden und nun auf Berufung der Köchin der Prüfung der Strafkammer unterliegen.

Die Verhandlung ergab ein anschauliches Bild von mecklenburgischen Zuständen. Die Angeklagte soll das Verbrechen an der gnädigen Frau dadurch verübt haben, daß sie Fleisch, das den Leuten vorgelegt war, in unpassenden Worten als unangenehm zurückgewiesen habe. Die Angeklagte erklärte — nach einem Bericht ihres Hofkammer-Drangens —, sie habe am 1. April den Dienst als Leutelschön verlassen, weil Herr v. Lebehorn sie geschlagen habe; sie sei seit 24. Oktober v. J. in Boorstorf in Stellung gewesen; anfangs habe sie nichts auszuzeigen gehabt; aber das Verhältnis habe sich geändert, als sie mit dem Inspektor einen Wortwechsel gehabt habe; der Inspektor sei ihr mit unangenehmen Redensarten und Zumutungen zu nahe getreten; sie habe ihre Mädchenehre entschieden gewahrt und den Inspektor einen „dummen Vengel“ genannt. Herr v. Lebehorn, der hiervon erfahren, habe beim Polizeiamt einen Strafbefehl wegen grober Ungebühr gegen sie erwirkt; sie habe gerichtliche Entscheidung beantragt und sei vom Schöffengericht in Neubukow freigesprochen. Seitdem sei es ihr so vorgekommen, als ob sie in Boorstorf seitens der Herrschaft schlecht behandelt werde. Kurz vor Weihnachten sei eine Sau bei der Geburt von Ferkeln so schwer erkrankt, daß deren Tod unvermeidlich gewesen wäre. Es sei Befehl gegeben, die Sau zu schlachten. Es habe sich herausgestellt, daß Leber und Lunge in schlechtem Zustand waren; sie hätten so übel gerochen, daß Frau von Lebehorn befahl, diese Sachen aus der Stallstube zu schaffen, in der bei Schlachtereien diese Fleischteile sonst verarbeitet würden. Die Fleischteile der Sau seien, nachdem dieselben aus Vergeßlichkeit 8 Tage in einem Kellerraum unzerarbeitet geblieben, bis auf einen Genicksbraten, der den Leuten hätte am Weihnachtstage vorgelegt werden sollen, teils eingepökelt, teils sauer eingelocht. Das Fleisch habe, als es eingelocht ward, eine auffallende Färbung gehabt und übel gerochen. Die Leute hätten weder von dem Braten, noch von dem sauren Fleisch gegessen; dasselbe habe einen muffigen Geschmack gehabt, und ein Arbeiter, der davon aß, habe bald darauf sich erbrechen müssen; sie selbst sei nach dem Genuß erkrankt und zwar, wie sie glaube, infolge der ungesundem Beschaffenheit des Fleisches. Eines Tages stellte es sich heraus, daß das sauer eingelochte Fleisch, das grün aussah, mit Haaren bewachsen war. Fräulein Görs, die Schwester der Frau von L., welche die erkrankte Wirtschafterin vertrat, war die Stube, die am schlimmsten ansahen, in den Achseln und stellte den Topf auf den Herd, damit das Gelee weich würde. Alsdann wurde von diesem Fleisch den Leuten wieder vorgelegt; keiner aß aber davon und ich schüttele das unberührt gebliebene Fleisch in die Tranke. An einem Sonntagabend fragte die Wirtschafterin Fräulein Görs, die sah, daß das Fleisch unberührt aus der Leutelschön kam, ob sie den Leuten andres Fleisch geben sollte; das Fräulein nahm ein Stück von dem Fleisch, um es dem Herrn zu zeigen. Alsbald kam Frau v. Lebehorn in die Küche und rief: „Was, das Fleisch ist tabellos und das wollen die Leute nicht essen; die verfluchte Wunde soll was erleben; das will immer ein großes Stück Fleisch haben und nichts ist gut genug; aber daran ist bloß die Köchin schuld, die wiegelt die Leute auf und redet ihnen allerhand vor.“ Ich erwiderte: Nein, die lassen sich von mir nichts vorreden, sie haben schon oft das Fleisch zurückgewiesen, dies ist nicht das erste Mal, daß sie schlechtes Fleisch bekommen.

Von den Zeugen wurde die Darstellung bestätigt. Die gnädige Frau versuchte zu leugnen, wurde aber überführt. Das Gericht erkannte denn auch — Genosse Herzfeld, der Reichstags-Abgeordnete für Rostock, verteidigte die Angeklagte — auf Freisprechung im Fall der „Ungebühr“ gegen Frau v. Lebehorn. Für einen zweiten Fall wurde sie zu 4 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Prozeß zeigt u. a. auch, aus wie triftigen Gründen sich seiner Zeit die Junker dagegen gewehrt haben, daß auch die Hausgeschlachten dem Fleischengesetz unterstellt würden. Wenn es sich um amerikanisches Fleisch handelt, empfinden sie sogar die Vorschriften als gesundheitsverwundend. Ihrem eignen Gefunde setzen sie aber krankes, ekelhaftes Fleisch vor, das freilich von nationalen Schweinen herkommt.

Die Reichstags-Erwahl in Celle-Gifhorn-Beine.

Durch den Tod des westlichen Abgeordneten Frhrn. v. Hammerstein machte sich für obengenannten Wahlkreis eine Erwahlung notwendig. Dieselbe fand am Donnerstag statt. Es erhielten: Behl (natl.) 7278, v. d. Decken (Welfe) 6089, Thielhorn (Soc.) 5888 und Bödecker (Bund d. L.) 4061 Stimmen.

Im Jahre 1898 bewarben sich nicht weniger als sechs Kandidaten um das Mandat. Es erhielten Stimmen: Der Konservative 1158, Nationalliberale 7740, Freisinnige Vereinigung 2192, Welfe 5521, Socialdemokrat 5088 und der Antisemit 901. In der Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und Welfen siegte letzterer mit 13 717 gegen den Nationalliberalen, auf welchen 9991 Stimmen entfielen.

Völlig ausgefallen sind diesmal — neben der Freisinnigen Vereinigung — der Konservative und der Antisemit, deren Stimmen —

zusammen 2059 — dem Wandler zufließen. Die übrigen bündlerischen Stimmen waren 1898 dem nationalliberalen Kompromißkandidaten zugefallen, dem sie diesmal entzogen wurden. Daß die Nationalliberalen trotz der Absonderung der Landwirtschaftsbündler ziemlich ihre alte Stimmzahl wieder erhielten, erklärt sich aus dem Umstande, daß diesmal die Freisinnige Vereinigung für sie stimmte. Den größten Fortschritt — 855 Stimmen mehr — hat die Socialdemokratie zu verzeichnen; der Welfe gewant 518 Stimmen.

Ueber die Gärung im Ruhrrevier

berichtet die Arbeitsmarkt-Korrespondenz:

Wichtiger noch als die Massenversammlungen sind in dieser Beziehung die kleineren Zusammenkünfte, in denen sich andererseits sachkundige Vergleiche ansprachen. Am Montag, den 20. April fanden in Bochum zwei Versammlungen bergmännischer Arbeitervertreter statt, die in bereiteter Weise Zeugnis ablegten über die vorhandene Gereiztheit der Bergleute. Die Versammlung der Arbeitervertreter am Berg-Gewerbegericht beschäftigte sich hauptsächlich mit der gegenseitigen Auslegung der Arbeitsordnung und ihrer Unterstüßung durch die Rechtsprechung. Gewöhnlich würden plötzliche Entlassungen auf Grund des § 5 vorgenommen, der in Summe der Gewerbe-Ordnung abgelehnt ist. Am Berg-Gewerbegericht könne man damit nicht durch, und daher beriefen sich die Jechen hier mit Erfolg auf die §§ 22 und 23 die für unbedeutende „Vergehen“ (z. B. mehrfaches Verfehlen „unreiner“ Kohlen) plötzliche Entlassung androhten. Es wurde behauptet, gerade zur Zeit geschähen sehr viele durchaus willkürliche sofortige Entlassungen. In der zweiten Versammlung waren es über 200 Anapyschafskräfte, die, obgleich sie in gewerkschaftlicher Hinsicht gespalten, doch einstimmig protestierten gegen die Absichten der Werkbesitzer, die jetzige Zeit zu einer wesentlichen Verschlechterung der Kassensituation zu benutzen. U. a. wird beabsichtigt, die Erlangung der Zwalldispension zu erschweren, das Erziehungsgehd für Kinder von Unfallinvaliden zu beseitigen, Herabsetzung der Unfallinvaliden-Rente usw.

Diese Verhandlungen, in denen sich sachkundige Vertreter der Bergarbeiter ohne Unterschied der politischen Richtung übereinstimmend aussprachen, bilden den Hintergrund zu jenen Massenversammlungen der Bergarbeiter, die von Tausenden besucht werden und in denen allerdings die Wogen höher gehen.

Auch das Grubenorgan, die „Rheinisch-Westf. Zeitung“, beschäftigt sich mit den Vorgängen und kommt zu dem tröstlichen Ergebnis, daß die gegenwärtige Regierung nichts thun werde, um den bedrängten Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Das Blatt hält es für selbstverständlich, daß die Eingabe des Bergarbeiter-Bandes ihren Zweck verfehlen werde.

Da der hertige Handelsminister nicht Verlepsh, sondern Möller heißt, und dieser die Verhältnisse im Ruhrrevier von der praktischen Seite kennt, während jener ihnen lediglich an grünen Tische nahe gekommen war. Damals bei dem sogenannten „großen“ Streik griff ja die Staatsgewalt unter der Regide des Herrn v. Verlepsh ein. . . . Als ausgeschloffen aber muß es gelten, daß Herr Möller Reizung verspüren sollte, in die Fußstapfen seines freierlichen Vorgängers zu treten.

Das glauben wir auch. Ein Minister wie Herr Möller, dessen socialpolitische Einsicht in dem Sage gipfelt, daß das größte Unglück für den Arbeiter — hohe Löhne seien — gegen extrem hohe Gewinne der Unternehmer hat er nicht einzusetzen — wird niemals Beschwerden von Arbeitern als berechtigt anerkennen. Die überchwänglich gepriesene Socialpolitik des neuen Kurtes ist eben seit 1890 auf den Möller gekommen.

Die Zuckerkonvention und der Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Zuckersteuer-Gesetzes ist bereits beim Bundesrat eingegangen. Die Entwürfe dürften also auch sehr bald an den Reichstag gelangen, wo die agrarische Obstruktion ihrer wartet.

Die Folgen der Abenteuerpolitik. Ueber „Unsichere Zustände in Kamerun“ schreibt die „Post“:

Kamerun ist das Schutzgebiet, aus dem immer neue überraschende Nachrichten kommen, und wo die größte Unruhe herrscht. Der Kommandeur der Schutztruppe, Oberstleutnant Pabel, hat hierher berichtet, daß er nach Garua am Venus zu ziehen beabsichtigt. Schon über fünf Monate ist er mit seiner Expedition unterwegs, und anstatt daß er nach der Rüste zurückkehren kann, wird er zu immer weiteren Zügen veranlaßt. Anfangs November bis in den Dezember hinein hatte er Kämpfe mit den Bangwa, Bofut und Wandung zu bestehen, dort errichtete er zur Befestigung unsrer Herrschaft eine Station zu Wandana. Dann lehnten sich die Eingeborenen in Wanho auf und offenbar sind beunruhigende Nachrichten bei ihm aus dem Venus-Gebiete eingegangen. Darum hat er es wohl für nötig befunden, dem Oberleutnant Dominik mit seiner schwachen Truppe zu Hilfe zu eilen. Auch weiter nach Osten hin in Raumbato ist unsre Herrschaft noch nicht befestigt. . . . Dabei bleibt aber die Interessenphäre vom Venus bis zum Tschadsee ganz außer Betracht. Welche Aufgaben uns dort noch bevorstehen, läßt sich gar nicht übersehen.

Warum hat man denn durch die absolut überflüssigen Expeditionen all diese Unruhen erst erregt?!

Der Großherzog von Baden, der kein so „reichsfeindlicher“ Fürst ist wie der selige Herrscher von Ruß a. L., feiert gegenwärtig das 50jährige Regierungsjubiläum. Die Zeitungen verwenden viele Spalten darauf, das Begebnis zu würdigen. Am bemerkenswertesten erscheint uns, daß aus diesem Anlaß den Professoren von Heidelberg und Freiburg Uniformen, will sagen Amtstrachten verliehen worden sind, was für die Wissenschaft nicht ohne Bedeutung bleiben kann und den Geist der Ordnung stärken muß.

Außerdem hielt Graf Balow, der Reichskanzler, eine längere Ansprache, in der er des Fürsten „Gottvertrauen, Tapferkeit, Weisheit und Pflichttreue“ sowie seine Verdienste um die deutsche Einheit feierte.

Karlruhe, 24. April. (Fig. Ver.) Die socialdemokratische Fraktion wurde im Auftrag des Großherzogs vom Hofmarschallamt mit einer Einladung zum Jubiläum-Festmahle bei Hof beehrt, die auf die Person des Fraktionschefs Dreesbach ausgestellt ist. Mit der ihr eigenen Höflichkeit lehnte es die Socialdemokratie ab, zu den 120 zur „Postale“ angezogenen „Auserlesenen“ eine Vertretung zu stellen; die Vorbereitungen zur Kaiserfeier würden — von allem abgesehen — zum Verweilen in Palästen keine Zeit gestatten.

Dem badischen Beamtenstand verhalf auch die socialdemokratische Kammerfraktion durch Zustimmung zur Wohnungsgeld-Novelle, welche dem Prinzip der progressiv nach unten ansteigenden Zulage gerecht wird, zur Erfüllung eines langgehegten Wunsches. Die mittleren Beamten sind teilweise in die Lage gelehrt, ihr Wohnungsbedürfnis durch diese neueste Zulage ganz zu decken. Der socialdemokratische Abgeordnete Sed empfahl der Regierung, im Bundesrat dafür einzutreten, daß auch die Reichsbeamten in derselben Weise mit Wohnungsgeld versehen werden. Finanzminister v. Buchenberger zerstreute die Hoffnung der badischen Beamtenschaft auf baldige Revision des Gehaltstarifes; in der nächsten Legislaturperiode könne keinesfalls davon die Rede sein wegen der unangenehmen Finanzlage. Das also ist für die Beamten die Folge der Marinepolitik und des Ujmasieges.

Freundnachbarliche Liebendwürdigkeiten. Aus Baden wird uns geschrieben: In der Zweiten Kammer des Landtages kamen dieser Tage die Mogeleten zur Sprache, die sich die Direktion der Pfalzbahnen seit vielen Jahren zum Nachteil der Badischen Eisenbahnerverwaltung hatte zu Schulden kommen lassen. Entgegen dem präcisen Uebereinkommen mit der letzteren hat die Pfalzbahn-

direktion in Ludwigshafen einer großen Mannheimer Expeditionsfirma seit 20 Jahren Arbeits- und Lagerhausgebühren zurückerstattet, um die Firma zu veranlassen, ihre für die Schweiz bestimmten Frachttische über die pfälzischen statt über die badiischen Bahnen zu laufen. An jährlich etwa 1000 Wagen, die von Mannheim nach Basel gingen, fielen für die badiische Bahn pro Jahr rund 80 000 M. aus, das heißt, in 20 Jahren - etwa 1 600 000 M. Für das Bewußtsein der pfälzischen Bahnverwaltung von dem unläuterer Charakter dieses Transportgeschäftes spricht die Tatsache, daß die Firma veranlaßt wurde, die jährlich zwischen 3-9000 M. betragenden Rückvergütungen nicht zu buchen. Erst durch den Konkurs der Firma kamen diese Manipulationen ans Tageslicht. Der Vertreter der badiischen Regierung mußte in der Kammer diesen Sachverhalt zugeben und teilte dabei noch mit, daß auf eine Beschwerde der badiischen Eisenbahnverwaltung hin die bayerische Regierung der Pfalzbahn für die Zukunft ein ähnliches Verhalten verboten habe und nimmere durch einen Kommissar die Verwaltung der Pfalzbahnen daraufhin überwachen lasse, daß sie ihre Verträge halte. - Das sich für den Ritter von Labale, der sich seinem Parteigenossen Erbhardt gegenüber in der Pfalzbahndebatte des bayerischen Landtages erst vor kurzem noch aufs hohe Ross setzte, sehr peinliche Enthüllungen.

Ausland.

Die Lebensmittelzölle im schweizerischen Nationalrat.

Bern, 22. April. (Eig. Ber.)

Die seit zwei Jahren bestehende allgemeine Wirtschaftskrise, die in der Schweiz relativ so verheerend gewirkt hat, wie in Deutschland, sollte ein geradezu natürliches Hindernis für alle Bestrebungen nach hohen Zöllen auf Lebensmittel bilden, welche dieselben verteuern und so die Lebenshaltung des arbeitenden Volkes kostspieliger gestalten bzw. verschlechtern müssen; allein die Wirtschaftskrise hat ein volwertiges Gegengewicht gefunden in den Rücksichten der Parlamentarier auf die im nächsten Herbst stattfindenden Nationalratswahlen, bei denen in zahlreichen Kreisen die Bauern die allein maßgebende oder ausschlaggebende Rolle spielen. So ist der Nationalrat zu einem wahren Zollparlament geworden, in dem die Agrarier und Agrarier-Genossen die große Mehrheit bilden und alle Wünsche der streng organisierten Bauern ganz oder doch annähernd voll erfüllen. So ist der Honigzoll, der bisher 15 Fr. betrug und vom Bundesrat auf 30 Fr. erhöht wurde, vom Nationalrat auf 50 Fr. hinausgeschraubt worden. Für diesen ungeheuerlichen Zoll, der das Pfund Honig um 25 Cts. verteuert, stimmte auch der bekannte Sozialpolitiker Dr. Hofmann, nachdem er energisch dafür gesprochen. Gemäßigt wurde der Zoll auf Zucker in Hüten von 12 auf 10 Fr. und auf geschnittenen Zuckern von 25 auf 12 Fr. Der Zoll auf Weintrauben wurde auf 25 Fr. erhöht, gegenwärtig beträgt er 10 Fr.; der Weinzoll wurde auf 20 Fr. erhöht, getrocknete Weintrauben haben 50 Fr. zu zahlen. Der Zoll für Pferde, gegenwärtig 10 Fr., wurde auf 20 Fr. erhöht, für Küllen von 8 auf 10 Fr.

Au meinen zu reden gab und gibt jetzt in der Presse und im Volke die Erhöhung der Vieh- und Fleischzölle. Gegenwärtig betragen die Zölle für Ochsen 85 Fr., für Stiere 40 Fr., Kühe 35 Fr., Kälber 8 bis 12 Fr., Schweine 15 bis 20 Fr., Schafe und Ziegen je 2 Fr., Fleisch, frisch geschlachtetes 12 Fr., Lammfleisch 18 Fr., andres 20 Fr., Fleischbraten 40 Fr., Wurstwaren 35 Fr. Diese Zölle wurden erhöht auf 50 Fr. für Stiere, Kühe und Kälber, auf 15 Fr. für Kälber im Gewicht bis zu 60 Kilogramm und auf 20 Fr. für solche von über 60 Kilogramm, für konserviertes Fleisch auf 20 Fr., für andres auf 25 Fr., für Schweinefleisch auf 10 Fr. (gegenwärtig 5 Fr.), für gefüllte Butter auf 25 Fr. (jetzt 20 Fr.)

Zu den Viehzüchtern nahmen 21 Redner das Wort, wovon die meisten für den höchsten Zoll eintraten, während andre sich mit den Ansätzen des Bundesrates begnügen wollten. Entschiedene Gegner der Zollseresse waren nur unsere Genossen Wullschläger und Bogelsänger, während Dr. Hofmann mit Entschiedenheit dagegen protestierte, daß man gegen den Kleinbauern, der zum Schuldensinken auf Viehverkauf angewiesen ist, den Lohnarbeiter auspöbele. Ein komischer Protest! Mit dem gleichen Rechte könnte man auch in umgekehrtem Sinne protestieren. Unser Genosse Dr. Wullschläger befreit die Zollbegehren der Bauern; es ist dazu kein tieferes Nachdenken und keine Entwürdigung von liebgewordenen Besitzungen notwendig. Aber für uns folgt daraus nicht, daß man diesen Forderungen auch zustimmen muß, deren Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit bestritten werden muß. Die tatsächliche Wehrbelastung würde mehr als die Zollseresse betragen, weil in jede aufsteigende Tendenz der Preise des Großhandels sich verschärft geltend macht im Kleinhandel. Es wird kein kleines Häuflein sein, welches gegen die erhöhten Viehzölle stimmt, wenn es zum Referendum kommt. Vermehrte Genossenschaften und Hypothekarreformen würden der Landwirtschaft unendlich mehr helfen, als die Zollseresse. Die Viehzölle verteuern das Leben nicht nur der städtischen, sondern auch eines sehr großen Teils der ländlichen Bevölkerung. Die Fleischvertenerung wird 5 Cents pro Pfund im Kleinverkauf betragen.

Nicht wistham sprach Genosse Bogelsänger. Er erklärte, durchaus bereit zu sein, der Landwirtschaft entgegenzukommen und zu vermeiden, daß das Referendum gegen den Zolltarif angeregt werde; denn es ist gewiß, daß daselbe Leidenschaften wecken wird, die besser schümmern würden und Gegenläufe verschärfen, die in der Folge nur verbitternde Wirkung haben werden. Diese Gefahr wird aber heraufbeschworen, wenn im Gegensatz zur Bundesverfassung die Zölle auf Lebensmittel ungeheuerlich erhöht werden. Dann wird es für die nichtbäuerlichen Konsumenten, speziell für die städtische Bevölkerung zu einem Gebot der Selbsterhaltung, sich einer solchen Zollpolitik zu widersetzen. Bogelsänger führte dann weiter aus, daß die Fleischpreise heute schon eine bedeutende Höhe erreicht haben und von 80 und 85 Cts. bis zu 1.07 Fr. per Pfund in den verschiedenen Teilen der Schweiz schwanken. Da das Fleisch ein unentbehrliches Volksernährungsmittel ersten Ranges ist, so sollte eher auf seine Verbilligung statt auf dessen Vertenerung hingewirkt werden. Der nun beschlossene Zoll von 50 Fr. für einen Ochsen wird für die Stadt Zürich eine jährliche Mehrbelastung von 500 000 Fr. zur Folge haben; dazu kommt noch eine weitere Mehrbelastung von 350 000 Fr. durch die Erhöhung des Schweinezollens von 5 auf 15 Fr., zusammen also 850 000 Fr. Wird auch noch infolge dieser Zollpolitik der Milchpreis um 2 Cts. per Liter erhöht, so resultiert daraus eine neue Belastung von 730 000 Fr., insgesamt 1 580 000 Fr. allein für die Stadt Zürich mit 150 000 Fr. Einwohnern.

Auch Bundesrat Häuser, der eidgenössische Finanzminister, wandte sich gegen weitere Erhöhung des bundesrechtlichen Anlages von 35 Fr. Er bezweifelt, daß das Inland 75 Proz. des Schlachtviehbedarfs decken kann. Heute beziehen wir für 25 Millionen Franken jährlich Schlachtvieh aus dem Auslande. Er berechnet die jährliche Belastung der Schweiz durch einen Zoll von 50 Fr. auf 3 600 000 Fr. und findet eine solche Zollpolitik unverantwortlich. Für ein allfälliges Referendum begehren muß die Verantwortung auf die Anhänger der höheren Zölle abgewälzt werden. Durch Vereinnahmung der Genier könnte der Tarif in der Volksabstimmung leicht zu Falle gebracht werden.

Es half alles nichts, die Agrarier und Agrarier-Genossen blieben laub gegenüber allen Warnungen, den Vogen nicht zu ströfen zu können. Mit einer Mehrheit von 112 Stimmen wurde der 50 Frank-Zoll beschlossen und wurden dadurch aus Agrar- und Wahldelegation die Interessen der nichtbäuerlichen Konsumenten den Interessen der Agrarier geopfert und dadurch wahrscheinlich das Schicksal des ganzen Tarifs besiegelt, der nun jedenfalls zur Volksabstimmung und Verwerfung kommen wird.

Rußland.

Die Meutereien in Batum.

Wie erinnerlich wurden in Batum vor kurzem 30 streikende Arbeiter erschossen. Wir sind in der Lage, über den ganzen Vorgang hier den Bericht eines Augenzeugers zu veröffentlichen. Er schreibt: Ich war mehr als erstaunt über das entsetzliche Geschick, in dem

unser Administration wieder einmal die Heldentrolle gespielt hat und das als Charakteristikum unseres Systems dienen kann. Es ist etwas geschehen, was wohl selbst in Rußland noch nicht vorgekommen sein mag: auf eine friedliche Menschenmenge, die zur Hälfte aus ruhigen Streikenden, zur Hälfte aus zufällig anwesenden Straßenpassanten bestand, ist eine scharfe Gewehrsalve abgegeben worden. Das Ganze spielte sich folgendermaßen ab: Auf den Petroleumwerken des Millionärs Rothschild wurden wegen Arbeitsmangels 400 ältere Arbeiter entlassen, von denen viele hier ihre Gesundheit gelassen oder Verletzungen davongetragen hatten. Die übrigen Arbeiter erklärten nun, daß auch sie unter solchen Umständen die Arbeit niederlegten. Das Verhalten der Arbeiter war durchaus friedlich: keine Ausschreitungen, keine Drohungen, kein einziger heftiger Laut. Die Ermahnungen der Direktion und des Gouverneurs halfen nicht; die Arbeiter bestanden auf ihrer Forderung. Als die Behörden das sahen, wurde ein anderer Weg eingeschlagen. In der darauf folgenden Nacht wurden 50 der vermeintlichen Rädelsführer verhaftet. Als die Kunde hiervon in der Stadt bekannt wurde, sammelten sich am folgenden Morgen einige 500 Personen am Polizeipostamt und erklärten, sie wählten von Anstiftern nichts, sie seien alle gleich schuldig (wenn eine Schuld darin bestünde, daß sie nicht arbeiten wollten), und darum möge man entweder die Anstiftern aus dem Gefängnis entlassen oder auch sie in Gewohrfam nehmen. Man muß bemerken, daß die Arbeiter, meistens Kaufläfer, fast immer eine Waffe mit sich tragen, heute aber waren sie unbewaffnet erschienen, und als der Gouverneur sie aufforderte, auch die Stöße abzugeben, die einige von ihnen hatten, zeigten sie nicht den geringsten Widerstand. Die Verhafteten des Gouverneurs blieb aber fruchtlos, die Arbeiter gingen wohl auseinander, versammelten sich aber abends am Gefängnis, jedoch wieder unbewaffnet. Sie baten, ihre Kameraden zu befreien oder auch sie zu verhaften. Der Gouverneur umstellte nun das Gefängnis mit Militär und besah eine Abteilung Infanterie, mit dem Bajonett auf die Mauer einzudringen und sie so zu zerstreuen. Hierbei gab es kleine Reibereien, aber zu einem ernstlichen Zusammenstoß kam es nicht. Die Menge wich dem Militär aus, versammelte sich aber immer wieder von neuem. Der Gouverneur befahl schließlich, die Verhafteten herauszulassen, ließ sie aber gleich wieder zusammen mit der Menge, die ihm hierbei willig Folge leistete, in den mit hohen Zäunen umgebenen Baracken für zum weiteren Transport bestimmte Sträflinge einsperren. Am anderen Morgen sammelten sich um die Baracken neue Menschenhaufen an und verlangten ebenfalls entweder die Befreiung der Inhaftierten oder die ihrige Verhaftung. Die Menge wuchs stark durch Strafzögerer und Wummler an, aus den Fenstern der nächstliegenden Häuser (alles spielte sich im Centrum der Stadt ab) schauten Neugierige herab; alles in allem, es entstand ein größerer Zusammenlauf. Die Menge verhielt sich aber ruhig. Sie wollte nur den Bescheid haben, was aus ihrer Bitte werden soll. Man soll aufgefordert haben, daß die Versammelten auseinandergehen, nur wenige aber lassen das gehört haben. Plötzlich, man weiß nicht, auf wessen Befehl das geschah, wurde eine Salve mit Flappatronen abgegeben, und ehe die dichte Menge auseinander war, fielen noch zwei weitere Gewehrsalven, aber diesmal mit scharfen Patronen. Man spricht, daß im ganzen nicht mehr als 30 scharfe Patronen abgeschossen worden seien, wenn man aber die Durchschlagsstärke der neuen Gewehre und die Kopf an Kopf zusammengedrückte Menge bedenkt, so ist nicht zu verwundern, daß es eine so große Rasse von Opfern gab. Amtlich ist festgestellt, daß in das Militärhospital und in das städtische Krankenhaus 9 Leichen und 25 schwer Verwundete eingeliefert worden sind. Viele Verwundete wurden von ihren Kameraden heimlich entführt, damit sie nicht in die Hände der Polizei fielen. Auch in den Häusern, in die die Kugeln eindringen, wurden mehrere Personen getötet und verwundet, unter ihnen auch Frauen und Kinder. Fast die Hälfte der Betroffenen sind keine Arbeiter, sondern Personen, die zufällig an dem Ort sich befanden. Heute hat der Generalkommandant des Armeebezirks dem Gouverneur Drajagin für sein energisches und zielbewusstes Vorgehen seinen Dank ausgesprochen!

Der neue Unterrichtsminister. Der „Regierungsbote“ meldet die Ernennung des Gehilfen des Ministers für Volksaufklärung, Sänger, zum Verweser dieses Ministeriums. Denselben Platz zufolge ist der Gehilfe des Ministeriums für Volksaufklärung, Meltschankinow, auf eigenes Ersuchen unter Belassung in der Würde des Senators von seinem Posten entbunden worden.

In der Redaktion der lettischen Tageszeitung „Dienas Lapa“ in Riga nahm der Chef der ausländischen Gen darmerie, Professorski, eine Durchsuchung vor. Zu gleicher Zeit wurden in verschiedenen Bevölkerungsklassen der Stadt etwa 50 Personen verhaftet.

Schweden.

Hedins Interpellation gegen die Polizeibehörden wurde von der Zweiten Kammer mit 131 gegen 73 Stimmen abgelehnt. Während der Rede Hedins wurden starke Reizele laut. Eine Reservation gegen den Mehrheitsbeschluss wurde von 38 Abgeordneten unterzeichnet. Dr. Pranting erklärte: „Ich lege Protest ein gegen einen Beschluss, womit die Kammer bewiesen hat, daß sie die Wahrheit verschweigen will, von der die Wahrheit über die brutale Angriffe der Polizei Stockholm auf friedliche Demonstrationen am weitesten gehört werden kann!“ Nachdem die Interpellation abgelehnt wurde, haben die Stockholmer Mitglieder der Zweiten Kammer sich direkt an den Staatsminister gewandt, um ihm die Ansichten vorzutragen, die die Bevölkerung der Hauptstadt über die Vorgänge vom Sonntag hegt, und ihn aufzufordern, mitzuwirken, um einem derartigen Auftreten der Polizei vorzubeugen.

Ueber das Verhalten der Kammermehrheit schreibt „Socialdemokraten“ u. a.: „Kann diese Abstimmung als ein Wahrzeichen für die Behandlung der Wahlrechtsfrage im Reichstag aufgefaßt werden - und Andeutungen dafür sind vorhanden -, dann ist die Situation wirklich düsterer, als selbst die am meisten pessimistischen sich vorstellen konnten.“

Afien.

Der ausgeplünderte Kaiserpalast.

Das „Bureau Laffan“ meldet vom 22. April aus Peking: Der Hof empfing die hohen Beamten von Peking im Jagdparkpalast, der vorläufig mit großen Mengen geliehener Möbel ausgestattet worden ist, da die ursprüngliche Einrichtung bei den Plünderungen weggenommen wurde.

Der Aufstand in Süd-China. Putschon, 22. April. (Meldung des „Neuerlichen Bureau“.) Hier eingegangenen Nachrichten zufolge stehen chinesische Truppen auf dem Marsch nach Kan-ning auf eine große Schar von Aufständischen, welche an den Abhängen der Wutschanghügel lagerten. Es fand ein heftiges Gefecht statt. Die chinesischen Truppen brachten zwei Maximengeschütze und zwei Jwölfpfünder in Stellung und zwangen die Aufständischen, sich zu zerstreuen. Der Führer der Aufständischen Hung Hung Seng wurde verwundet und gefangen genommen. Drei Tage später jedoch nahm eine starke Abteilung Aufständischer zwei Dampfschiffe in der Umgebung von Kan-ning ein und errichtete daselbst ihr Hauptquartier.

Der Boeren-Krieg.

In London ist das Gerücht verbreitet, der Präsident des **Cranjeffates Steijn** habe anstatt zu seinem Kommando zurückzukehren, sich im Einverständnis mit Lord Ritchener und den Boerenführern nach Europa begeben, um mit dem Präsidenten Krüger zu beraten. Das Gerücht will weiter wissen, daß Steijn sich bereits auf See befinde. Zu unterrichteten Kreisen scheint man jedoch diesem Gerüchte wenig Glauben zu schenken.

Im Unterhause stellte am Freitag Dillon die Frage an den Kriegsminister, ob er noch immer nicht entschlossen sei, den Boeren einen **Waffenstillstand** zu gestatten, nachdem die verschiedenen Boerentommandanten über die Friedensverhandlungen beraten hätten. Prodrick antwortete **verneinend**.

Lord Londonderry erklärte gestern in einer Rede, **Lord Botha** habe den Boeren mitgeteilt, daß ihre **Unabhängigkeit** von den Engländern **niemals anerkannt** würde.

Aus Merksdorf wird berichtet: Delarey und Schall Burger haben die Stadt verlassen, um sich zu ihren Kommandos zu begeben.

Parlamentarisches.

Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstags legte am Donnerstagabend die zweite Lesung der Vorlage fort. Abg. Müller-Julda (C.) beantragt in das Gesetz folgenden § 17a einzufügen: „Vom 1. Oktober 1903 ab darf der nicht aus Roggen, Weizen oder Gerste hergestellte, oder der Materialsteuer unterworfenen Branntwein, sofern er der Verbrauchsabgabe unterliegt, nur in gereinigtem Zustande in den freien Verkehr gebracht werden. Den Grad und die Art der Reinigung bestimmt der Bundesrat. Dem Reichstag sind diese Bestimmungen, sofern er verammelt ist, sofort, andernfalls bei dessen nächstem Zusammentreten vorzulegen. Dieselben sind außer Kraft zu setzen, soweit der Reichstag dies verlangt.“ Zur Begründung weist Abg. Müller-Julda auf die Verhandlungen von 1887 hin, wobei sich die ganz überwiegende Mehrheit des Reichstags, auch Camp, Windthorst und Miquel für den Reinigungszwang erklärt hätten. Nachdem man aber die enormen Einnahmen aus der Branntweinsteuer gesichert hatte, habe man das Beschönigungsmittel der Entschärfung fallen lassen. - Geheimrat **Korner** weist darauf hin, daß der Reinigungszwang derselbe Reichstag 1891 aufgehoben habe, der ihn eingeführt habe. Das spreche gegen den Reinigungszwang. - Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Pp.) fordert, daß der zum Genuss hergestellte Branntwein vor allem der Gesundheit nicht schädlich sein darf. - **Unterstaatssekretär v. Fischer:** Die Ergebnisse der achtjährigen Untersuchungen seien ausreichend. Mehr könne die Regierung nicht geben, als was das damalige Gutachten enthalte. - Abg. **Wurm (Soz.)** spricht sich für Klarstellung des Sachverhalts aus und unterstügt den Antrag Sped.

Auf Antrag Sped wird die Beratung über diesen Gegenstand schließlich vertagt.

Nach § 41 der Kommissionsbeschlüsse sollen Brennereien, die nach dem 1. Oktober 1901 betriebsfähig geworden sind, nur dann als landwirtschaftliche Brennereien gelten, wenn die für die Brennereien erforderlichen Rohstoffe aus Kartoffeln und Getreide, mit Ausnahme von Roggen, Weizen und Gerste, in der Hauptsache von den Besitzern der Brennereien selbst gewonnen werden. Hier wird auf Antrag Dietrich (L.) unter den Ausnahmen noch Hafer mit aufgenommen und auf Antrag Müller-Julda (C.) der Termin in den 1. Juli 1902 umgeändert. Der letzte Absatz des § 41, I, wonach diese Beschränkungen auf neue Brennereien finden, die die Verträge über den Bau des Brennereigebäudes vor dem 1. Januar 1902 rechtsverbindlich abgeschlossen haben, wird gestrichen. § 41, V, bestimmt nach den Kommissionsbeschlüssen, daß eine Mähdarstellung der Maisbottich- oder Branntweinstoffmaterial-Steuer außer für gewerbliche Zwecke auch für Branntwein zu erfolgen hat, der in öffentlichen Krankenhäusern oder wissenschaftlichen Anstalten, oder zu Puz-, Feigungs-, Koch- oder Beleuchtungszwecken verwendet wird. Das „hat“ in diesem Satz wird auf Antrag Müller-Julda (C.) durch „kann“ ersetzt. Im § 42 IIIa (Zuschläge zur Verbrauchsabgabe an Stelle der Maisbottichsteuer) wird auf Antrag Müller-Julda die Stala für die Monate der Hefen-erzeugung wie folgt abgeändert: für Brennereien, die nicht mehr als 100 Hektoliter jährlich erzeugen, Zuschlag für das Liter 14 Pf. (statt 16 Pf.); für Brennereien mit einer Erzeugung bis 150 Hektoliter 15 Pf. (statt 18 Pf.); für Brennereien mit einer Erzeugung bis 300 Hektoliter 16 Pf. (statt 20 Pf.) für Brennereien mit einer Erzeugung bis 500 Hektoliter 17 Pf. (statt 20 Pf.).

Angenommen wurden außerdem noch einige redaktionelle Änderungen.

Gegen Schluß der Sitzung erklärt Abg. **Semler (natl.):** Die gestrige Mitteilung des Unterstaatssekretärs v. Fischer, es handle sich nicht um ein Notgesetz, zwingt ihn, seinen alten Antrag wieder aufzunehmen, der für diejenige Brennereien, die Kartoffeln, Mais, Melasse oder Branererei-Abfälle verarbeiten, oder Hefe im Dämpfungsverfahren erzeugen, eine Brennsteuer von 15 M. für jedes Hektoliter vorschlägt und dem Bundesrat es überläßt, die brennsteuerfreie Branntweinstoffmenge erstmalig nach bestimmten Grundsätzen festzusetzen und im Bedarfsfall zu erhöhen oder herabzusetzen. - **Unterstaatssekretär v. Fischer:** Aus sachlichen Gründen müßte er den ihm seiner Tendenz noch sehr sympathischen Antrag Semler ablehnen. - Abg. Müller-Julda (C.) macht darauf aufmerksam, daß zum 1. Oktober d. J. 1 Million Hektoliter Branntwein, die keine Brennsteuer getragen haben, eine Prämie erhalten werden. Schon um dieses Mißverhältnis zu beseitigen, würde er, von andren Gründen abgesehen, für den Antrag Semler stimmen, wenn dieser die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten berücksichtigen würde. Das sei aber nicht der Fall.

Abg. **Wurm (Soz.)** ist gegen den Antrag Semler, der den Branntwein noch mehr verteuere. Für die eine Million Hektoliter könne die Reichsliste keine Prämie zahlen, da sie keine Brennsteuer vereinnahmt habe. Vorschläge könne sie doch nicht geben (Widerpruch; Auf: Das hat die Regierung ja schon zugefagt.), doch nicht auf Entnahmen geben, deren Höhe im voraus gar nicht zu schätzen sei.

Abg. Dr. Semler zieht schließlich seinen Antrag zurück.

Partei-Nachrichten.

Eine Versammlung der Karlsruher Parteigenossenschaft nahm einstimmig eine Resolution an, worin bedauert wird, daß die badiische Kammerfraktion den Staatsvertrag bezüglich der Verwaltung der Rhein-Redarbahn nicht abgelehnt hat.

Ein Umzug zur Maifeier ist den Genossen in Ouedlinburg genehmigt worden.

Totenliste der Partei. In Witten hat der Lagerhalter Gustav Paul im Alter von 38 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles. In dem Verstorbenen, der die Witten Genossen auch im Gemeinderat vertrat, verlieren diese einen ihrer besten Mitkämpfer, der schon seit vielen Jahren tapfer für die Interessen der Arbeiterklasse eintrat. Alle die ihn kannten, werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.

Maifeier in der Schweiz. In Zürich ist, wie immer, der 1. Mai für die Arbeiterklasse ein Feiertag, an dem auch die Schulen geschlossen sind. In Winterthur wird die Schandacchule am Nachmittag geschlossen, die Primarschule giebt gegen schriftliche Anzeige jedem Schüler den Nachmittag frei. In mehreren kleinen Industrie-dörfern wird der ganze oder halbe Tag freigegeben. In Schaffhausen wird der Arbeiterklasse wiederum im Fall ungünstiger Witterung die Kirche überlassen.

Socialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Bei den Kantonsratswahlen im Kanton Thurgau hat die socialdemokratische Partei zwei Sitze errungen.

Durch das Verteilen sozialdemokratischer Druckschriften an einem Sonntagvormittag sollten vier Parteigenossen aus Elbing die in allen Provinzen erlassene Verordnungsverordnung über...

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schleiher! Die Verkaufsleute werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Firma Bauer u. Hoffelbach in Hamburg der Streit fort dauert.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Metallarbeiter.

Deutsches Reich.

Bauarbeiterbewegung. In Kiel Schweden zwecks Verlegung der Ausperrung Verhandlungen, die von dem Vorsitzenden des sozialwissenschaftlichen Vereins, Professor Titius, angebahnt sind.

Der Arbeiterverband in Orlitz verendet an die Maurermeister Schlesiens schwarze Listen, in denen diese angefordert werden, keinen der in Orlitz Streikenden in Arbeit zu nehmen...

Der Bauunternehmer-Verband in Stuttgart hat auf die Forderungen der Gesellen rundweg ablehnend geantwortet.

In der Tuchweberei von Große u. Köpfe in Rohns bei Gärlich befinden sich sämtliche Weber und Kopperinnen im Streik.

Der Abwehrstreik der Schreiner und Lackierer in Neuzissenburg steht nach wie vor günstig für die Arbeiter.

Zur Textilarbeiter-Bewegung im sächsischen Vogtlande wird gemeldet, daß die Arbeiter der Firma Weiler in Reichenbach das Gewerbeamt als Einigungsamt anrufen haben.

Ausland.

Die Aussperrung der dänischen Hafnarbeiter und Seeleute. Der Ausschuss der Dänischen Arbeitgeber-Vereinigung hat sich am Montag mit dem Hafnarbeiter-Konflikt beschäftigt.

Der Stand des englischen Arbeitsmarktes hat sich, nach den Berichten des Handelsministeriums vom März, fast in allen wichtigeren Industriezweigen gehoben.

In den 24 Trades-Unions mit einer durchschnittlichen Mitgliedschaft von 551 270, welche dem Handelsamt Berichte ein sandten, wurden im Monat März 20 241 oder 3,7 Proz. als arbeitslos gemeldet.

Weniger günstig liegen jedoch die Dinge bezüglich der Lohnhöhe. Von einer Veränderung der Lohnhöhe wurden im März 198 499 Personen betroffen.

von 1 Schilling 4 1/2 Pence (1,85 M. pro Kopf und Woche. Im vorhergehenden Monat erlitten 111 000 Arbeiter eine Herabsetzung von 8 Pence pro Kopf und Woche...

Sociales.

Ueber die Verhältniswahl bei den deutschen Gewerbe-gerichten hat die Kreisverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbe-gerichte eine Umfrage veranstaltet.

Abwehr der Revolution. In Loosdelt (Schleswig-Holstein) hatte die Gemeindevertretung vor einigen Monaten beschlossen, allen Schülern die Schulbücher aus Gemeindegeldern zu liefern.

Niedgang der Schlachtungen, Steigerung der Preise, das wird jetzt fortwährend aus allen Städten gemeldet. Auch in Königsberg sind im letzten Jahre 10 800 Schweine weniger geschlachtet worden...

Der Landesverein preussischer Volksschullehrerinnen hält vom 18. bis 21. Mai in Halle seine 4. Generalversammlung ab. Neben den geschäftlichen Angelegenheiten werden folgende Gegenstände öffentlich behandelt werden: 1. Die Ausgestaltung des Haus-haltungs-Unterrichts...

Das Alterspensions-Gesetz von Neu-Seeland vom 1. November 1898 fähert bekanntlich allen 65 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts eine Pension von 800 M. pro Jahr zu.

Die Kosten der Alterspension übersteigen wesentlich die bei In-krafttreten des Gesetzes aufgestellten Berechnungen. Dies hat seinen Grund in folgenden, recht interessanten Umständen: Die Maoris, die Ureinwohner von Neu-Seeland, deren Vertreter ebenfalls im Parlament sitzen, hielten das Gesetz mit durchbringen.

Der Krosigk-Prozeß.

Gumbinnen, 25. April. Heute wird zunächst nochmals die Arbeiterfrau Edert vernommen. Sie sagt aus, daß sie ihre gestern mitgeteilte Wahrnehmung am Montag gemacht habe.

London, 25. April. (W. Z. B.) In Erwiderung auf eine Anfrage bezüglich der Auflösung der provisorischen Regierung in Lientien erklärt Unterstaatssekretär des Aeußeren Craiborne, der englische Gesandte in Peking habe gemeldet, das dortige diplomatische Corps werde wahrscheinlich nicht vor 8 bis 10 Tagen in der Lage sein, seine Ansicht über die Vorschläge der kommandierenden Offiziere in Lientien zu äußern.

dem Morde mit Marten ausgegangen und habe an diesem nichts Auffälliges wahrgenommen. Marten habe sich auch niemals un-günstig über den Mittmeister geäußert.

In der Rachmittags-Sitzung wird in sehr eingehender Weise Vicenachmeister Bunkus als Zeuge vernommen. Dieser giebt auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Horn zu, daß er gehört habe, die alte Frau Schlemminger und Frau Schilat hätten ihn als mordverdächtig beschuldigt.

Auch Rittmeister v. Krosigk habe Marten, als Weihnachten 1900 seine Rekrutenabteilung vorgestellt wurde, sehr gelobt. Hidel sei ein guter Quartiermeister, aber ein schlechter Reiter, es sei deshalb auch einige Male bestraft worden, dies sei aber nicht auffälliges gewesen.

Rechte Nachrichten und Depeschen. Reichstags-Erfahrungswahl in Saarbrücken. Ueber die gestern erfolgte Erfahrungswahl erhalten wir folgendes Telegramm: Saarbrücken, 23. April, 10 Uhr abends. (W. Z. B.) Bei der heutigen Reichstagswahl im Kreise Saarbrücken erhielt, nach bisheriger Feststellung Volz (natl.) 17 756, Dr. Ruth (E.) 14 085, Spaniol (Soc.) 812 Stimmen.

Demnach wähle der Nationalliberale Volk gewählt. Der Wahlkreis ist seit 1874 fester Bestand der National-liberalen. Im Jahre 1898 wurde er aber arg bedrängt vom Centrum. Es wurden abgegeben für: Volk (natl.) 11 094, Euler (E.) 10 806, Dr. Meyer (natl.) 2108 und für den Socialdemokraten Emmel 710 Stimmen.

Senat. Rom, 25. April. (W. Z. B.) Die Beratung der Interpellation über die innere Politik des Kabinetts wird fortgesetzt. Gegenüber dem General Pelloux, welcher die Politik des Kabinetts prüft, weist Minister des Innern Giolitti nach, daß das Dekret, welches die Verwendung von Militär für den Eisenbahndienst anordnete, gesetzmäßig war.

Hinterhaus. Hannover, 25. April. (W. Z. B.) Aus Groß-Burgwedel wird gemeldet: Ein Lustmord ist hier an der 11jährigen Tochter des Inlers Haneyov verübt worden. Das Mädchen wurde schon mehrere Tage vermisst und am Donnerstag früh als Leiche in der Erde verhaftet in der Nähe des dem Vater gehörenden Wienen-hauses aufgefunden.

Reichstag.

174. Sitzung vom Freitag, den 25. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsident: Graf Posadowsky.

Präsident Graf v. Helldorf teilt mit, daß vom Großherzog von Baden ein Danktelegramm für die Glückwünsche des Reichstags eingegangen ist.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung der Seemannsordnung.

In der Generaldiskussion erhält zunächst das Wort

Abg. Frese (fr. Vg.): Ich hoffe, daß es uns nach den langen Beratungen gelingen wird, den Entwurf als fertiges Ganze zu verabschieden. Für die Reedereien freilich bedeutet er teilweise einen Sprung ins Dunkle, besonders die kleinen Ostseereedereien werden schwer daran zu tragen haben. Im Interesse der Vorteile aber, die der Entwurf für die Arbeiter bringt, werden die Arbeitgeber gern die neuen Lasten tragen. Unbedingt erforderlich ist nur die Aufrechterhaltung der Disziplin, diese liegt auch im Interesse der Sicherheit der Passagiere. Der Matrose will doch auch später Kapitän werden, es wird ihm aber niemals gelingen, die Ordnung auf dem Schiffe aufrecht zu erhalten, wenn er nicht selbst als Matrose Gehorsam gelernt hat. Die Disziplin und Wahrung der Autorität an Bord ist die Voraussetzung für die glückliche Entwicklung unserer deutschen Reedereien. Die Angriffe, welche gegen diese in der zweiten Lesung erhoben worden sind, entbehren jeder Berechtigung. Herr Schwarz hat das Unglück der „Elbe“ auf den geraden Steven zurückgeführt. Diese geraden Steven sind aber jetzt fast auf allen modernen Schiffen vorhanden und die Erfahrung hat gelehrt, daß die weit vorgebauten Steven beim Einlaufen in die See häufig zu Kollisionen der Schiffe führen. Was die Frage der Verfestigung und der Deckladung anlangt, so sollten wir erst die Ergebnisse der Untersuchungen abwarten, die der Germanische Lloyd gegenwärtig auf Veranlassung der Seebereitschaft vornimmt. Eine Ueberstärkung in dieser Frage ist auf keinen Fall angebracht.

Abg. Wegger (Soc.):

Auf dem nautischen Vereinstage von 1899 sagte einer der Herren Kapitane: Wir werden schon dafür sorgen, daß die nächste Seemannsordnung noch nicht auf rotem Papier gedruckt wird. Zu diesen Worten drückte sich das Nachdewußtsein der Reeder aus. Der Mann hat ja auch recht behalten, das Papier, auf dem die Seemannsordnung gedruckt wird, ist kaum rosa angehaucht. Bezeichnend für die Haltung der Regierung gegenüber den Reedern ist auch folgender Vorgang. Ein Regierungsminister hatte eine Umfrage angestellt bei verschiedenen Schiffskapitänen, ob sie die Einführung der Schiffsladelinie und ähnliche Bestimmungen für angebracht hielten. Als die Reeder dies erfuhr, schlugen sie Lärm, und als die Sache auf dem nächsten nautischen Vereinstage zur Sprache kam, wich die Regierung mühsam zurück und gab den Regierungskommissar insofern preis, als sie erklärte, die Umfrage wäre nur eine Privatinitiative des betreffenden Herrn gewesen.

Was die Seemannsordnung selbst anlangt, so stehen wir den Beschlüssen zweiter Lesung mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Eine Reihe unserer Verbesserungsanträge sind abgelehnt. Die jetzige Zusammenfassung des Seemannsammes genügt uns nicht, die Sonntagsruhe ist außerordentlich durchlöcherigt, und wenn jetzt noch gar ein wieder eingebrachter Antrag des Herrn Frese angenommen wird, daß das Seelarmachen innerhalb der Sonntagsruhe vorgenommen werden kann, so können wir einen Stich durch den ganzen Sonntagruhe-Paragrafen machen. Selbst Herr Konteradmiral Schmidt ist nicht im Stande gewesen, eine präzise Definition des Begriffs Seelarmachen zu geben. Jeder Schiffer saß eben das Wort anders auf.

Ein Kardinalpunkt ist weiter die Uebertragbarkeit der Disziplinargewalt des Kapitäns auf die Schiffsoffiziere. Diese ist entgegen unseren Anträgen beibehalten worden. Herr Frese hat auf die Disziplin das Hauptgewicht gelegt. Wir haben uns niemals gegen die Disziplin an Bord gewandt, wenn aber fortgesetzte Mißhandlungen an Bord vorkommen, ohne daß der Kapitän etwas davon weiß, kann von wirklicher Disziplin und Manneszucht keine Rede sein. Die Verweigerung des Koalitionsrechts an die Seeleute und die Nicht Einführung des Obmannsystems sind weitere Gründe, die uns den vorliegenden Entwurf nicht mit besonderer Freude betrachten lassen. — Nach alledem stehen wir der Vorlage sehr kühl gegenüber und es wird uns erst nach Beendigung der dritten Lesung möglich sein, eine definitive Stellung zu dem Entwurf zu gewinnen.

An dem Untergang der „Elbe“, den Herr Frese in seiner Rede berührt hat, war nach meiner Ansicht hauptsächlich die schlechte Wache und ungenügende Bemannung schuld. Im ähnlichen Unfällen vorzugehen, sollten wir in der zweiten Lesung den Antrag, daß jedes Schiff vor der Ausfahrt in Bezug auf seine Seetüchtigkeit und Tragfähigkeit untersucht werden soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß er nicht durchführbar sei. Dabei besteht in Sachen für die Küstenschifffahrt eine Verordnung in diesem Sinne schon seit einem Menschenalter und ist sehr wohl durchführbar. Die deutschen Reeder sind nur in der Beziehung allen andern voran, daß sie die niedrigsten Löhne zahlen. Löhne von 60 Mark im Monat sind keine Ausnahmefälle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden nicht aufhören, für die Seeleute einen genügenden Schutz zu fordern, und die Regierung wird sich wohl oder übel schließlich dazu bequemen müssen. Wie die vorliegende Seemannsordnung nur dem Drängen meiner Partei entspringen ist, wird die Regierung auch dem Drängen nach einer Verbesserung dieser Vorlage nachgeben müssen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Konteradmiral Schmidt: Herr Wegger hat gesagt, ich hätte keine Definition des Wortes „seelarm“ geben können. Demgegenüber verweise ich auf die Verhandlungen in der Kommission, wo ich mich genau darüber ausgesprochen habe, was unter „seelarm“ zu verstehen ist. Mit Bezug auf eine gegenseitige Anerkennung des Abg. Kirch in der zweiten Lesung stelle ich ausdrücklich fest, daß ich gesagt habe, daß alle Schiffe sehr wohl seelarm sein können. Mit alten Schiffen meine ich Schiffe von über 80 Jahre. Wollten wir alle Schiffe über 80 Jahre ausrangieren, so könnten wir mehr als den vierten Teil unserer Seeschiffe als Brennholz verkaufen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Angaben stützen sich auf das amtliche statistische Material. Nach demselben haben wir im ganzen 270 Schiffe, davon 222 über 30 Jahre. Ein solches Verhältnis besteht aber nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern. — Herr Wegger sagte weiter, die behördliche Untersuchung der Schiffe auf Seetüchtigkeit usw. sei in Sachen schon seit 30 Jahren eingeführt. Ja, wenn die Verhältnisse auf der See so einfach lägen wie auf der Erde, würde der sozialdemokratische Antrag leicht durchführbar sein. Heute ist er es aber nicht.

Abg. Dr. Semler (natl.): Herr Wegger behauptete, seine Partei hätte sich nie gegen die Disziplin an Bord gewandt. Das zeigt nur, wie verschieden die Ansichten über Disziplin sind. Wir halten es mit der Disziplin für ganz unvereinbar, wenn ein Schiffsmann mit dem Kapitän darüber soll rechten können, ob eine bestimmte Arbeit notwendig ist oder nicht, wie das ein sozialdemokratischer Antrag wollte. — Die Vorlage enthält eine ganze Reihe von Verbesserungen für die Seeleute, welche direkt eine materielle Belastung der Reeder bedeuten. Um den Anschein zu vermeiden, als ginge mir das sekundäre Interesse der Reeder über den sozialen Frieden, habe ich darauf verzichtet, eine Reihe von An-

trägen einzubringen. Ich hoffe, daß auch die Sozialdemokraten auf allzu einseitige Vertretung der Arbeiterinteressen verzichten werden. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Bargmann (fr. Vg.): Wir fordern wie die Sozialdemokraten einen kräftigen Schutz für die Seeleute. Leider entspricht der vorliegende Entwurf nicht ganz unseren Wünschen. (Sehr richtig! links.) Wir haben deshalb eine Reihe von Änderungsanträgen eingebracht, von deren Annahme wir unsere Zustimmung zu diesem Gesetz abhängig machen werden.

Abg. Schwarz-Lübed (Soc.)

kommt auf den Untergang der „Elbe“ zurück und betont nochmals die Gefahr, welche in den jetztigen Vorkesseln bei einem Zusammenstoß von Schiffen liegt. — Herr Semler stellte es als eine große Wohlthat für die Seeleute hin, daß sie jetzt vom Tage der Amusterung an die Feuer bekommen, und falls diese in einem andern Hafen geschieht, auch die Kosten des Lebensunterhalts und Transports bis zum Anteil des Dienstes. All das habe ich aber bereits vor dreißig Jahren von einer kleinen Reederei bekommen und jetzt sieht man darin eine große Verbesserung für die Seeleute! — Der Begriff des Seelarmachens steht durchaus noch nicht fest, wie Herr Konteradmiral Schmidt meinte. In vielen Fällen versteht man darunter das Uebernehmen der letzten Ladung, ferner das Anheizen der Kessel, eine Arbeit von zwei Stunden, dazu kommen noch eine Reihe anderer Arbeiten, die auch einige Stunden in Anspruch nehmen. Wenn sich der Reichstag also ordentlich überlegt, was alles unter Seelarmachen verstanden wird, wird er hoffentlich nicht dafür zu haben sein, daß diese Arbeit am Sonntag vorgenommen werden kann. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kirch (C.): Gewundert habe ich mich, daß die Herren Wegger und Bargmann noch keine bindende Erklärung über die Stellung ihrer Freunde zu dem Entwurf abgeben konnten. Sie werden doch den großen sozialen Fortschritt, den das Gesetz bedeutet, nicht verkennen können. Infolge der eigentümlichen Stellung der Schiffsfahrt, die ganz besonders auf die Konkurrenz mit dem Ausland ausgewiesen ist, konnten wir nicht alle Anträge der Sozialdemokraten auf Gleichstellung der Seeleute mit den gewerblichen Arbeitern annehmen, aber wir sind ihnen entgegengekommen, so weit es uns möglich war.

Abg. Raab (Antif.): Die Vorlage bedeutet gewiß einen sozialen Fortschritt, wenn er sich auch in sehr bescheidenen Grenzen hält. Man muß aber nehmen, was zu haben ist, und kann sich vorbehalten, später mehr zu fordern. — Die Ausführungen des Herrn Frese machen mir den Eindruck, als wolle er sich nur wegen seines Fehlens in der zweiten Lesung entschuldigen. Er hat ja damals in gewisser Beziehung unter einer höheren Gewalt gestanden. (Weiterkeit.) Zu entschuldigen hätte er sich aber nicht gebraucht, denn ich glaube kaum, daß jemand im Hause des Herrn Frese mit großem Bedauern bemerkt hat. Herr Frese sprach von den großen Lasten, die das Gesetz den Reedern auferlegt. Bei den hohen Dividenden aber, die unsere Reedereien zahlen, wird diese Belastung kaum ins Gewicht fallen. Eine Reederei, die nur dadurch bestehen kann, daß sie das Leben der Mannschaft und der Passagiere leichtfertig aufs Spiel setzt, hat keine moralische Existenzberechtigung. In einer ganzen Reihe von Fällen ist durch die seemannsrechtliche Verhandlung festgestellt, daß Schiffsunfälle durch grobe Leichtfertigkeit der Reederei verschuldet waren. Vieles sind vollkommen seetüchtige Schiffe auf See gelassen worden. Herr Konteradmiral Schmidt, der uns in der Kommission viel mehr unterhalten als belehrt hat (Sehr richtig! und sehr richtig!), wies darauf hin, daß es in England auch sehr alte Schiffe gebe. Wenn England nicht radikal genug vorgegangen ist in seinen Maßnahmen gegen seetüchtige Schiffe, so liegt das wesentlich an dem Verhalten der konkurrierenden Nationen, vor allem auch Deutschlands. (Sehr richtig!)

Abg. Stodmann (Hr.): Es muß darauf geachtet werden, daß die Lasten der sozialen Fürsorge für die kleinen Reedereien nicht zu schwer werden und daß weiter die Disziplin unter allen Umständen gewahrt wird. Anträge der Sozialdemokraten aber wie derjenige auf Einsetzung eines Schiffsrates, den der Kapitän in Fällen dringender Gefahr befragen muß, dienen geradezu zur Untergrabung der Disziplin. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Bei alledem stellen sich die Sozialdemokraten als einzig berufene Vertreter der Seeleute, ja sogar der Kapitäne hin. Berufsmäßige Seeleute wollen indes sehr wenig von der Sozialdemokratie wissen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ihnen hängen nur die sogenannten Hilfsleute, Heizer, Kohlenträger usw. an. Damit schließt die Generaldiskussion.

In der Specialdiskussion werden die §§ 1—3 debattelos angenommen. § 4 handelt von der Besetzung der Seemannsämter. Nach den Beschlüssen zweiter Lesung sollen sie aus einem Vorkessenden und zwei schiffahrtskundigen Weisigen bestehen, von welchen der eine, falls das Verfahren sich gegen einen Schiffsmann richtet, den Reizen der seefahrenden Schiffsleute zu entnehmen ist.

Die Abg. Albrecht und Genossen beantragen, die Worte „falls das Verfahren sich gegen einen Schiffsmann richtet“ zu streichen und folgenden Absatz hinzuzufügen: Die Weisiger verwalteten ihr Amt als Ehrenamt und erhielten nach näherer Bestimmung der Landesregierungen Gehalt für bare Auslagen außerdem einen Pauschalbetrag für Zeitverlust oder Ersatz für den ihnen entgangenen Arbeitsverdienst.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.): Unser Antrag ist fast wörtlich aus dem Invaliditätsgesetz entnommen. Es erscheint fast selbstverständlich, daß die Weisiger einen Ersatz für die ihnen erwachsenden Kosten erhalten. Weiter beantragen wir, daß einer der Weisiger unter allen Umständen aus den Kreisen der Seeleute genommen wird. Die Strafen, die die Seemannsämter bei Vergehungen der Kapitäne oder auch der Reeder selbst verhängen, sind vielfach zu gering, daß die Reeder ein Interesse daran haben, die Vorschriften zu übertreten. Aus allen diesen Gründen ist unser Antrag gerechtfertigt und ich bitte Sie, denselben anzunehmen.

Abg. Dr. Semler (natl.) beantragt, über den letzten Satz des § 4 „von welchen der eine“ usw. besondere Abstimmung. Seine Freunde würden gegen diesen Satz stimmen.

Staatssekretär Graf Posadowsky bittet ebenfalls, diesen Beschlüß der zweiten Lesung wieder zu befechtigen. Es wird hier ein ganz neuer Grundlag in das Strafgesetz eingeführt, der Grundsatz der Klaffenjustiz. Dem können die verbündeten Regierungen nicht zustimmen.

Abg. Dr. Spahn (C.) bittet, es bei dem Kommissionsbeschlusse zu belassen. Redner bezieht des weiteren, in der zweiten Lesung sich gegen die Einrichtung der Gewerbegerichte gewandt zu haben. In der Abstimmung werden hierauf die Anträge Albrecht abgelehnt. Der Antrag Semler gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. (Zum Centrum wird die Abstimmung falsch verstanden. Abg. Spahn konstatiert dies nach vollzogener Abstimmung. Bei einem späteren Paragraphen soll der Fehler wieder gut gemacht werden.)

Die §§ 5—11 werden debattelos erledigt. § 12 tagt in Absatz 3, daß einem Schiffsmann in seiner dienstfreien Zeit nach Beendigung der Rückreise die Erlaubnis zum Verlassen des Schiffes nicht verweigert werden darf, wenn nicht triftige Gründe vorliegen. Ist ihm die Erlaubnis erteilt, so muß er zur seelarmen Zeit zurückkehren.

Ein Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen. will „nach Beendigung der Rückreise“ streichen, statt „triftige Gründe“, „dringende Gründe“ setzen und am Schluß hinzufügen: „wird sie verweigert, so hat der Kapitän die Gründe in das Schiffsprotokoll einzutragen“.

Abg. Wegger (Soc.) begründet den Antrag.

Der Antrag auf Streichung der Worte „nach Beendigung der Reise“ wird angenommen, die übrigen Änderungen werden abgelehnt.

§ 13 charakterisiert in Absatz 3 als Ueberstunden-Arbeit eine über zehn, resp. in den Tropen über acht Stunden dauernde Arbeit, soweit sie nicht zur Bedienung der an Bord befindlichen Personen zum Seelarmachen oder zur Sicherung des Schiffes in Gefahr dient.

Die Abg. Albrecht (Soc.) u. Gen. wollen diese Einschränkung streichen. Abg. Schwarz-Lübed (Soc.): Nach den Schiffslenten, die zur Bedienung und Sicherung des Schiffes angestellt sind, muß der Vorteil des Ueberstundenlohnes zu teil werden. Es liegt gar keine Veranlassung vor, diese Leute auszuschließen, zumal der Dienst ein sehr anstrengender ist. Daß dadurch den großen Gesellschaften eine erhebliche Mehrausgabe erwächst, muß allerdings zugegeben werden, aber diese Gesellschaften sind wohl im Stande, die Mehrkosten zu tragen.

Abg. Dr. Semler (natl.) beantragt, die Worte „zum Seelarmachen“ aufrecht zu erhalten und die Beratung des § 13 hier bei § 13 mit vorzunehmen, der Sonn- und Festtagsarbeit verbietet, soweit sie nicht zur Verpflegung der an Bord befindlichen Personen oder zur Sicherung des Schiffes notwendig oder in dringender Gefahr erforderlich ist.

Ein Antrag Semler zu diesem Paragraphen will hinter „Personen“ einfügen „zum Seelarmachen des Schiffes“. Abg. Cahenoly (C.): Es sollte gesetzlich festgelegt werden, daß die großen transatlantischen Dampfer an Sonntagen nicht ausfahren dürfen. Gegen diese Bestimmung hat sich aber so großer Widerstand geltend gemacht, besonders mit Rücksicht auf die ausländische Konkurrenz, daß die Bestimmung in zweiter Lesung gestrichen wurde. Ich will nur zu meiner Freude konstatieren, daß die Hamburg-Amerikaner nunmehr von selbst ihre Dampfer, die bisher am Sonntag ausfuhren, am Sonnabend abgehen läßt.

Abg. Wegger (Soc.) bittet dringend um Ablehnung des Antrages Semler zu § 13. Wir haben schon in der Generaldiskussion darauf hingewiesen, daß die Sonntagsruhe für die Seeleute geradezu illusorisch gemacht würde, wenn die Arbeit des Seelarmachens am Sonntag als gewöhnliche Arbeit vorgenommen werden darf.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn die Hamburg-Amerikaner ihre Seedampfer jetzt nicht mehr am Sonntag abgehen läßt, so hat das ganz andere Gründe, als Herr Cahenoly meinte. Die Gesellschaft hat beschlossen, ihre Dampfer jetzt nicht mehr in sechswochentlichen, sondern fünfwochentlichen Turnus abgehen zu lassen. Dabei mußte aus bestimmten Gründen als Expeditionstag in New York der Dienstag gewählt werden und dies hatte wieder zur Folge, daß die Dampfer von Hamburg am Freitag oder Sonnabend abgehen mußten. Die Gesellschaft ist aber noch sehr im Zweifel darüber, ob sie im Stande sein wird, diese Regelung aufrecht zu erhalten.

Abg. Frese (fr. Vg.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Wegger. Das Seelarmachen gehört unmittelbar zur Thätigkeit des Seemanns. Ich möchte Sie bitten, die Worte „zum Seelarmachen“ aufrecht zu erhalten. Ein materielles Interesse der Reeder liegt hier nicht vor.

Abg. v. Savigny (C.): Ich kann Sie nur bitten, dem Vorschlag des Kollegen Frese nicht zu folgen und das Wort „Seelarmachen“ zu streichen.

Abg. Wolfenbühl (Soc.): Herr Frese bestritt, daß der Wegfall der Worte „zum Seelarmachen“ für die Reeder eine materielle Belastung bedeutet. In der That aber soll doch festgesetzt werden, daß auch die Arbeit des Seelarmachens am Sonntag als Ueberstunden-Arbeit zu vergütet ist.

Berichterstatter v. Jönckhe: Ich stelle fest, daß nur die Unklarheit darüber, was unter Seelarmachen zu verstehen ist, — ob nur einige wenige vorbereitende Arbeiten vor der Abfahrt des Schiffes oder weitergehende Arbeiten — die Herren vom Centrum veranlaßt, die Worte „zum Seelarmachen“ zu beanstanden. Ich konstatiere demnach, daß, was die Abstimmung ausfallen wie sie will, es nicht die Absicht des Reichstages sein kann, daß der Schiffsmann für die zuerst genannten wenigen vorbereitenden Arbeiten unmittelbar vor Abfahrt des Schiffes Ueberstundenlohn beanspruchen kann.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung werden die Worte „zum Seelarmachen“ in § 13 gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung gestrichen. Der Antrag Semler zum § 13 wird darauf zurückgezogen. Unter Ablehnung der Anträge Albrecht werden die §§ 13 und 15 in der so veränderten Fassung zweiter Lesung angenommen.

§ 14 wird unverändert angenommen. § 16 verbietet die Sonntagsarbeit auf dem Schiffe, wenn sie nicht dringend notwendig ist. Die Abg. Albrecht (Soc.) und Genossen wollen diese Einschränkung streichen.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.): In der Schiffahrt ist die Sonntagsruhe fast unbekannt. Der Reichstag hat deshalb die Pflicht, auf diesem Gebiete einzuschreiten und dem Seemann auf See wenigstens einige Erholung zu gönnen. Unser Antrag ist das Geringste, was man fordern kann, wenn man dem Schiffsmann überhaupt eine Sonntagsruhe gewähren will. Der Begriff „dringend notwendig“ ist ein so launischer Begriff, daß er nicht im Gesetz stehen bleiben darf.

Abg. Kirch (C.) beantragt, statt „dringend notwendig“ zu sagen „in dringenden Fällen“. In der Abstimmung wird der Antrag Kirch angenommen, dagegen der Antrag Albrecht abgelehnt und der so veränderte § 16 nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 1 Uhr. Präsident Graf v. Helldorf: Ich möchte Ihnen mitteilen, daß ich die Absicht habe, am Montag die erste Lesung des Gesetzesentwurfs wegen der Diäten an die Zolltarif-Kommission auf die Tagesordnung zu setzen. Die Herren, denen daran liegt, mögen dann für die Peranziehung der nötigen Kräfte sorgen. (Weiterkeit.)

Die Zolltarif-Kommission

fuhrt am Freitag in der am Donnerstag abgetroffenen Debatte über die Positionen 164 und 165 (Cel) fort. Die Sozialdemokraten beantragten Zollfreiheit. Gorthen (fr. Vg.) beantragt, den Zoll auf Napsöl und Napsöl statt auf 12 M. auf 9 M., auf Baumwollensamöl statt auf 12,50 auf 10 M. und auf andres fettes Del statt auf 10 M. auf 9 M. zu bemessen.

Herr v. Wangenheim (L) beantragt für alle Oele in Fässern einen Zollfuß von 18 M., in andern Behältnissen von 24 M. Nur für Kerosin und Sulfuröl steht der Antrag einen Zoll von 2 M., für Holzöl einen solchen von 9 M. vor. Redner läßt aus: Diese Erhöhung sei notwendig, schon um die Zollhöhe im richtigen Verhältnis zu den früher für Rohstoffe beschlossenen Zolltariffen zu halten.

Ministerialdirektor Wermuth betont, daß die von der Kommission beschlossenen Zollhöhen auf Rohstoffe keine Erhöhung der Zölle für fettes Oele bedingen. Stadthagen: Mit der Begründung, welche die Regierung gegeben hat, kann Wangenheim seine Sätze, wenn auch nicht begründen, so doch entkräften. Die sogenannte Begründung der Vorlage steht immer weitere Konsequenzen. Man muß schließlich die Industrie-

alle erhöhen, weil man bei den landwirtschaftlichen Böden den Anstieg gemacht hat. Die Regierung behauptet, weil tierisches Speisefett erhöht ist, muß auch Pflanzenfett erhöht werden. Das nicht ehbare Pflanzenöl muß verteuert werden, weil das ehbare verteuert ist. Dadurch kommt man zum Seifenöl, zur Erhöhung der Industrieprodukte, wo Öl gebraucht wird. Man fragt aber nicht, wo die Konsumenten schließlich das Geld zum Bezahlen hernehmen sollen.

Die Sätze der Regierungsvorlage werden angenommen.

Position 167 legt auf Ruskaibutter, Lorbeeröl in Fässern einen Zoll von 9 M., in andern Verhältnissen einen solchen von 20 M. wie bisher.

Zu Positionen 168 ff., Baumwollseide, Palmkernöl usw., beantragt Gothein (fr. Bg.) für Baumwollseide einen Zoll von 10 M., denaturiert einen solchen von 2 M.

Stadthagen (Soz.) tritt für Zollfreiheit ein.

Müller-Sagan (fr. Bg.) beantragt die Wiederherstellung des bisherigen Vertragszolls von 3 M. für Desfäure im Interesse der heimischen Textilindustrie.

Gehemrath Wolffram belämpft diesen Antrag mit vertraulichen handelspolitischen Mitteilungen.

Die Regierungsvorlage wird angenommen.

Zu Positionen 171—173 (Stärke, Stärkekugeln, Kleister und sonstige Klebstoffe, Sago, Saleppulver) beantragt Gothein (fr. Bg.) für alle drei Positionen einen Zoll von 12,50 M.

Geb. Regierungsrat von der Vorholt betont, daß die Zoll-erhöhung lediglich bedingt sei durch die Heraushebung der Zölle für Mällextrakt.

Müller-Sagan (fr. Bg.) erklärt sich gegen den Zoll auf Sago im Interesse der Nahrungsmittelindustrie.

Gehemrath Blan und Unterstaatssekretär v. Fischer verteidigen die Sätze der Vorlage.

Hierauf werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Die Verhandlung über die Position 174 (Zucker) wird auf Wunsch des Schatzsekretärs Herrn v. Thielmann bis nach Erledigung der in nächster Woche dem Reichstag zugehenden Vorlage über die Zuckersteuer zurückgestellt.

Die Positionen 176 und 177 werden gemeinsam verhandelt.

Position 176 legt auf Branntwein aller Art, einschließlich des Weingeists, Arrak, Rum, Cognac, Mischungen von Weingeist mit Aether und Lösungen von Aether in Weingeist in Fässern: Liqueur einen Zoll von 240 M., anderen Branntwein einen solchen von 100 M.

Position 177 legt auf die in 176 genannten Getränke in anderen Verhältnissen einen Zoll von 240 M.; sämtlich wie bisher.

v. Kardorff (Np.): England zahlte, obwohl freihändlerisch, eine so hohe Exportprämie, daß sogar kein Kornbranntwein mit unserm Kartoffelsprit konkurrieren konnte. Die Regierung möge wegen Abschaffung dieser Exportprämie Verhandlungen anknüpfen.

Geyer (Soz.): Wir haben keine Anträge gestellt, weil jetzt eine Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz beraten wird. Vor einigen Jahren hat man unter dem Vorwand, die Luxusgetränke zu verteuern zur Deckung der Kosten für die Flottenvermehrung, den Rum verteuert, den die Seeleute und Hafenarbeiter zu ihrem Geog gebrauchen. Wir werden in der zweiten Lesung, wenn das Schicksal der Branntweinsteuer entschieden ist, Anträge auf Herabsetzung des Zolls stellen.

Gothein (fr. Bg.) bezweifelt, daß England seine Exportprämien abschaffen werde, so lange wir unsere behalten.

Hierauf werden die Sätze der Regierungsvorlage angenommen.

Die Positionen 179 bis 183 werden gemeinsam verhandelt. Sie setzen für folgende Getränke die Höhe des Zolls fest:

Position	Getränk	bisherig. Zoll	neuer Zoll
179	Schaumwein	120 M.	120 M.
	andere Weine	48	48
180	Most von Trauben, Weinmost aller Art	60	60
181	Weintrüb	24	wie Wein.
182	Weine mit Heilmittelzusätzen in Fässern	24	24 M.
	in andern Verhältnissen	48	48
183	Obstwein, Malzwwein, Milchwein, Met, Kefir, Kump, in Fässern	24	Met 6 M., sonst 24 M.
	in andern Verhältnissen	48	Met 6 M., sonst 48 M.

Dr. Blaukorn (natl., Puz.) beantragt für die Position 180, außerdem für Rosinextrakt und Griechischen Selt einen Zoll von 80 M.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, die Regierung könne zu diesem Antrag erst in der zweiten Lesung Stellung nehmen, da sie bezüglich des Rosinextraktes und Griechischen Seltens nicht informiert sei.

Stadthagen (Soz.) befürwortet Zollfreiheit mit Rücksicht auf die Volksernährung.

Hierauf wird für Position 180 der Antrag Blaukorn für die übrigen Positionen die Regierungsvorlage angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Reichstags-Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag seine gutbesuchte Generalversammlung in „Sandsouci“ ab. Der Vorsitzende Paul Hoffmann gab den Bericht des Vorstandes. Im verflochtenen Halbjahr haben 6 Mitglieder-Veranstaltungen, darunter eine Generalversammlung, stattgefunden. Eine Versammlung, die am 18. März stattfand, verfiel der polizeilichen Auflösung, weil im Glauben an die allgemeine Gültigkeit der bekannten Erklärung des Ministers, Frauen anwesend waren. Der Vorstand hat gegen die Auflösung beim Polizeipräsidenten Beschwerde eingebracht, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Vorstandsmitglieder wurden im letzten Halbjahr 7 abgehalten. Ferner wurden drei Urania-Vorstellungen, ein Sinfoniekonzert und ein Familienabend veranstaltet. Aufgenommen in den Verein wurden im letzten Halbjahr 619 Genossen, ausgetreten sind 14 Mitglieder, verstorben 4. Der Verein zählt jetzt 2225 zahlende Mitglieder. An der Arbeitslosen-Zählung beteiligten sich im Südosten des vierten Wahlkreises 1451 Helfer. Der Redner weist des weiteren auf die staatsretterische Tätigkeit hin, die von der Polizei in Nixdorf beim Begräbnis eines Genossen gegen die roten Schleifen entfaltet wurde. Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme von 3616 M. auf und eine Ausgabe von 3591,75 M. Der Kassenbestand beträgt somit 24,25 M. Für Agitation wurden 2151,80 M. verausgabt. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender wurde Paul Hoffmann, 2. Vors. Max Rengel; 1. Schriftführer Franz Prothmann, 2. Schriftf. Karl Blich; 1. Kassierer Walded Traczyl, 2. Kass. Wilh. Deleurant; Beisitzer: Karl Scholz, Lafer und Treitschke; Revisoren: Schuster, Rix und Edeling. — Dr. Arons hielt sodann einen Vortrag über das Thema: „Wie beteiligen wir uns an der preussischen Landtagswahl?“ Der interessante Vortrag wurde von den Anwesenden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion meldeten sich prinzipielle Gegner der Wahlteilnahme nicht zum Wort. Stunpe zeigte an mehreren kräftigen Beispielen, zu welchen Absonderlichkeiten die eigenartige Klasseneinteilung des preussischen Wahlsystems führe. Wer nun trat wann für die Wahlteilnahme ein. Gegenüber Grundmann, der sich gegen jeglichen Kompromiß mit bürgerlichen Parteien wendete, erklärte der Referent in seinem Schlusswort, daß es sich bei der Landtagswahl nur um Abmachungen handeln könne, die praktisch zu einer proportionalen Berücksichtigung der unter der Wählerchaft herrschenden Aufschümpen führen würden. Auf eine Anfrage bezüglich der Schlußursachen erklärte der Referent, daß diese wie alle Freuen vom 24. Lebensjahr ab landtagswahlberechtigt sind. — Unter Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß die Gastwirte Gräser und Liebchen bezüglich der Stadtvorordnetenwahl ihre Pflicht gethan haben und die dem widersprechenden Angaben nicht auf Wahrheit beruhen.

Der Wahlverein für den sechsten Reichstags-Wahlkreis hatte am Donnerstag eine Versammlung nach den Arminushallen in der Bremerstraße einberufen. Freyhaller referierte dortselbst über den Organisationsstreit. Er schilderte die Entwicklung dieser Angelegenheit, sowie die gepflogenen Einigungsverhandlungen und bemerkte dabei: Nach Ablehnung des Vorschlages, dem Parteivorstande die Ernennung der Funktionäre bis zur Beendigung des Streites zu überlassen, habe der Vorstand des Wahlvereins den Parteivorstand erucht, dafür zu sorgen, daß der Beschluß der Kontrolleure durchgeföhrt werde, wonach der Wahlverein der Schönhauler Vorstadt als Sonderorganisation bezeichnet wird. Psanusch habe darauf vorgeschlagen, nochmals eine Einigung zu versuchen unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Reichstagsfraktion, des Parteivorstandes und der Kontroll-

kommission. Der Wahlvereinsvorstand habe diesen Vorschlag jedoch abgelehnt, weil sich gezeigt habe, daß die Einigungsverhandlungen doch keinen Erfolg haben. Zum Schluß bemerkte Freyhaller, am Sonntag hätten Genossen der Schönhauler Vorstadt eine Agitationstour nach Moabit unternommen, um in einem Parteilokal für ihre Organisationsform Propaganda zu machen. Aus diesem Grunde sei die gegenwärtige Versammlung in Moabit einberufen worden. — Nachdem Freyhaller länger als eine Stunde gesprochen hatte, beleuchtete Borgmann in reichlich einstudiierter Rede die Organisations-Angelegenheit vom Standpunkt der Genossen der Schönhauler Vorstadt. Dann folgte Wünsch, der namentlich auf die Punkte des Referats einging, welche sein persönliches Verhalten betrafen. Bei dieser Gelegenheit kam auch der früher schon öfter erwähnte Vorfall bezüglich der Frechthaler zur Sprache, der bekanntlich von beiden Seiten verschieden dargestellt wird. Dieser Gegenstand rief auch jetzt wieder eine kurze aber lebhafteste Auseinandersetzung hervor, in deren Verlauf Frechthaler sich beifallig erregt gegen die Ausführungen der anderen Seite wandte und dabei den Ausdruck gebrauchte: Es sei eine Frechtheit, wenn die Genossen der Schönhauler Vorstadt immer noch behaupten, ihnen sei der Einblick in die Kreisabrechnung verweigert worden. Hierauf nahm Borgmann zur Geschäftsordnung das Wort, um festzustellen, daß der Vorsitzende Arndsee den Ausdruck „Frechtheit“ nicht gerügt habe. Arndsee bemerkte, er habe nach Lage der Situation keine Veranlassung, eine Rüge auszusprechen. Nun erhoben sich Borgmann und Wünsch; sie verließen den Saal und nahezu die Hälfte der Anwesenden folgten ihnen, wobei eine lebhafteste Lärmbildung entstand. Nachdem die Versammlung, die während dieses Vorfalls vertagt war, wieder eröffnet wurde, sprach noch Riesel, Jakobson, Guttmann, Ernst, Sauerzapf, Wuzel, Otto und Karl Fischer. Neue Gesichtspunkte traten in der Diskussion, die bis 1 Uhr währte, nicht hervor.

Der sechste Wahlverein hielt am Dienstag eine Versammlung in Schmidt's Saal, Gartenstr. 13, ab, der auch zahlreiche Frauen als Zuhörerinnen beiwohnten. Mit lebhaftem Beifall wurde der Vortrag des Genossen Kees entgegengenommen. Der Redner besprach den Gesetzentwurf zum Schutz der gewerblich arbeitenden Kinder und knüpfte daran eine treffende Kritik der kapitalistischen Gesellschaft, in deren Wesen es liegt, selbst die Kinder im zartesten Alter in unerhörter Weise auszunutzen. Der Vorsitzende Freyhaller teilte zum Schluß mit, daß der Jahlabend, der auf den Himmelstags fällt, nicht an diesem Tage, sondern eine Woche später, nämlich am 15. Mai abgehalten wird.

Schöneberg. Der Holzarbeiter-Verband beschloß in seiner letzten Generalversammlung, den Arbeitslosen, die gemagregelt wurden, pro Woche 3 M., den Beschäftigten für jedes Kind 1 M. mehr Unterstützung zu gewähren. Die wegen der Kaiserfeier ausgesparten sollen pro Tag 3 M. Unterstützung bekommen. Mitglieder, die bis zum 1. Mai arbeitslos sind, erhalten 2 M. Unterstützung. Bedauert wurde der schlechte Eingang der Extrabeiträge.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 27. April, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, R. Frankfurterstr. 6: Versammlung „Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Walded Traczyl: „Ein abtrünniger Kaiser im alten Rom“. Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Ruhelharmonium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein der Buchbinder und Schriftsetzer für Nixdorf-Brick. Sonntag, den 27. April, nachmittags 1 Uhr: Vereinsversammlung im Restaurant Söllmer, Bienenstr. 42 (Ecke Hermannstraße). 1. Vereinsmitteilungen. 2. Vortrag über Frey Reuters. 3. Verschiedenes.

Zur Unterstützung des Generalstreiks in Belgien
 gaben bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:
 Tischlerei Baumgarten u. Söhne 18.—, Durch Lohmann 1.—, Arbeiter und Arbeiterinnen der Firmen: Gildert W. Bartel 14.—, Gesammelt in Vorzeelanarbeiter-Versammlungen: Kronas 10.—, Schum 8,40, Gohrig 4,11, Riffenbrink von Adolf, Rummelsburg 10.—, Arbeiter von Seyling u. Thomas 9,80, H. u. S., Friblinstraße, 3.—, Gesammelt von G. Schatz, Rindfleischstr. 1,20, Pianofortefabrik Quandt, Grüner Weg 55, 25.—, Ortsverein Königberg i. Pr. des Verbandes deutscher Buchbinder 50.—, Gesammelt von mehreren Arbeitern einer kgl. Mästerwerkstatt in Spandau 5.—, Lungenspieler in Gladbeck durch Post 21,55, Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zahlstelle Köpenick 50.—, Von den Arbeitern der Firma G. Wehrle, Groß-Wildertfelde 19,10, 18 Formier und Wehrle-Arbeiter G. Wothke, Al-Moabit 46, 31.—, Proportionsverein „Arbeiter“ 5.—, Werkhabe Weh u. Rindiger 1,50, 2 rote Jünger Senefelders in Vieh 3.—, Summe 290,66 M. Vereits quittiert 9117,60 M. Insgesamt 9418,26 M.
 Verichtigung. In der Quittung vom 23. muß es heißen: Vom VI. Wahlkreis zc. Deegl. auf Viste 1574 nicht 1514.
 Hiermit schließen wir die Sammlung.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direction: Sonntag 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hütt.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung

Brodts Gesellschafts-Haus
 Erkner am Dameritz-See
 3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser gelegen — empfiehlt sich den Genossen bei Ausflügen per Eisenbahn und Dampfer, den gebrechten Familien, Vereinen und Familien zu angenehmem Aufenthalt. Im Monat Mai, Juni, Juli und August sind noch Sonnabende und Sonntage zu vergeben. 3739Q*

Schmöckwitz.
 Restaurant „Seddin-See“
 empfiehlt sein schön gelegenes Lokal zu Dampferpartien, Studeren und Radfahrern. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Säle, Regalbahnen zc. — Straße die billigen Dampfer zur Verfügung. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 3576Q*
 Telefon Amt Gellman 54. — Freundl. Label ein. Aug. Noack.

Restaurant am Weinberg, Bahnhof Hirschgarten.
 Empfiehlt Vereinen und Gesellschaften mein Lokal mit Kaffeeküche (Alter 70 J.), Regalbahnen zc. zur gefälligen Benutzung. Vorzügliche Speisen und Getränke. 4000Q*
 N. Ermisch.

Segler-Schloss Hankels Ablage, Bahnhstation Beuthen.
 Sonnabende und Sonntage im Juni und Juli für Vereine, Gesellschaften zc. noch zu vergeben. 3997Q
 Wilh. Heinrich, Beuthen.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
 Am Bahnhof Hirschgarten. Inhaber: W. Keller, Gastwirt.
 Empfiehlt den Vereinen und Gesellschaften seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regalbahnen, Kaffeeküche, gutgepflegte Bier u. Speisen zu jeder Tageszeit. Volkskoloniatigungen. Auch zu erreichen Köpenick von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Eisenbahnstraße (neue Straße nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.
 „Zweifelssee“ In den Wäggelbergen. „Marientlust“.
 Inhaber: C. Streichhahn.
 Empfiehlt beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampferbrücken, Stallungen für 40 Pferde zc.

Gustav Tempel
 empfiehlt sein 4005Q*
 Restaurant „Zur windigen Ecke“,
 Alt-Posthagen 56, Ecke Bahnhofstraße, 2 Minuten ab Bahnhof Stralau Rummelsburg. — Gute Küche. — Freundliche Bedienung.

Schmöckwitz Gashaus zur Palme
 (Endstation der „Stern“-Dampfer)
 Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39.
 Empfiehlt mein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den gebrechten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Aufspannung und Dampferzüge, Regalbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche und behagliche Biere zu soliden Preisen. 3577Q*

Restaurant „Neuer Krug“.
 an der Obersee zwischen Wäggel- und Dameritzsee, Bahnhstation Neu Rahndorf, in 10 Minuten zu erreichen, empfiehlt sein Lokal für größere Vereine und Gesellschaften bis 3000 Personen. 3521Q*
 Fritz Domning, Gastwirt.

H. Eberts Festsäle „Neues Klubhaus“
 72 Kommandanten-Strasse 72.
 Große u. kleine Säle (Bühne), bis 500 Personen fassend, zu vergeben. Habe noch Sonnabende u. Sonntage frei. 3521Q*
 Sonntag, Mittwoch und Donnerstag: Großer Ball.
 In einem schönen Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kreuzer zu erreichen? Beim alten Freund auf Pichelswerder. — Für gute Küche usw. ist immer bestens gesorgt! 3776Q*
 Musik: Elektrisch.

Kufekes
 BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darrkranke Kinder
Kindermehl

Nümman's Festsaal.
 Bennenstraße 188,
 mit großem Garten und Sommerbühne empfiehlt sich den Vereinen zur Abhaltung von Sommerfesten zc.
 Route 12 M. an Landparzell., direkt am Bahnhof Biesdorf, erste Station hinter Völkchenberg, feinst. Gartendob. Verkauf a. d. Terr. u. l. Rest. „Frohloff“ a. Bahnh.

Hüte! Herrenhüte von 1,50 an Anabenhüte „0,75“
 Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Weines Schirme zu außergewöhnlich billigen Preisen. Mähen, Krawatten. 3724Q*
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Etkliperstraße.

Filialen:
 Berlin, Chausseestraße 54 und Bellealliancestraße 98.
 Stettin, Magazinstraße 2 und Gehensollersstraße 3.

Mass-Anzüge
 24 und 30 M.
 Paletots nach Mass 22 M.
 Alle diejenigen welche in irgend einer Weise mit ihren Maß-Anzügen nicht zufrieden gestellt wurden, sollen unbedingt bei mir den Versuch machen. 19006*
 Liefere von prima Stoffen

Stoffresten
 die feinsten Maß-Anzüge unter Garantie des Gutstehens zu obigen Preisen.
 Engros - Rester - Handlung Bellealliancestraße 98. 1 Tr. und Chausseestraße 54. 1 Tr.
 Wegen großen Abdrangs bitte recht zeitig zu bestellen. 3808Q*

Gardinen
 Neuheiten, Seccions- und Jugendstil, circa 250 Muster. Katalog (450 Muster) gratis und franco.
 Emil Lefèvre, Berlin S. 158.
 Schaufel, Wäggelberge verkauft Gemächer, Stralauer Allee 17 a.

Strand-Restaurant Wäggelsee
 zwisch. Wäggelsee u. Köpenicksee.
 Empfiehlt Familien, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen u. Ausflüge mein prächtig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Hallen, genussreiche Redenräume. Beschäftigungen aller Art. Constante Preise. 3513Q*
 M. Degebrodt, „Strandlohn“, Köpenick.

Die schönsten Herren-Anzüge. Herrenanzüge in neu, sowie speziell 3883Q*
Monatsgarderobe
 von Rabalieren zurückgelagerte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in größter Auswahl zu faunend billigen Preisen heiß zu haben.
 J. Wand, Prinzenstr. 17, Ecke Wasserthorstraße.

Ich verkaufe
 ab meinem Lagerplatz:
 100 Stück 6 Zoll lang . . . 0,55,
 100 7 1/2 „ . . . 0,65,
 Bruchböden, Centner nur . . . 0,60,
 Hankels Werks-Briguetts, ungenutzt, das Beste auf d. Marke, Gr. nur 0,70, ins Haus 1000 Stück 1,25 M. mehr.
 Josef Fischer, Brandenburger-Str. 19-21.
 Kinderwagen, Sport, Kasten- u. Liegenwagen, Eisen- u. Stahlgewichte u. Kran- u. Seilzüge für Erwerbshäuser u. Kinder. Preise bill. Nach Tel. Nr. 2.
 N. W. Schulz N. Brunnenstr. 95 a. Bf. Gellmanbr. Fernsp. III. 1767

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 25. April.
Opernhaus. Robert der Teufel. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Die Ouliyow. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Manon. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Romanischen. Hierauf: Hexenfang. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Mit-Feldberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die hohe Schule. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Ubinse. Anf. 7 1/2 Uhr.
Neubau. Singquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Gastspiel des Pariser Gaietés vom Théâtre du Palais Royal. Maman. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Er. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sachsen. Gebrüder Bod. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weich. Sonnemann vom Biechhof und der kleine Sohn. Anfang 8 Uhr.
Kahn. 4 Uhr: Kindervorstellung: May und Morik.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Epidemisch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Sereifionsbühne. Teiles Wiltens. Anfang 8 Uhr.
E. v. Holzogens. Bunte Theater (Weberbrett). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 1/2 Uhr.
Crubens. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Unse Don Juans. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.
Collins-Theater. Berlin auf Stelzen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Sonnabendabend 8 Uhr:
Die Romanischen.
 Bers: Lustspiel in 3 Aufzügen von Edmund Rossand.
 Deutsch von Ludwig Balda.
 Hierauf: **Hexenfang.**
 Lustspiel in 1 Aufzug v. Louis Quoyen.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
 Sonntagabend 8 Uhr:
Hein Leopold.
 Montagabend 8 Uhr:
Nathan der Weise.

Central-Theater.

Heute 7 1/2 Uhr, zum 127. Mal:
Das süße Mädel.
 Operette in 3 Akten von Landberg und Stein. Musik von Reinhardt.
 Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
 Sonntag, 27. April, nachmitt. 3 Uhr, halbe Preise: **Der Bettelstudent.**
 Abends 7 1/2 Uhr: **Das süße Mädel.**

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.
 Schwant mit Gesang u. Tanz in 3 Akte.
 Emil Sondermann u. G. Ferd. Worms.
 Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Eufriede** (Mischenbödel). Lustspiel v. H. Bentf.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 163.
Zwergin mit Kinde
 (einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!)
Der Boerenkrieg
 (Boha, De Wet, Delarey, Krüger.)
 Lebende Photographien.
Neu! humor-musikal. Quintett **Kirchmeyer.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
 Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung, keine Preise:
May und Morik.
 Abends 8 Uhr:
Sonnemann vom Biechhof und der kleine Sohn
 Pöffe mit Gef. in 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Albert Wicker.
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Der Gürtelbender.** — Abends 8 Uhr: **Die Kinder der Armen.**
 Im Sommergarten: Gr. Konzert. Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.
 Täglich, Anfang 7 1/2 Uhr: Täglich.
Seine Kleine.
 Am 28. April: **Jubiläum der 100. Aufführung.**
 Am 30. April: Abschieds-Vorstellung und Benefiz für Guido Thielscher.
 Am 1. Mai: Gastspiel der Schilleroper. **Der Herrgottschützer von Ammergau.**
 Der Sommer-Garten ist in oberbayerischer Art dekoriert.

Metropol-Theater

Emil Thomas a. G.
Henry Bender Josef Josephi
Anna Müller-Linke
Fritzi Georgette Frid-Frid
Unse Don Juans
 Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Trapetow. Musik von Franz Roth, Adolf Ferron und Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
 Morgen und folgende Tage:
Unse Don Juans.
 Anfang 8 Uhr.
 Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

(früher Fein-Palast)
 Burgstr. 22.
 Direktion Richard Winkler.
Riesen-Gastspiel.
 Programm:
 Auftreten der grössten Schauspieler der Welt.
 Mit ungeheurerem Beifalls-Erfolge abendtäglich:
Der grosse Schlager!
 8 1/2 Uhr 8 1/2 Uhr
Eine Nacht im Ballhaus.
 Schwant in 4 Akten von Kniefel. Händlung, Musik: Dir. Rich. Winkler. Hellborn, Färner: Rob. Dill. Lotte, Röhlin: Franziska Kottler.
 Anfang präcise 7 Uhr.
 Entree 30 Pf.
 Schluß dieser Saison:
Am 30. April 1902.
 In diesem Tage haben sämtliche Ehren- und Preiskarten zum letzten Male Gültigkeit.

Schall und Rauch (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.
 Sonnabend, 26. April, ab. 8 1/2 Uhr
 Gastspiel von Emanuel Reicher.
 Serenissimus-Zwischenspiele u. s.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Emilie Carola, preisgekürzte Wiener Schönheit.
Gustav Bonné, Humorist, mit sein. Schläger: Berlin sei ruhig, schrei hurra! Der kleine Cohn, der kleine Cohn, Der kleine Cohn ist da!
 16 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.

Um 8 Uhr:
 Acht ausgezeichnete Spezialitäten.
 Um 9 Uhr:
Lysistrata
 mit dem Luftballett „Grigolatis“.
 Kasseneröffnung 7 Uhr.

Casino-Theater

Lothringenstr. 37.
 Täglich 8 Uhr. Noch kurze Zeit. Das brillante April-Programm. 9 1/2:
„Berlin auf Stelzen“.
 Am 1. Mai kommt **Leonhardy Haskel.**

W. Noacks Theater.

Brunnenstrasse 16.
Tenore.
 Vaterländisches Schauspiel in 3 Akten von Carl v. Holtei.
 Heute: **Tanzkränzchen**
 Sonntag: **Lenore.**

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
 Anfang Wochent. 8 Uhr
 Sonntag 7 Uhr

Cirkus Busch

Sonnabend, 26. April, abds. 7 1/2 Uhr
Grosse Vorstellung.
Klondike.
 Orig. Pantomime des Cirkus Busch.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
 Grösst. Vergnügungsort Berlin
Internationale Konzerte
 von 5 Künstler-Kapellen.
 Im 6. u. 7. Bogen erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
 Ausschank der **Berliner Bock-Brauerei.**
 Bürgerl. Dinor, 5 Gänge.
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Wintergarten.

Heute:
Das glänzende Ballett
 und 16 Spezialitäten.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister

en gros Schneidermeister en détail

Dresdenerstr. 4, Hauptstrasse 143, am Kottbuser Thor, Schöneberg.

Sommerpaletots von Mt. 13,50 an
 Gehrock-Anzüge . . . 27
 Rock-Anzüge . . . 23
 Jackett-Anzüge . . . 15

Beinkleider . . . von Mt. 5 an
 Jünglings-Anzüge . . . 12
 Knaben-Anzüge . . . 3
 Berufskleidung für jedes Gewerbe.

Anfertigung nach Maass

in eleganter Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 37095*

Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.

Streng feste Preise.

Konfektions-Haus Norden

Damen-Mäntel-Fabrik

parterre und 1. Etage. **Badstrasse 32** parterre und 1. Etage.

Eröffnung Sonnabend, 26. April, nachmittags 4 Uhr. 40000

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.

Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hofmanns Norddeutsche Sänger
 Nach jeder Soliree: **Tanzkränzchen.**
 Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Ziehung: 27. bis 31. Mai

16 870 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.

575000 Hauptgewinn: Mark

100000

50000

25000

etc. etc. etc.

Originallose à 3,30 Mk. Für Porto und Liste 30 Pf. extra.

Marienbg. Pferde-Loose
 à 1 Mk. — 11 Stück 10 Mk. (Porto u. Liste 30 Pf.)

Oscar Bräuer & Co. Nachf.
 Bank-Geschäft
 Berlin W. Friedrichstr. 181.
 Filialen:
 NW. Wilsnackerstr. 63
 O. Andreasstr. 46a.

Feinste Marken!

Jährliche Production: 163 Millionen.

Matrapas

Feine Specialität zu 3-10 Pfg. p. Stück
 garantiert rein u. blumig
 in allen Specialgeschäften erhältlich.

Dieser moderne Hut in verschiedenen Farben kostet mit Satinfutter 1,75 M. mit Atlasfutter 2 M.

Dieser neueste leichte Bienenstrohhut kostet 1,50 M. mit Ventilation 1,75 M.

Oscar Arnold
 Engros **Hüte und Mützen** Export
 nur **Dresdenerstr. 116** (kein Laden).
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen bei riesiger Auswahl in allen Formen und Qualitäten!
 Sehr vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Sutzgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Grobes Papier in Uhren, Goldwaren, Ketten zu erstaunlich billigen Preisen. Tafel- u. Trarung, 900 gef., 1 1/2 Dukaten 15,50, 2 Dukaten 20,50. Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Eicht Rathenower Strassen 35130*
T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.



Gottlieb Weiss SCHÖNEBERG 151 Hauptstr. 151

Special-Haus größten Maßstabes.

Selten günstige Kaufgelegenheit!

Frühjahrs-Anzüge , neueste Formen, viele neue Muster jetzt 18.—, 15.—, 12.—	Schnitt 12 Mk.	Vornehme Mass-Anfertigung!	Frühjahrs-Paletots , ganz neue Schnittformen, jetzt 18.—, 16.—, 14.00 Mk.
Frühjahrs-Anzüge , nur solide Qualitäten, hervorragende Neuheiten jetzt 30.—, 27.—, 23.—	18 Mk.	Hosen nach Mass 18.—, 15.—, 12.—, 5.50 Mk.	Frühjahrs-Paletots , Ersatz für Mass, streng reell u. neueste Muster jetzt 26.—, 30.—, 18.00 Mk.
Frühjahrs-Anzüge , Ersatz für Massarbeit . . . jetzt 36.—, 30.—, 24 Mk.	24 Mk.	Anzüge nach Mass 38.—, 30.—, 45.—, 30.— 22.00 Mk.	Frühjahrs-Beinkleider , neue Muster, jetzt 9.—, 7.—, 3.30 Mk.
Rock- u. Gehrock-Anzüge , blau u. in den neuesten Melangen jetzt 36.—, 30.—, 27.—	21 Mk.	Paletots u. Raglans nach Mass 45.—, 40.—, 38.—, 25.— 20.00 Mk.	Jünglings- und Knaben-Anzüge , neue Modelle, feste Stoffe, 12.—, 9.—, 6.—, 3.30 Mk.

Feste Preise. — Nur eigenes Fabrikat u. ausschliesslich solide Schneiderarbeit.



12. Ziehung 4. Klasse 206. Kl. Preuss. Lotterie.

12. Ziehung 4. Klasse 206. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 25. April 1922, nachmittags.
Für die Gewinne über 2500 M. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigesetzt.
(Ohne Gewähr.)
162 220 584 439 1014 89 223 31 (5000) 321 682 85
521 380 2046 277 349 430 631 (10000) 46 (5000) 841 999
5171 374 946 561 91 600 27 33 63 94 784 848 4382 540
21 (5000) 72 630 979 5068 285 99 300 13 (5000) 19
27 627 79 997 6049 120 90 300 404 607 717 84 94
251 918 7166 328 85 439 533 644 (30 000) 746
675 (10000) 8007 396 94 439 533 644 (30 000) 746
694 75 799 817 942
1026 8 39 504 523 74 786 (5000) 809 83 11084
105 380 329 735 929 12032 75 304 452 67 725 50 900
13282 370 433 48 566 83 682 90 849 946 89 14347
533 623 470 433 48 566 83 682 90 849 946 89 14347
533 623 470 433 48 566 83 682 90 849 946 89 14347
710 849 16260 417 24 29 512 (5000) 615 20 787 894
562 85 99 17100 19 230 558 07 18142 246 49 424
78 99 605 35 704 849 86 971 79 19109 70 349 51 52
620 825 94
20097 29 107 537 311 94 935 22105 51 98 319
(5000) 20 447 589 65 629 745 05 75 22079 (5000) 107
270 (3000) 335 41 418 (1000) 671 732 911 13 23 20975
391 276 (5000) 332 41 410 86 (1000) 97 528 24099 33
43 311 79 467 (1000) 518 713 43 36 899 25070 (1000)
221 98 375 450 512 061 26064 116 200 87 541 90
643 870 90 954 48 27100 303 503 835 56 902 92
22025 46 229 336 43 (5000) 302 621 851 936 29097
137 93 847
30033 52 200 471 537 916 97 31151 81 274 063
805 32058 74 202 362 534 77 811 924 71 33132 83
414 45 74 522 45 82 71 83 785 941 34114 91 336 05
465 654 877 (30000) 35179 89 255 315 907 37 758 59 85
888 902 36179 89 (1000) 205 79 201 434 598 708 26
(5000) 37 905 60 149 203 92 378 88 (5000) 537 66 85
634 54 796 38018 164 247 327 76 628 743 850 (1000)
992 39021 70 106 7 99 255 (30000) 537 92 612 716 63
882 877
40096 241 82 337 93 505 888 936 41112 22 250
(5000) 311 88 452 328 738 43 42192 454 776 924 29 40
43113 210 92 442 529 77 98 678 802 18 44176 381
838 97 45021 32 258 86 506 646 948 46089 137 50
245 87 333 86 (10000) 837 48 47092 113 30 424
537 749 (5000) 77 811 935 (1000) 58 72 48017 109
607 97 616 (5000) 34 518 37 60 94 427 49089 186 240 94
783 803 81 825
50050 (5000) 63 144 229 55 (5000) 362 412 518 27
(5000) 927 (1000) 42 86 51013 107 295 303 16 514
60 63 672 778 859 70 52014 (10000) 60 122 64 252 434
672 867 53137 248 (5000) 50 319 59 74 84 428 535
45 68 769 92 816 54233 67 315 670 684 745 (1000)
60 941 55306 37 75 408 831 902 50006 24 223 (5000)
65 80 301 51 85 401 508 (30000) 14 788 945 57029 165
78 497 539 007 738 77 804 931 73 58126 29 82 340
61 88 579 515 831 50039 (5000) 420 70 564 83 90 720
531 (1000)
60083 116 247 303 478 537 61091 92 330 622
811 91 999 62855 11 74 309 61 405 30 91 599 803 68
693 63063 101 415 24 44 62 91 524 72 (10000) 681
713 504 600 64320 26 453 531 62 617 909 65008 125
79 207 807 905 60 149 203 92 378 88 (5000) 537 66 85
67087 102 32 61 (5000) 204 401 536 655 721 846 931
68089 108 374 47 68 634 706 819 935 (1000) 69282
544 68 612 756 38 879 (5000)
70089 160 233 691 83 18080 826 65 (5000) 84
71087 223 300 434 601 711 (5000) 805 72027 (3000)
336 302 17 (1000) 30 54 555 611 73158 65 75 290 427
64 601 42 (1000) 790 891 87 74043 47 352 632 61 910
37 (5000) 64 75112 37 230 366 77 532 35 76101 15
(30000) 88 326 448 555 694 972 77088 181 234 493
(5000) 612 (5000) 78088 215 50 526 34 45 609 79024
26 (30000) 227 432 89 783 833 77
80013 175 424 685 616 83 732 81135 (5000) 37
63 279 99 300 424 503 41 82 679 748 78 94 022 52
82082 133 270 84 63 832 68 93 83163 332 442 888
84033 104 47 234 321 78 422 639 738 872 94 85131
55 205 422 30 78 622 728 43 814 76 86351 58 415
(5000) 529 37 856 57 69 87281 (5000) 440 65 629 715
28 947 88478 168 511 30 73 603 34 89 738 83 960
410091 75 89026 95 232 307 62 448 706 823 940
90183 271 350 062 (1000) 91092 96 615 (30000)
708 801 21 (5000) 55 947 92039 59 93 146 350 98 406
8004 91 91329 74 (5000) 390 822 915 94003 54 83
512 30 426 969 78 95018 (30000) 92 180 301 46 74
406 559 673 714 866 90 96016 44 47 51 307 27 (30000)
230 452 512 82 655 723 (30000) 89 894 97178 217
489 66 377 405 615 82 46 (1000) 710 853 74 98035
929 68 283 (5000) 368 724 94 805 49 99028 87 184
(5000) 224 85 90 (5000) 654
100075 84 117 228 318 34 77 420 71 75 544
807 996 101015 163 392 431 25 (10000) 79 (1000) 88
639 788 893 909 102041 145 84 94 336 410 91 518
103046 70 125 213 96 314 525 838 44 73 (5000)
104017 195 2 7 492 581 93 619 30 742 (30000) 825
105062 92 127 63 83 308 18 911 105020 105 430 77
654 84 107 60 82 80 89 490 68 99 575 78 819 (30000)
968 108072 110 (1000) 220 91 330 552 691 745 89
928 76 109240 380 458 899 903
110022 193 205 317 70 110105 83 85 100 84
(5000) 677 614 (1000) 11296 424 509 603 737 55 (5000)
83 908 (5000) 28 41 113018 30 32 111 (5000) 383 413

708 26 42 890 (3000) 114577 610 58 609 (500)
115093 328 36 38 437 616 63 724 895 931 116227
53 311 654 71 776 85 117006 101 307 95 430 705
9 20 512 951 85 118104 468 329 95 701 84 119028
165 219 52 90 71 515 54 691 899 909 47 94
120074 100 21 309 53 74 404 85 763 804 (3000)
953 121050 126 216 84 91 518 45 739 898 896
122026 215 (5000) 36 43 72 404 645 (1000) 55 921 95
123233 499 573 95 735 901 (1000) 54 85 077 90
124010 73 206 82 302 675 705 (1000) 881 125178
403 600 715 81 971 90 126139 65 70 87 230 433 64 607
43 64 739 (5000) 61 92 853 933 62 (1000) 127178
256 83 835 790 807 96 920 128133 322 552 701 889
91 963 129034 107 96 274 333 51 438 92 723
130084 268 384 45 457 904 630 47 844 904 131002
68 518 44 628 29 86 819 29 919 49 132106 18 232
68 387 457 625 788 809 53 909 65 133010 100 796
834 961 134063 96 202 323 (5000) 87 892 135100
10 213 339 72 402 322 661 63 (30000) 701 29 136088
253 (5000) 55 306 478 511 48 631 715 43 810 21 137008
15 212 54 376 445 593 673 773 (1000) 864 900 138000
74 288 87 363 480 539 742 64 139918 495 845 996
140018 81 120 31 215 337 443 675 (50 000) 001
705 141068 (5000) 127 251 307 806 90 944 142006
(15 000) 436 06 (1000) 544 915 19 50 143025 249
76 88 417 (5000) 517 (1000) 50 98 675 83 723 829 949
144009 195 210 79 670 582 680 (1000) 145133 407
549 810 36 146100 834 45 72 99 991 49 147006
(1000) 129 281 546 612 783 (1000) 891 983 148220
490 6 508 47 698 748 901 65 149235 401 49 547
632 838
150002 250 63 389 95 600 (1000) 798 838 (3000)
50 53 151077 406 831 (1000) 901 4 46 (1000) 152162
15 (5000) 70 74 91 645 73 (500 000) 74 766 818 (3000)
39 949 94 153013 73 539 45 742 806 15 154026
430 605 776 836 96 155156 269 91 470 529 89 629
942 91 156500 872 958 82 98 (1000) 157221 26
(5000) 77 (5000) 469 716 (5000) 810 39 994 158241
77 781 938 87 159097 82 91 177 215 26 432 636 46
714 75
160186 228 649 892 161059 106 227 405 10 798
162013 835 50 163066 137 292 317 623 827 34 67
(5000) 943 164063 124 276 89 301 63 501 19 83 (1000)
669 971 165100 5 231 415 699 62 67 811 25 974
166020 (5000) 106 94 253 378 898 539 40 62 679 949
874 (5000) 917 167021 143 76 90 276 511 63 690 936
83 168084 804 932 99 (5000) 169032 64 233 (5000) 447
560 641
170471 663 710 82 872 171402 591 617 968
172026 277 305 83 93 412 507 56 97 623 700 16 907
(5000) 35 173024 (5000) 412 40 (5000) 581 679 713 98
174100 80 403 665 67 729 822 986 175099 14 47
182 85 283 316 783 (3000) 924 (1000) 70 176109 29
220 474 638 740 92 177008 81 104 49 250 63 68 806
(5000) 178210 380 416 597 21 69 73 698 763 821 940
(1000) 78 83 (5000) 119058 243 418 46 70 576 654
701 24 862 964
180061 (1000) 139 503 92 602 93 725 965 181028
119 44 254 896 26 77 985 82 182109 (5000) 436 515
626 51 755 850 938 183004 53 432 38 551 609 28 709
873 184243 309 29 461 81 540 74 712 85 908 185281
515 617 23 786 186004 69 82 134 (1000) 71 98 285
305 69 409 630 734 891 187082 178 328 42 86 97 445
80 580 45 96 608 36 870 927 58 62 188201 304 422
(1000) 518 89 663 80 786 337 40 61 189063 (1000)
120 209 (5000) 43 366 88 481 590 71 639 74 59 939
190008 (5000) 187 228 69 78 92 322 418 789 945
191222 37 43 369 81 99 437 881 763 192035 147
324 483 518 89 600 787 91 910 (5000) 193308 13 461
639 40 73 776 (1000) 867 932 194005 220 369 548 819
66 (5000) 601 (1000) 195011 68 102 78 557 742 803
35 88 968 190171 324 473 98 685 197011 29 26 62
99 133 (5000) 268 435 96 546 47 56 67 95 654 907 198284
119 (5000) 74 238 63 (5000) 41 33 639 967 16 199226
79 462 320 83 89 688 89 723 30 85 887 919 50
200065 74 147 219 301 607 760 836 72 97 917
201096 40 100 314 689 740 928 202121 96 211 458
578 87 614 20 89 709 839 927 46 (5000) 203132 252
75 329 79 91 464 580 683 833 85 922 204005 41 269
382 89 716 54 916 50 93 (1000) 205133 81 98 218 51
338 624 (1000) 64 78 882 206065 301 28 97 674 797
62 941 207017 347 (5000) 603 838 208191 386 492
563 647 75 768 626 209048 304 26 95 (5000)
210242 412 72 99 732 967 211015 21 (1000) 51
63 344 75 82 423 557 (5000) 624 52 94 (3000) 835 86 963
78 84 212077 367 589 615 824 54 84 213091 347 94
424 31 99 97 545 77 89 653 83 708 25 86 (5000) 843 929
97 214106 321 423 502 751 868 215021 309 32 219
862 738 63 71 856 216413 90 91 532 606 136 707
800 2 8 12 971 72 76 77 217108 301 361 452 516 19
635 62 732 75 942 80 218031 38 146 461 82 588 701
88 98 937 219074 93 843 715 858 98 98
220029 256 95 (1000) 333 67 (5000) 93 (1000) 401
544 915 (1000) 221066 282 411 97 692 731 222006
(3000) 202 656 879 222024 50 153 222 67 303 55 494
544 609 783 961 99 224037 49 292 414 91 530 699
717 20 964 65
Am Gewinnrate verbleiben: 2 Gewinne zu 25 000 M.,
1 zu 50 000 M., 5 zu 20 000 M., 8 zu 15 000 M., 19 zu
10 000 M., 28 zu 8 000 M., 4 8 zu 6 000 M., 633 zu 10 00
M., 1219 zu 600 M.

12. Ziehung 4. Klasse 206. Kl. Preuss. Lotterie.

12. Ziehung 4. Klasse 206. Kl. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 25. April 1922, nachmittags.
Für die Gewinne über 2500 M. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigesetzt.
(Ohne Gewähr.)
100 31 250 90 320 (5000) 486 533 847 74 97 1011
75 209 905 12 478 (10000) 697 885 968 93 (1000) 2012
785 446 503 761 3010 53 138 (10000) 227 301 17 431
521 35 625 88 812 78 4046 264 78 332 411 50 (5000) 72
633 81 850 946 5149 05 270 362 91 436 961 (1000) 87
6027 77 175 222 33 315 477 89 532 629 868 990 7142 57
75 351 61 458 706 45 63 871 8033 142 333 91 438 78 94
600 90 9056 271 419 531 056 888 92 831 71
10064 184 239 684 700 71 810 904 (5000) 19 11649
916 12106 428 30 558 69 721 805 77 949 13216 356
(30000) 62 553 683 794 72 96 891 26 64 966 72 14185
248 688 955 15025 140 92 225 336 451 525 35 658 73
81 842 951 16002 46 52 74 (10000) 761 62 913 17223
329 64 91 406 69 56 789 (1000) 875 983 18054 190 257
314 97 411 559 (5000) 94 904 792 19082 36 88 157 233
305 32 63 495 632 715 889 96
20002 32 (5000) 41 44 264 308 640 80 713 27 879
91 913 31 21216 455 599 681 805 (5000) 19 29 22821
54 274 338 617 766 981 23074 77 139 250 542 63 740
24023 230 312 78 601 63 842 25057 187 230 312 (30000)
471 600 748 74 (50000) 26137 83 308 574 694 832 938
27180 239 49 335 86 402 46 599 785 836 951 (10000)
28909 226 54 837 935 29078 92 355 444 (5000) 818
88 978
30123 276 322 400 535 691 43 31206 92 310 32
638 720 816 48 32022 30 601 211 374 88 645 56 951
713 21 822 33009 169 (5000) 25 262 63 (5000) 76 335
63 (5000) 429 530 23 91 98 782 913 34091 88 172
94 (1000) 94 257 331 404 611 817 48 35028 76 143
300 420 501 61 688 36181 353 537 52 676 (5000) 814
833 (1000) 69 37021 26 83 85 322 69 829 685 765
84 811 9907 906 22 62 38089 (5000) 139 36 419 17 206
456 89 967 823 28 92 905 62 39055 129 225 58 60 575
890 903 97
40083 (1000) 97 107 203 38 545 623 (1000) 754 879
41087 173 905 (5000) 37 43 722 849 653 42158 72 477
558 754 907 43192 (5000) 93 926 92 97 722 907 30 29
44177 521 (30000) 965 732 833 88 45027 100 (5000) 138
237 433 45 85 618 46127 97 298 331 54 85 433 708 49
814 38 960 907 47035 85 97 117 306 23 (1000) 76 441
544 886 936 90 18 59267 509 56 424 562 628 700 869 86
49012 36 461 610 14
50026 87 107 22 47 279 309 47 (30000) 400 43 61
72 573 96 602 12 750 88 807 79 974 51076 131 29 67
314 402 15 90 305 89 692 701 79 87 911 52023 123 635
55 300 73 (10000) 603 18 881 947 50 53050 129 99 85
282 343 572 677 719 54029 (5000) 66 74 126 221 80
80 828 803 26 999 55016 76 461 69 305 441 720 56223
135 (1000) 33 91 204 390 96 138 68 (5000) 657 57063
243 342 445 772 967 58017 33 116 28 55 232 79 629
34 732 88 901 18 59267 509 56 424 562 628 700 869 86
57 89 870
60031 78 433 796 813 971 61007 323 432 (5000)
66 515 (15 000) 712 826 94 (10000) 936 39 (5000)
44 49 62033 79 (5000) 374 432 (5000) 738 61 99 985
52 63066 374 624 730 (5000) 56 884 57 600 64883 407
558 629 794 847 942 65065 74 178 561 19 (5000)
608 969 91 60006 39 75 79 (1000) 191 247 318 26
738 877 (1000) 67137 55 89 326 79 429 69 578 87 711
74 68023 138 83 217 37 467 (30000) 61 (5000) 69183
594 537 86 769 72 (5000) 883 90 979
70098 156 236 353 524 955 71002 4 44 172
213 334 42 61 630 64 833 72039 60 88 712 40 73153
298 323 24 99 667 74062 112 242 (5000

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 25. April 1902.

Das in voriger Woche herrschende trübe Aprilwetter ist umgeschlagen; überall sproßt und grünt es, und der Größte Vers: Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus' poßt in diesem Jahre noch weniger als sonst; denn was das 'Ausschlagen' anbetrifft, kommt diesmal der Mai ziemlich post festum. An der Börse herrscht dagegen noch immer melancholische Aprikostimmung, ja die Situation sieht noch trübseliger aus, als in letzter Woche; denn die Spannung, mit der man noch vor acht bis zehn Tagen nach dem südafrikanischen Kriegsschouplag ausschaute und auf das Eintreffen baldiger Friedensnachrichten von dort her hoffte, hat mehr und mehr der Ansicht Platz gemacht, daß es vorerst doch wohl noch nichts mit dem baldigen Friedensschluß ist. Und noch eine andre schöne Eisenblase ist zerplatzt: der Generalstreik in Belgien ist schon nach wenigen Tagen durch einen Beschluß des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei wieder beendet worden. In stiller Hoffnungsfröhlichkeit rechnete schon so mancher liberale Westler rheinischer Wortanwerte darauf, daß es zu einem großen Aufstand in den belgischen Kohlenrevieren kommen sollte, der nicht nur die belgische Konkurrenz lähmen, sondern auch zu einer stärkeren Ausfuhr deutscher Kohlen nach Belgien führen würde, damit die rheinisch-westfälischen Heden ihren Lagerbestand erleichterten — nun ist auch diese schöne Hoffnung zu Wasser geworden, und da sich sonst in vergangener Woche recht wenig auf der Weltbühne ereignete, was als Stütze für eine Steigerung der Kurse hätte dienen können, wurde die Haltung noch schwächer als in voriger Woche.

Vielleicht hätten unter anderen Verhältnissen die Nachrichten über den unter Morgans Direktion zu stande gekommenen Schiffsahrtspool einen Anlaß zu einer kleinen verminderten Haufe geboten: aber ganz abgesehen davon, daß vorläufig noch die widerspruchsvollen Meldungen nicht erkennen lassen, wie es um das Verhältnis der deutschen Linien zum Pool bestellt ist, fehlt es so völlig an der nötigen Teilnahme des Publikums, ohne die — wenigstens zur Zeit — eine derartige Wüstenoperation keine Aussicht auf Erfolg bietet, daß von der Spekulation nicht mal ein Versuch nach dieser Richtung hin unternommen wurde. Die Pafefahrt-Aktien blieben fast unberührt, und selbst die Aktien des Norddeutschen Lloyd vermochten ihren Kursstand nur um etwa ein Prozent zu erhöhen. Das Publikum hat eben so völlig die Beteiligungslust verloren, daß es einsteilen von Dividendenpapieren kaum noch etwas wissen will und höchstens noch für solche Werte Reizung zeigt, die neben den Kurschancen eine feste Verzinsung bieten.

Bei dieser Weltstimmung, die durch den verminderten Börsenbesuch infolge der jüdischen Festtage sich noch schärfer geltend machte, konnte natürlich die Meldung aus Brüssel von dem Ende des Generalstreiks nur ab schwächend auf die Kurse der Kohlenaktien wirken, umso mehr, als die in der Verammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenpublikats über die Geschäftssituation gehaltenen Reden und der Ausspruch der 'Gibernia' wenig geeignet waren, die Stimmung zu heben, trotz der von der 'Köln. Jtg.' aus dem Ruhrbezirk berichteten Versandzunahme an Kohlen, Coaks und Briquets in der zweiten Aprilwoche. Die Kursabschwächungen, die hierdurch die Kohlenaktien erlitten haben, belaufen sich bei verschiedenen der leitenden Werte auf mehrere Prozente und gleichen die Steigerungen, die in voriger Woche diese Werte auf Grund der Brüsseler Streikmeldungen zu erzielen vermochten, mehr als reichlich aus. Auch Hüttenaktien wurden durch den Rückgang in Mitleidenschaft gezogen und haben in dieser Woche weitere Abstriche von 2 bis 3 Prozent erlitten.

Recht still war der Bankmarkt, doch konnten die Bankaktien im ganzen ihren Kurs ziemlich behaupten. Einen Rückgang erfuhr am Dienstag österrische Kreditaktien, infolge Suboptester Abgaben, vermochten sich aber am folgenden Tage, da von Wien höhere Deckungskläufe gemeldet wurden, wieder ziemlich zu erholen. Auch Bahnamtiken lagen still bei einigermassen fester Tendenz. Schwankend, doch im ganzen aufsteigend waren Kanado-Pacific-Aktien im Anschluß an die Nachschüsse auf dem amerikanischen Eisenbahnmarkt, deren Resultat auf eine Erweiterung des Einflusses der großen Mächte hinausläuft.

Die Hauptergebnisse des deutschen Außenhandels im 1. Quartal 1902 sind schon in der Donnerstags-Rummer kurz mitgeteilt worden. Da die Zu- und Abnahme der ein- und ausgeführten Waren aber recht charakteristisch für den gegenwärtigen Stand der Krise ist, dürfte ein etwas näheres Eingehen auf die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr nicht unangebracht sein.

Table with 4 columns: Quarter, Einfuhr (Tonnen), Ausfuhr (Tonnen), and Dem Werte nach betragen Ein- und Ausfuhr (Millionen Mark). Rows for 1st, 2nd, and 3rd quarters of 1902 and 1901.

Starke Zunahmen zeigen auf gegen das Vorjahr bei den Einfuhren: Edelmetalle mit rund 19 Mill. M., Getreide mit 24 Mill. M., Materialwaren mit 12 Mill. M., Wolle mit 44 Mill. M., Größere Einfuhren erlitten Eisen mit 6 Mill. M., Flach mit 6 Mill. M., Holz mit 8 Mill. M., Instrumente und Maschinen mit 5 Mill. M.

Was die Ausfuhr anbetrifft, so weisen besonders folgende Warengruppen eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr auf: Eisen und Eisenwaren mit 24 Mill. M., Baumwollwaren mit 5 Mill. M., Drogens, Kapsel- und Farbwaren mit 9 Mill. M., Materialwaren mit 15 Mill. M. Abgenommen hat der Wert der Ausfuhr bei Getreide um 5 Mill. M., bei Instrumenten und Maschinen um 6 Mill. M.; ferner erlitten einen erheblichen Anfall: Erze, Erden, Edelmetalle, Kohlen, Wolle. Die Rohwunder-Ausfuhrwerte haben zwar wegen der starken Rechtsausfuhr nach England gegen das Vorjahr trotz des weiteren starken Rückgangs der Ausfuhr nach den vereinigten Staaten erheblich zugenommen, sie sind aber gegen 1900 fast 4 Millionen Mark geringer. Dagegen hat die Weichwunder-Ausfuhr gegen die beiden Vorjahre um 8 und 11 Millionen Mark zugenommen. England bezog mehr als 1/3 der gesamten Weichwunder-Ausfuhr. Die Ein- und Ausfuhrwerte sind bis auf diejenigen für Getreide und Mehl nach den für 1901 ermittelten Werten berechnet.

Die Zahlen zeigen, daß die Ursachen, die in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine Verschiebung der Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Jahre 1900 bewirkten, weiter andauern; das heißt, daß die Krise Export und Import in gleicher Weise weiter beeinflusst. Zugenommen hat, wie im vorigen Jahre, bedingt durch das ungünstige Ernte-Ergebnis, die Getreide-Einfuhr, und ebenso infolge der verstärkten Abfuhr von Waren nach Gebieten, von denen ein entsprechender verstärkter Export nach Deutschland nicht erfolgte, die Edelmetall-Einfuhr. Dagegen hat weiter abgenommen die Einfuhr von Eisen und Holz, da sowohl die Eisen- als die Holzindustrie am härtesten von der Krise betroffen sind und auf dem einheimischen Markt sich die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen beträchtlich vermindert hat; ferner die Einfuhr von Maschinen, weil neue Fabriken usw. nur vereinzelt angelegt werden. Vielmehr legt die Eisenindustrie, wie die außerordentlich starke Exportzunahme von 24 Millionen Mark in drei Monaten deutlich zeigt, ihre Anstrengung fort, die vorhandenen Vorräte nach dem Auslande abzugeben; ein Bemühen, das aber nicht in allen Branchen gleichmäßig Erfolg hat. Die Fabrikation von feineren Eisenwaren ist an diesem vermehrten Export nicht beteiligt, und die

Maschinenindustrie sieht nicht nur ihren Absatz im Inlande, sondern auch nach dem Auslande vermindert, da die Länder, nach denen sie vorwiegend exportiert, Rußland und Oestreich, selbst unter einer schweren Krise leiden.

Zu der deutlichen wie in der englischen Handelspresse wollen die Erörterungen über den von Morgan gegründeten Schiffsahrtspool kein Ende nehmen, und häufig folgt eine seltsame Nachricht der andren.

Wald heißt es, es handle sich nur um eine einfache Konvention, dann meldet ein andres Blatt, es sei ein Trust geplant, der die wichtigsten englischen Linien mit den Morganschen Linien verbinde, dann wieder soll die Eumard-Linie mit der französischen Compagnie générale transatlantique ein Konkurrenzunternehmen bilden wollen, darauf berichtet wieder eine andre Zeitung, die Eumard-Linie gehöre ebenfalls zum Trust, aber die französische Linie wolle sich nicht anschließen usw. Es ist recht seltsam, wie sich aus der unschuldigen einfachen Vereinbarung über die Höhe der Frachtsätze, von der zuerst die liberale Presse zu berichten wußte, nach und nach eine allgemeine Verhandlung über Fracht- und Passagierpreise sowie über Absatzzeiten, dann eine 'Interessengemeinschaft' und nun schließlich ein recht kurioses Trust-Unternehmen entwickelt hat, denn auf eine Trustbildung läuft die ganze Sache hinaus. Soweit sich beurteilen läßt, soll nämlich ein großer Trust gebildet werden, der folgenden Linien umfaßt: Erstens die vier von Morgan kontrollierten Linien, also die Leyland-Linie, die Dominion-Linie, die Atlantic Transport-Linie und die American-Linie, ferner die bisher unabhängige englische White Star-Linie, die Red Star-Linie, die Allan-Linie, die Eumard-Linie und die Holland-Amerika-Linie (Reder. Amerik. Steam-Nav.). Nach dem 'New York Herald' soll das Kapital 200 Millionen Dollar betragen und außer den Aktienkapitalien der verschiedenen Gesellschaften den größten Teil der im Umlauf befindlichen Obligationen umfassen. Dagegen soll sich nach den 'Times' das Gesamtkapital nur auf 170 Millionen Dollar belaufen, nämlich auf 60 Millionen Dollar Aktien, auf 60 Millionen Dollar garantierte 6prozentige Prioritäten und auf 50 Millionen Dollar 4 1/2prozentige Hypothekobligationen. Dieses Kapital soll jedoch nur vorläufig erhoben werden, für später ist eine weitere Vergebung geplant, so daß auch nach der Mitteilung der 'Times' sich das Kapital auf ungefähr 200 Millionen Dollar stellt. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd bleiben außerhalb des Trusts, treten aber zu ihm in eine Art Kartellverhältnis, d. h. unterwerfen sich den vereinbarten Abmachungen.

Es bestätigt sich also, was an dieser Stelle verschiedentlich angeführt ist, daß es sich um viel mehr handeln müsse, als um ein bloßes Abkommen über Fracht- und Passagierpreise. Dennoch, obgleich ihre früheren Mitteilungen sich als völlig unzuverlässig erwiesen haben, fährt die aus den betreffenden Redereisen inspirierte Presse fort, die Trustbildung als etwas Unverständliches hinzustellen und nebenbei die Direktionen des Norddeutschen Lloyd wie der Hamburg-Amerika-Linie zu loben, daß sie so patriotisch gewesen sind, die Ehre der deutschen Flagge zu wahren, sich ihre Selbständigkeit zu erhalten etc. Das ist nichts als ein auf Täuschung des Publikums berechnetes Geschwätz. Auch die englischen Linien behielten ihre Verwaltung und fahren weiter unter englischer Flagge, einmal weil sie dazu infolge der mit der englischen Regierung eingegangenen Subventionsverträge gezwungen sind, und zweitens weil das amerikanische Schiffsahrtsgesetz die amerikanische Registrierung außerordentlich erschwert. Deshalb fährt sogar die zuerst von Morgan angekaufte Leyland-Linie, obgleich sie völliges Eigentum des Morgan-Syndikats geworden ist, noch immer unter englischer Flagge. Zudem aber, was heißt Selbständigkeit? Haben die beiden deutschen Linien die gemeinsam festgesetzten Normen über Frachten, Passagierpreise, Fahrtermine, anzulassende Häfen usw. anerkannt bezw. sich diesen unterworfen, so sind sie eben nicht mehr selbständig.

Ob sie direkt dem Trust beitreten oder nur zu ihm in ein Kartellverhältnis treten, ist im ganzen ziemlich nebensächlich. Weit mehr interessiert Industrie und Handel, wie die Abmachungen lauten, speziell ob die Frachtsatzfestsetzungen derart sind, daß sie den deutschen Export nach drüben erschweren, umgekehrt aber die amerikanische Ausfuhr gewisser Artikel (z. B. Eisen- und Stahlwaren) nach Europa und speziell nach Deutschland erleichtern, und ob ferner die Einlegung solcher neuer Linien geplant ist, die den besonderen Exportinteressen Amerikas in fremden Gebieten dienen, den deutschen Ausfuhrhandel nach jenen Gebieten aber schädigen. Eine Antwort hierauf wäre jedenfalls nützlich, als das Gerücht über die patriotische Haltung beider Redereien.

Aus Industrie und Handel.

Die Wirtschaft in der Königin Marienhütte.

Die herrschende wirtschaftliche Krise hat auch die Königin Marienhütte, Aktiengesellschaft zu Gaisdorf bei Zwickau i. S. in ihren Grundfesten erschüttert. In der am Donnerstag in Dresden abgehaltenen Generalversammlung kam es zu heftigen Szenen zwischen dem Aufsichtsrat der Gesellschaft und den kleinen schwer geschädigten Aktionären, als deren Sprecher Rechtsanwalt Glädsman austrat. Die leidenschaftlichen Anklagen der Gaisdorfer Kleinrentner prallten aber wirkungslos an dem großkapitalistischen Grantzfeld ab. Vereingte doch von den 1900 auf der Generalversammlung vertretenen Stimmen der Vertreter des Bankhauses Weidendorfer allein 899 auf seine Person. Daß die Anklagen der Opposition nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, gaben der mit starker Ruhe präsidierende Kommerzienrat Frey Rühnemann und Generaldirektor Freitag ohne weiteres zu.

Aus dem Geschäftsbericht des Kommerzienrats Rühnemann ist zu entnehmen, daß auf der Hälfte im 2., 3. und 4. Vierteljahr 1901 ein Arbeitsmangel und gleichzeitig ein Preissturz mit einer Heftigkeit eingetreten sei, wie er kaum jemals vorgekommen. Der Verkehr habe zeitweilig völlig; die gelauteten Walzwerkserzeugnisse wurden nicht abgerufen. Dagegen verlangten die Werke, welche Rohmaterialien zu liefern hatten, deren Abnahme. Infolgedessen verzögerten sich die Vorräte der Hütte beständig, während der Wert sank. Die Rollage der Hütte zwang zu dem Beschluß, daß auf jede Tonne von 600 M.: 100 M. in bar zuguzahlen und eine mit 4 1/2 Proz. verzinsliche Obligation von 150 M. zu übernehmen sei. Widerstrebenden waren die Aktien im Verhältnis von 2:1 zusammen zu legen, Arbeiter waren 1901 beschäftigt auf den Hüttenwerken 2088 und auf den Gruben 118. Für sie wurden vorausgabt 2105 000 M. Der Gesamtumsatz belief sich auf 7 007 000 M. gegen 12 212 748 M. im Vorjahre.

Als der Vorsitzende die wichtigen Zahlen der Verlust-, Wechselkosten usw. ganz rasch herunter liest, kommt es zu einem Zusammenstoß mit den Aktionären. Dr. Reih: Ich bitte, langsam zu lesen. Rühnemann: Ich lese langsam genug. Dr. Reih: Aber nicht so langsam, daß wir mitschreiben können. Rühnemann: Das ist mir egal! (Großer Lärm. — Rufe: Aber uns nicht! Um unser schönes Geld handelt es sich!)

Rechtsanwalt Glädsman stellt den Antrag auf nochmalige Verlesung der Zahlen. Frey halbständiger Geschäftsordnungsdebatte läßt sich Komm.-Rat Rühnemann hierauf nicht ein.

Generaldirektor Freitag giebt den technischen Bericht: 1877 wurde die Königin Marienhütte gegründet und befahte sich im wesentlichen mit Herstellung von Eisenbahnmateriale. 1895 baute die bairische Maximilians-Hütte dicht bei Zwickau ein Konkurrenzwerk: die Marihütte. Seit dieser Zeit batieren die Schwierigkeiten der Königin Marienhütte.

Rechtsanwalt Glädsman bringt nunmehr sein Material gegen die Verwaltung vor: Die Bestellung des Herrn Freitag zum Generaldirektor habe Kopfschütteln verursacht, da er vorher das

Jakobwerk in Meissen fast zu Grunde gerichtet habe. Als er fortgegangen sei, wäre das Werk wieder gesundet. Herr Freitag hätte die Finanzlemme der Hütte durch seine Bauart mitverantwortet. Gleich bei seinem Eintritt habe er seine Dienstwohnung mit einem Kostenaufwand von 18 000 M. umgebaut. Schon nach 3 Jahren ließ er sich bereits eine neue Wohnung einrichten, was wieder 30 000 M. verschlang. Er schaffte neue Maschinen an, ohne sie zu verwenden. Er errichtete überflüssige provisorische Modelgruppen für 5-8000 M. Die Modelle ließ Freitag zerhacken und das Holz für 3-4 M. das Kubikmeter verkaufen, obgleich näher für die Beamten Brennholz zum Preise von 7-8 Mark gekauft wurde. Die Brückenbauwerkstatt habe 167 400 M. gekostet. Das Bureaugebäude wurde fünfmal umgebaut. Unter Freitag habe sich das technische Beamtenspersonal veräußert. Durch falsche Disponierung der Bauten sei viel Geld verbannt worden. (Zuruf: Daher unsere Pleite!) Die Neubauten der Rohgießerei habe Freitag ohne Genehmigung des Aufsichtsrates vorgenommen. Bei einer Aufsichtsrats-Revision wurde sogar alles Neue durch alte Bretter verschlagen und abgedeckt. (Zuruf: Das müßte man dem Staatsanwalt anzeigen!) 1899 hätten die Unkosten bei einem Umlauf von 10 Millionen nur 185 000 M. betragen, während sie jetzt, 1901, bei einem Umlauf von nur 7 Millionen Mark auf 477 000 M. gestiegen seien. Bei den Bureau-Umbauten wären die einzelnen Baukosten andren Eins zugeschrieben. (Zuruf: Falsche Buchungen!)

Kommerzienrat Rühnemann erklärte diese Ausführungen überwiegend für klatsch. Er sitze seit 18 Jahren im Verwaltungsrat und würde schon seines guten Namens wegen solche Mißstände nicht dulden. Allmonatlich fänden durch vereidigte Väterressoren Prüfungen statt, wobei solche Buchungen herauskommen müßten.

Er erklärte, der Wert der Hütte (7 Millionen) sei um eine Million sicherlich zu hoch angegeben. Die Generalverlusten habe man künstlich zu verringern gesucht, indem man, entgegen dem früheren Brauch, die Arbeiterversicherungs-Kosten abzog. Auf der letzten Seite betragen die Generalverlusten 848 000 M. Einige Seiten vorher 477 000 M. (Zuruf: Verschleierung!) Der Wechselbestand ist zu hoch berechnet mit 162 000 M. Es figurieren dort auch wertlose Papiere.

Vorsitzender: Reimen Sie doch Namen. Rechtsanwält Glädsman: Es handelt sich um das Rudolfsdorfer Braunkohlen-Vergwerk, das weder liefern noch Konventionalkontrakte zahlen konnte. Der Wechsel wurde auf 2 Jahre prolongiert. Man versuchte ihn diskontieren zu lassen; er wurde aber zurückgewiesen.

Als der Aufsichtsrat die letztere Angabe nicht gelten lassen will, ruft Dr. Reih: Im November hat die Vereinsbank den Wechsel zurückgewiesen.

Das zufriedene Gesicht des Komm.-Rats Rühnemann erregt den Unwillen eines Aktionärs, der entrüstet bemerkt, von dem Gesicht des Vorsitzenden glänze die Schadenfreude über die Verluste der kleinen Kapitalisten. Man solle die kleinen Aktionäre nicht fortwährend reizen. Er sei ein ausgemergelter Aktionär und habe schon bei der Leipziger Bank verloren.

Rechtsanwält Glädsman beantragt die Einlegung einer fünfgliedrigen Revisionskommission und für den Fall der Nichtannahme des Antrages: die Abberufung des Generaldirektors Freitag. Beide Anträge werden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Wegen diese sämtlichen Beschlüsse erhob die Opposition Widerspruch. Durch Zutritt des Herrn Schulte-Dersendorf-Dresden wurde die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 5 auf 6 erhöht.

Antisemitisches Räufespiel. Auf der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Spar- und Vorschußvereins in Zwickau kam es bei der Wahl der Liquidatoren, wie der 'Sächsischen Arbeiterztg.' nachträglich bekannt wird, zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der bisherigen Liquidationskommission und der Mitgliedopposition. Letztere machte den bisherigen Liquidatoren den Vorwurf, die Abwicklung der Geschäfte zu langsam zu betreiben. Man ließ durchblicken, daß in den hohen Verzügen der Liquidatoren der Anreiz liege, die Liquidation zu verschleppen. Jedes Mitglied der Liquidationskommission erhält für jede Sitzung zwanzig Mark Entschädigung, der Vorsitzende vierzig Mark. In drei Jahren habe die Kommission, wie man ihr vorwarf, 44 000 M. Honorar (!) bezogen. Für das Kommissionsmitglied stelle sich die Jahresentnahme auf 2400 M., für die Vorsitzenden auf 4800 M. Die Opposition präferierte nun bei der Renowal der Liquidationskommission als Liquidator Schuldirektor a. D. Schmidt, der versprochen hatte, den Posten ehrenamtlich zu versehen. Geisse Mitglieder der Liquidationskommission hatten aber von langer Hand Vorbereitungen getroffen, um gerade diese Kandidatur zu hinterziehen. Der bekannte Antisemitenführer Glöz erhob sich und erklärte, Herr Schmidt könne nicht Liquidator werden. Er schulde dem Vereine 10 000 M. Zum Beweise hielt er eine Anzahl Wechsel in die Höhe. Diese Entschädigung verurteilte ein großes Hallo, in dem der Protest des Herrn Schmidt verhallte. Direktor Schmidt hob in seinem Protest seines Erachtens mit Recht hervor, daß diese Wechsel auf die Spar- und Vorschußbank liefen und mit dem Spar- und Vorschußverein also nichts zu thun hätten. Herr Schmidt wurde nicht gewählt.

Später stellte sich heraus — was die weitere Öffentlichkeit interessieren dürfte —, daß der Stadtverordnete Glöz die Wechsel mit 15 Proz. aufzukaufen hatte. Er war aber nicht gekommen, die Wechsel zu diesem Kurs an Herrn Schmidt zurückzugeben. Er verlangte, daß diese zum Teil bereits fälligen Wechsel voll eingezahlt würden. Den Ueberstich sollte angeblich der Verein erhalten. Herr Schmidt gewann den Eindruck, daß man darauf aussehe, ihn zu strangulieren. Am letzten Mittwoch wurde die Angelegenheit dem Vorstand der Reformpartei unterbreitet. Herrn Glöz wurde nahegelegt, die Wechsel zu 15 Proz. an Herrn Schmidt zurückzugeben. Dagegen sollte Herr Schmidt auf jede Verwertung der Angelegenheit in der Öffentlichkeit verzichten. Ob das Kompromiß angenommen wurde, entzieht sich unsrer Kenntnis. Herr Glöz ist der antisemitische Wilderbogen-Fabrikant.

Aus der Frauenbewegung.

Einen sehr interessanten Abend bot am Montag, den 21. April der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiter-Klasse seinen Mitgliedern. Herr Dr. Hans Osborn sprach über das Thema: 'Wie sollen wir Kunst genießen?'

Während fast jeder Mensch, so führte der Vortragende aus, die Kunst gefühlsmäßig auf sich wirken lasse, verhalten sich die meisten von uns der bildenden Kunst gegenüber weit gleichgültiger und fremder. Dennoch ist die Mehrzahl der Menschen von Natur durchschüttelt gerade so gut für die Ausbildung und den Genuß der bildenden Künste veranlagt wie für die Musik. Aber Schule und Erziehung legten bisher leider nur allzu wenig Wert auf die Pflege künstlerischen Schöns und Genießens. So verstehen heute die wenigsten, sich in die Betrachtung eines Kunstwerkes zu versetzen, sich von dem Künstler in die Seelenstimmung tauchen zu lassen, die ihn selbst während seines Schaffens bewegte. Statt einfach zu genießen, glaubt man immer urteilen und kritisieren zu müssen. Diese Kritik des Nichtkünstlers am Künstler verkennt aber meist völlig den Sinn und das Entstehen eines Kunstwerkes. Der Künstler sieht mit andren Augen als der gewöhnliche Mensch. Farben, Formen und Stimmungen stellen sich ihm feiner und reicher dar und in seiner Schöpfung spiegelt sich dann das Bild, das seine Phantasie aus den Dingen gewonnen. Vor diesen Gestalten schöpferischer Künstlerphantasie sollte man Ehrfurcht haben auch da, wo sie einer nüchternen geordneten Wirklichkeit nicht zu entsprechen scheinen. Ja, die Kunst kann zuweilen den Blick der Menschen für die Schönheiten der Wirklichkeit erst schärfen und erziehen und dadurch Welt und Leben reicher erscheinen lassen. So haben sich z. B. so manchem die intimen Reize unzerstörter Hochalpbäuerinnen erst durch die Kunst moderner Landschaftsmalerei erschlossen.

Um seinen Hörerinnen an einem bestimmten Beispiel zeigen zu können, wie man ein Kunstwerk anschauen solle, hatte Herr Dr. Osborn an alle Anwesenden ein Heftchen mit Reproduktionen des Holbeinschen Totentanzes verteilen lassen, die im Auftrage der Gesellschaft Hamburger Kunstfreunde hergestellt worden sind. In höchst fesselnder Weise verstand er es, auf die Schönheiten der einzelnen Bilder hinzuweisen und dadurch die Eigenart Holbeinscher Darstellung in knappen Sätzen zu entwickeln. Mit größtem Interesse folgten die Anwesenden seinen Ausführungen.

Im Anschluß an den Vortrag teilte die Vorsitzende mit, daß der Kunstverlag von Venarius dem Verein 60 seiner Kunstblätter Reproduktionen von Meisterwerken der Malerei zum Geschenk gemacht habe, die den Mitgliedern zur Verfügung zur Verfügung stehen.

In einer gut besuchten Frauen-Versammlung in Nixdorf sprach am Sonntag Frau Jette über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen der sozialdemokratischen Bewegung anschließen?“

Die Vortragende legte ihren Ausführungen das Programm der sozialdemokratischen Partei zu Grunde und behandelte sehr eingehend die Punkte: Religion ist Privatsache, obligatorischer Unterricht in den Volksschulen und freie Lehrmittel.

Rednerin brachte dabei örtliche Mißstände zur Sprache. Es ist in diesem halben Jahre vorgekommen, daß nachdem sich die Kinder der Schulbücher für die dritte Klasse angekauft hatten, dieselben am vierten Tage nach dem Schulanfang umgeschickt wurden und daß nun in der andern Schule in der dritten Klasse ein Teil der schon angekauften Bücher wertlos geworden sind. Handelt es sich auch in diesem Fall pro Kind nur um 60 Pf., meinte die Rednerin, so ist es doch schon für alleinstehende Frauen und Leute mit vielen Kindern eine schwere Belastung.

Man könnte wohl verlangen, daß wenigstens an einem Orte das Lehrmaterial ein einheitliches wäre.

Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen die Genossen Kofski und Hennig im Sinne der Rednerin.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Morgen Sonntag spricht Genossin Clara Zetkin mittags 12 Uhr im Palais-Operntheater, Burgstr. 22, über die revolutionären Kämpfe in Belgien und Rußland.

Vierter Reichstags-Wahlkreis (Osten). Montagabend 8 Uhr findet in Kellers Festsaal, Kopenstr. 29, eine Volksversammlung statt, in der Frau Clara Zetkin über die Kämpfe des russischen und belgischen Proletariats sprechen wird. Die Vertrauensleute.

Weißensee. Die Genossen werden ersucht, sich zu der am 4. Mai stattfindenden Urania-Vorstellung zeitig mit Billets (Stück 50 Pf.) zu versehen. Aufgeführt wird: Von den Alpen zum Vesuv. Die Vorstellung beginnt nachmittags 4 Uhr.

Niederschöneweide. Heute abend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Frau Grünauerstr. 5, seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte und die Wahl zweier Vorstandsmitglieder.

Hermendorf. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein Waldmannslust und Umgebung im Lokal von Herrn Schulze, Berlinerstraße in Hermendorf, einen Jahlabend ab.

Lokales.

Die städtischen Arbeiterausschüsse.

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns geschrieben: Die in städtischen Betrieben gebildeten Arbeiterausschüsse sind in ihrer jetzigen Gestalt leider nicht im Stande, ihre Funktion zweckmäßig auszuüben und den Arbeitern zu nützen. Wo in aller Welt darf man erwarten, daß Ausschußmitglieder unter der Leitung ihres Vorgesetzten, des Betriebsleiters, gegen dessen Anordnungen und Maßnahmen sich die Beschäftigten der Arbeiter wenden, sich so rückhaltlos aussprechen, wie es geschehen müßte, um ein ebenso anschauliches wie objektives Bild von der Berechtigung der Forderungen zu gewinnen. Selbst der sachlichste Mensch wird in der Hülle eines Vorgesetzten von der Kritik seiner Handlungen unangenehm berührt und die Folgen hat der Kritiker zu tragen. Ist dieser, was leider häufig der Fall, nicht in der Lage, jene Kritik in wohlgeleitete Formen zu kleiden, so sind seine Töne im Betriebe gefährlich und der geringste Anlaß genügt, um den Raum abzuschließen. Aber auch dann, wenn der Vorgesetzte die größte Rücksicht über würde, wird er durch den in seinem Betriebe herrschenden Bürokratismus ungünstig beeinflusst. Er kommt mit den Arbeitern äußerst wenig in Berührung, kennt die mitunter geradezu eigentümlichen Anlegungen seiner Verfassungen bei den unteren Beamten, die aber wieder Vorgesetzte der Arbeiter sind, nicht genau und wird durch deren Wiedergabe der Wünsche und Forderungen der Arbeiter häufig einseitig unterrichtet. Die Folge ist, daß die Mitglieder des Ausschusses das richtige Vertrauen verlieren und nur halbherzig ihre Funktionen ausüben; sie haben weder Lust noch Willen, die Forderungen ihrer Kollegen mit Nachdruck zu vertreten, und der die wahre Ursache nicht begriffende Betriebsleiter hält jene Zustände für ein günstiges Zeichen der Zustände im Betriebe.

Aber auch das Fehlen der Ausschüsse unterliegt nicht der Häufigkeit der sich ergebenden Mißstände und Forderungen, sondern dem Willen eines Einzelnen, und zwar wiederum des Betriebsleiters. So heißt es in den Bestimmungen für die Ausschüsse der Berliner Wasserwerke: „Verhandlungen der Ausschüsse finden nach Bedürfnis statt. Darüber, ob ein Bedürfnis besteht, haben die Betriebsleiter zu entscheiden.“ Also über das Bedürfnis nach Verbesserung der Arbeitszeit, der Erhöhung des Lohnes, der Abstellung dieses oder jenes Mißstandes, den die Arbeiter als lästig empfinden, entscheidet derselbe Mann, der die hier beanstandeten Verhältnisse eingeführt oder seiner Anschauung entsprechend übernommen hat. Der Arbeiter muß es sich gefallen lassen, ob und wann der Betriebsleiter entscheidet, ob es für den Arbeiter ein Bedürfnis ist, seine Gesundheit zu schützen, seine Familie besser zu ernähren oder nicht.

Eine weitere, den ganzen Wert dieses Instituts trefflich charakterisierende Bestimmung besagt, daß die Anträge, Wünsche und Beschwerden allgemeiner Natur sein müssen, und nicht lediglich die Angelegenheiten Einzelner betreffen dürfen. Dieser Passus bildet dem auch die vollkommene Gelegenheit für die Betriebsstellen, die meisten Beschwerden der Arbeiter über ihre Aufsicher usw. unter dem Diktum des Persönlichen abzuweisen. Ist einem Arbeiter das größte Unrecht geschehen, geschieht dies von den betreffenden Personen den anderen Arbeitern gegenüber auch, so sind sie nicht berechtigt, die Männer ihres Vertrauens den Direktor um Abhilfe ersuchen zu lassen, da dies ja „rein persönliche“ Angelegenheiten sind. Daher die Zwangslage der Arbeiter, sich mit solchen Beschwerden an die Öffentlichkeit zu wenden, was dem Ansehen des Magistrats nicht dienlich ist. Der Einwand, der Chef des Betriebes, als der beste Kenner des Erreichbaren, müßte zu solchen Beratungen zugezogen werden, soll nicht verkannt werden. Es kann dies geschehen, ohne daß er als Leiter des Ausschusses seinen direkten Einfluß auf die Art und Weise der Abstimmung ausüben kann, indem seine Meinung über wichtige prinzipielle Forderungen eingeholt wird. Vorgezogenwert erscheint hier die Forderung des bekannten Fabrikbesizers Freese: „Nicht gering werden jedesmal die Bedenken sein, mit Allgewalt brechen und auf alle Herrscherrechte verzichten zu müssen. Die Vorteile, die durch dieses Opfer erreicht werden, sind aber zu augenscheinlich. Die zweckmäßigere Ausgestaltung des Arbeitervertrags, die bessere Kontrolle der Beamten, das in der Selbstverwaltung erwachsende Interesse und Verständnis der Angestellten für die Wohlfahrts-einrichtungen sind für jeden Betrieb Vorteile, die das gebrachte Opfer rechtfertigen. Auf keine andre Weise ist die Auffklärung von

Mißverständnissen zwischen Unternehmer und Arbeiter, eine beständige Fühlung mit der Arbeiterschaft und die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen von Menschen zu Menschen so zu erreichen, wie durch einen gut organisierten Arbeiterausschuss.“

Die Stadt Berlin selbst aber vergibt sich nicht das geringste, wenn sie recht bald den reaktionären Standpunkt des „allein zu Bestimmenden“ verläßt, wenn sie die bestehenden Ausschüsse dezent organisiert, daß ihre Lebensfähigkeit und — worauf es hauptsächlich ankommt — ihre Nützlichkeit außer Zweifel steht und so den Beweis erbringt, daß sie ihrer sozialen Aufgaben gewachsen ist.

Der Apothekerring gestrengt! Die Verfügung des Oberpräsidenten, wonach die Zulassung aller Berliner Apotheken zu Rassenlieferungen ausfindiglos ist, hat bereits ihre Wirkung gethan. Die Bedelische Apotheke in Schöneberg ist aus dem Ring ausgeschieden und hat mit der Schöneberger Ortsliste einen Vertrag geschlossen, dessen Abmachungen auch für alle übrigen der Zentralkommission angeschlossenen Rassen gelten. Danach gewährt diese Apotheke 20 Prozent Rezepturrabatt, liefert Handverkauf - Artikel zu den Preisen der Preussischen Liste, berechnet auf Spezialitäten 30 Prozent Aufschlag anstatt der amtlichen 60 Prozent, und liefert den Rassen Eisentinktur, russischen Spiritus und Santalölpreisen zu gleichen Preisen wie die Potsdamer Hofapotheke. Es werden in Fabriken und Droguerien im Westen und Südwesten Rezept - Sammelstellen mit täglich mehrmaliger Abholung eingerichtet und die Arzneien den Kranken kostenfrei ins Haus geliefert, so daß bei nicht eiligen Bestellungen die Mitglieder an Rezepten ihren Rassen 20 Prozent ersparen können. — Es dürfte nicht lange dauern, bis auch andre Apotheker gleiche Bedingungen acceptieren!

Der kirchliche Central-Friedhof. Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung der am 29. zusammentretenden Stadtsynode wird die geplante Anlegung eines Central-Kirchhofs bei Stahndorf sein. Das von der Stahndorfer Terrain-Gesellschaft zu erwerbende Grundstück hat eine Gesamtgröße von 156 Hektar, 90 Ar, 33 Quadratmeter, der Ankaufspreis stellt sich auf 1.044.000 M. Das Grundstück soll zunächst zur Errichtung eines gemeinsamen Kirchhofs für die Kirchengemeinden der Diözese Friedrichs-Verder II Verwendung finden. Es wird nördlich durch die unregulirte sogenannte Teltowstraße, westlich durch die L. Vorfore-Heide, südlich durch die Bemerkung Güterweg und östlich durch die neu angelegte Chaussee Stahndorf-Güterweg, bezw. Stahndorfer Bauernländereien begrenzt und etwa in der Mitte von der Teltow-Potsdamer Chaussee durchschnitten. Der geschäftsführende Ausschuss der Stadtsynode empfiehlt die Vorlage mit folgenden Schlussworten: „Wir stehen in einer Zeit, in der bezüglich des Begräbniswesens der Großstadt sich große Umwandlungen vollziehen müssen. Noch hat in Berlin die Kirche das Recht und die Pflicht, für das Begräbniswesen zu sorgen. Zeigen wir uns dieser Aufgabe gewachsen, damit nicht auch bei uns einmal ein Mangel an Initiative kirchlicherseits die Kommunalgemeinden Weisung und Recht erhalten, ihrerseits die Kirchhoffrage neu zu regeln und das kirchliche Interesse dann zu kurz kommen.“ Das kirchliche Interesse ist namentlich in der Friedhoffrage sehr materieller Natur.

Eisenbahnbehörden. Ein kranker Arbeiter schreibt uns: Seit dem 1. April besteht bekanntlich die Verordnung, daß Mitglieder von Krankenkassen, welche von diesen nach Bädern oder Erholungsorten geschickt werden, Fahrpreis-Ermäßigung genießen. Ich verhoffte mir nun vom Vorstand meiner Kasse eine Bescheinigung, in der bestätigt wird, daß ich mich auf Kosten der Kasse 6 Wochen nachwärts erholen soll. Als ich nun auf Grund dieses Ausweises am Anhalter Bahnhof ein Billet forderte, verweigerte mir der Schalterbeamte ein solches mit dem Bemerkung, daß die Bescheinigung der Kasse nicht genüge, sondern ein polizeiliches Attest notwendig sei. Auf meine Frage, wo ich mir in dieser Sache weitere Auskunft holen könne, erhielt ich die Antwort, was ich denn noch weiter wissen wolle, mir sei ja alles gesagt worden. Nach vielen Hin und Her schickte man mich zum Stationsvorsteher für die Billetausgabe, wo ich denselben Bescheid erhielt wie vorher. Ein anderer Beamter meinte sogar, daß von der Kasse, die mich in Pflege nehmen solle, eine Bescheinigung darüber notwendig sei, daß ich mich dort zu ermäßigten Preisen aufhalten könne. Auf meinen Einwand, daß ich nicht in eine Anstalt, sondern zu Privatleuten reife, wurde mir dann der Bescheid, daß mir in solchem Falle überhaupt keine Fahrpreisermäßigung zustehe. Damit ließ man mich stehen. Nachdem ich so erfahren hatte, daß man auf dem Anhalter Bahnhof nicht in Stande war, mir in meiner doch gewiß nicht sehr verwidelten Sache Auskunft zu geben, ging ich zum Amtlichen Reisebureau am Potsdamer Bahnhof, wo man mir bereitwillig und ohne Umschweife erklärte, daß mein Ausweis vom Kassenvorstand voll auf genüge. Vielleicht sorgt die Eisenbahnbehörde dafür, daß die Beamten auf den Bahnhöfen entsprechend unterrichtet werden.

Der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die königliche Porzellanmanufaktur. In den Betrieben, welche den Rechtsanspruch gemäß § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausschließen und an Stelle desselben die freiwillige „Wohltätigkeit“ setzen, gehört auch die königliche Porzellanmanufaktur. In einem Nachtrag zu ihrer Arbeitsordnung wird bestimmt, daß einen Rechtsanspruch auf Vergütung nicht habe, wer für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Dienstleistung verhindert werde. Die Direktion werde aber nach wie vor ohne jede Rechtsverbindlichkeit der Monatsform Vergütungen auch bei solchen Dienstverhinderungen nach freiem Ermessen und festen Grundätzen — selbst denjenigen Leuten gewähren, welche im Stillverdienst stehen und daher von dieser Wohlthat ausgeschlossen waren. Die Verlautung, soll es sich bei dieser Bestimmung um eine vorläufige Regelung handeln. Man erwartet eine generelle Regelung der Materie des § 616 bezüglich sämtlicher Staatsbetriebe.

Am Montag, den 12. Mai d. J., findet im Kaiserhof in Berlin die schon angekündigte Konferenz von Gemeindevertretern der deutschen Städte befaßt Stellungnahme zum Vorkurs-Entwurf statt. Die Verhandlungen beginnen um 11 Uhr mit dem Vortrage eines Parlamentariers, der an den Beratungen der Vorkurs-Kommission hervorragenden Anteil genommen hat. Der Oberbürgermeister einer süddeutschen Stadt wird als Korreferent einen zweiten Vortrag halten, an dem sich dann die Vertreter anschließen werden. Einladungen sind an zahlreiche Vertreter deutscher Städte ergangen, auch liegen schon Anmeldungen in großer Zahl vor. Nachträgliche Meldungen werden noch entgegengenommen und sind an Herrn Stadtrat Kallisch, Berlin C., zu richten.

Ueber die Ergebnisse einer Theateraufführung für Schulkinder veröffentlicht die „Pädagogische Zeitung“ einen Bericht, der manches enthält, was die Beachtung weiterer Kreise verdient. Es handelt sich um eine der „Zell“-Aufführungen, die für Kinder der Berliner Gemeindeviertel veranstaltet worden sind. Ein Lehrer ließ seine Schüler am Tage nach dem Besuch des Theaters in der Klasse ihre Gedanken über die Aufführung zu Papier bringen, ohne ihnen über das Was und das Wie etwas zu sagen. In den gelieferten Arbeiten wurden besonders die Mißstände, die Aufschreie und Kitzelhaftens Tod als wirkungsvoll geschildert. Auf einen der Knaben hatte Kitzelhaftens Unterredung mit Audenz und Tello Mitleid zu den Seinen einen tiefen Eindruck gemacht. Einer meinte, die Schweizer hätten dreinschlagen sollen, als Gehler den Zell abführen ließ. Die Mehrzahl der Knaben machte Bemerkungen über Dekorationen und Kostüme. Ein Schüler hob hervor, daß die Kostüme der Tracht des 14. Jahrhunderts entsprächen, ein anderer pries das Kunstvolle und Natürliche der Dekorationen. Ein

12 1/2 Jahre alter Knabe, der zum erstenmal im Theater gewesen war, schrieb: „Es geht ein eigenartiges Gefühl durch die Brust eines Reulings, welches man nicht beschreiben kann. Als wir das Theater verließen, hatte ich den Wunsch, ein ebenso willensstarker Mann zu werden, wie Zell.“ Der Mut des Knaben Walter hatte die Bewunderung vieler erweckt. Von Audenz wurde gerühmt, daß er sich seiner Landsleute annimmt, Gehler wurde wegen seiner Grausamkeit getadelt. Ein angegebener Kritiker schrieb: Zell verhielt sich hinter dem Hohlstrich etwas zu laut, sodas ihn Gehler hätte bemerken müssen. Sonst war die Aufführung sehr gut.“ Ein anderer meinte, Gehler sei zu „kalterblütig“ gekleidet gewesen, auch habe der Felsen gewackelt. Ein Dritter bemängelte, daß nicht 8, sondern 7 barmherzige Brüder gesungen hätten; in jeder Stimme müßten 2 Sängler sein.

Einen tragischen Tod erlitt, wie uns die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-Verbandes mitteilt, der Klempner Schiffer aus Ungarn. Am letzten Sonnabend stürzte das Baugerüst ein, auf welchem Schiffer arbeitete, und der unglückliche junge Mann starb an den Folgen des Unfalls. Schiffer war ein äußerst rühriges und thätiges Mitglied der Organisation und hat sich um die Ausbreitung des Verbandes sehr verdient gemacht. Sein Andenken wird bei den Berufskollegen in Ehren bleiben. Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 27. d. M., früh 10 Uhr, auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee.

Ein kleines Abenteuer, an das er wohl noch einige Zeit denken wird, erlebte in der Nacht zum Freitag in Berlin ein Rentier aus Westfalen. Der Mann, der hier in einem Hotel wohnte, wollte sich auch einmal Berlin bei Nacht ansehen. Dabei bekam er, obwohl er als trinkfester Sohn der roten Erde einen guten Stiefel getragen kam, schließlich doch etwas zu viel. In vorgerückter Stimmung geriet er nun in die Nähe des Alexanderplatzes noch in ein Lokal, dessen Stammpublikum solche Gäste besonders willkommen sind. Mit Vergnügen folgte er einer Gesellschaft von drei „Herren“, die er hier kennen lernte. Weniger angenehm aber war das Erwachen am nächsten Morgen. Als der Wessale sich nämlich in einer Laubenkolonie hinter dem Friedrichshain wiederfand, war er um seine Barschaft von 200 M. und die goldene Uhr mit Kette leichter. Seine Stimmung hob sich aber wieder, als bald darauf die Kriminalpolizei schon in der Lage war, ihm den größten Teil des Geldes und die Uhr mit Kette wiederzugeben und ihm drei seiner lebenswichtigen nächtlichen Fährer noch einmal vorzustellen. Das war so gekommen: Die neuen Besessenen aus jenem Lokal, die wohnungslosen Arbeiter Max Schallhied, August Mucha, Anton Köpfel und ein vierter, den man noch nicht kennt, verschleppten den Rentier durch den Friedrichshain nach der Laubenkolonie an der Bögenstraße, betteten ihn dort so sanft, als der Erdboden es erlaubte, nahmen sich, als er bald darauf eingeschlafen war, seiner Barschaft und der Uhr an, warfen ihm die geleerte Brieftasche an den Kopf, um zu sehen, ob er auch noch fest schläfe, und gingen dann wieder der Stadt zu, um sich einen vergnügten Tag zu machen. Daraus wurde nun freilich nichts. Denn ein Mann, den sein Weg zu später Stunde noch durch den Friedrichshain führte, und ein Laubenbesitzer hatten, selbst unbemerkt, die Gesellschaft gesehen. Da sie erkannten, daß der eine Herr, der unheimlich „forteilte“, eigentlich nicht zu seinen Begleitern pafte, so waren sie neugierig, was die wohl mit ihm anfangen würden, und sahen nun wie die Kette endete. Unbemerkt folgten sie den vier Männern nach der Stadt zurück, bis sie Schutleute trafen und mit deren Hilfe drei von ihnen, die sogenannten „Arbeiter“, festnehmen konnten, während der vierte durch den Hain entflo. Einer wäre beinahe noch entwischt. Er floh in ein Haus der Straße am Friedrichshain, ein Schutmann fand ihn aber in einem Winkel auf dem Hausboden wieder und holte ihn heraus. Der gefesselte Rentier war unterdessen durch einen geschundenen Schloß in der kühlen frischen Luft schon etwas erstickert, aber doch ein wenig erheitert, als man ihn weckte. Das Wiedersehen mit seinen Begleitern auf dem Alexanderplatz machte ihm weniger Freude, als die Rettung von Barschaft und Uhr, denn ohne diese wäre ihm der Heimweg wohl etwas ungemütlich geworden.

Ein Einbrecher- und Diebentum ist von der Kriminalpolizei in der Landbergerstraße angeschlossen worden. Hier betrieb im Hofgebäude im zweiten Stock ein Ehepaar Engelmann seit Jahren eine Schlächterherberge, in der sich nach und nach allmählich ein Geschäft neben wirtlichen Schlächtergeschäften einfindet. Die ganze „Herberge“ besteht aus einem einzigen Raum mit einem großen runden Tisch in der Mitte und Bänken ringsherum an den Wänden. Da der Engelmanns das Herbergs-Geschäft nicht genug einbrachte, so ließen sie sich mit Einbrechern und Dieben ein, die bei ihnen Unterschlupf fanden, wenn die Polizei ihnen auf den Fersen war. So wurden sie allmählich Hauptdiebe, die mit zwei Unternehmern arbeiteten, einem gewissen Schurdt und Lehmann, und doch das Geschäft kaum bewältigen konnten. Oft sammelten sich große Bestände aus Warenhäusern an. Dann mußte wegen Mangels an Raum um jeden Preis ausverkauft werden, durch Schurdt und Lehmann direkt an Privatleute oder wieder an andre Diebe. Die Kriminalpolizei hatte sich schon seit einiger Zeit die Leute, die in der Herberge verkehrten, etwas genauer angesehen und darunter auch drei Männer gefunden, die ihr als bestrafte Einbrecher schon bekannt waren, die früheren Schlächtergeschäften Schend und Hundsdorf und den ehemaligen Hausdiener Pauli. Beamte beobachteten nun das Treiben unangesehen, bis wieder einmal ein großer Transport wegen Ueberfüllung des Lagers erfolgen sollte. Als dann ein Möbelwagen vollgepackt war und gerade abfahren wollte, schwang sich ein Kriminalbeamter auf den Boden, während andre das Ehepaar Engelmann und dessen ganze Rundschau in die Mitte nahmen. Unter einem großen Menschenanfang ging es erst nach der Reiterstraße in der Richtung des Hofes und dann unter Bedeckung von uniformierten Schutleuten nach dem Polizeipräsidium. Als man hier abließ, fand man auf dem Wagen so ziemlich alles, was in einem Warenhaus zu haben ist, außer Tricotagen und Seidenstoffen auch Schinken und Würste und alle möglichen andern mehr oder weniger nützlichen Sachen. Nach Sortierung des Lagers konnte festgestellt werden, daß ein großer Teil der Sachen von Einbrechern und Dieben in heißen Warenhäusern gestohlen worden ist; für einen andern Teil aber haben sich die Eigentümer noch nicht gefunden. Die ganze Einbrecher- und Diebentumsgesellschaft wurde nach Moabit in Untersuchungshaft gebracht.

Ein Einbruch in ein Uhren-, Gold- und Silberwarengeschäft ist in der Nacht zum Freitag in Hannover verübt worden. Die Diebe erbeuteten für 4000 M. Waren und sind vermutlich nach Berlin gekommen, um sie hier an den Mann zu bringen.

Das Opfer eines Unfalls ist der 50 Jahre alte Bergolder August Otto aus der Reimelerstraße 17 geworden. Abends von einem Ausgange zurückkehrend, stürzte er, wahrscheinlich infolge eines Schwindelanfalls, von der Handtreppe und zog sich einen Schädelbruch zu, der nach kurzer Zeit zum Tode führte.

Einen ungewöhnlichen Selbstmordversuch machte Donnerstagabend ein unbekannter Mann im Tiergarten. In dem Pförtner des Hauses Tiergartenstr. 17, der sich seinem Grundstück gegenüber auf eine Promenadenbank gesetzt hatte, gestellte sich ein Mann von etwa 30 Jahren, der seinem Äußeren nach dem Mittelstand anzugehören scheint, und plauderte mit ihm über dieses oder jenes. Gegen 11 1/2 Uhr zog er plötzlich einen Revolver aus der Tasche und schob sich eine Kugel in den Kopf. Schauer verwundet und bestimmungslos wurde er von dem Pförtner und einem Schutmann nach einem Krankenhaus gebracht. Hier ist er noch nicht wieder zu sich gekommen. Der Unbekannte hat einen dunklen Schnurrbart und trägt einen dunklen Anzug.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödlich verunglückt ist am Donnerstagabend, das 6 Jahre alte Töchterchen Clara des Schuidners Sprenger von der 248. Gemeindegasse an der Ecke der Weisestraße und der Straße Alt-Moabit. Das Mädchen fiel aus einem Fenster des zweiten Stockes an der Weisestraße auf den Hof hinab und blieb mit einer Schädelverletzung auf dem

Pflaster liegen. Der Vater brachte es schleunigst nach der Unfallstation in der Gutfenstraße, wo ihm der Arzt einen Verband anlegte. Aber schon nach kurzer Zeit verchied es. Wodurch der Unfall verursacht wurde und ob jemand ein Verschulden trifft, bedarf noch der Untersuchung. Die Leiche wurde von der Revierpolizei zur gerichtlichen Obduktion beschlagnahmt. Die Todesursache scheint eine Gehirnerschütterung zu sein.

Unterschleife bei der städtischen Sparkasse sind gestern in der Hauptsparkasse entdeckt worden. Die Höhe der verurteilten Summe beträgt etwa 28 000 M. Der Unterschleife hat ein Beamter der Sparkasse, der Buchhalter W., sich schuldig gemacht. Ueber den Vorgang wird gemeldet:

Seit zehn Jahren zählte zu den Beamten der städtischen Sparkasse der Buchhalter Paul W. In der letzten Zeit herrschte indes gegen ihn in den leitenden Kreisen der Kasse eine gewisse Unzufriedenheit, die schließlich dazu führte, daß W. einem andern Zweige der städtischen Verwaltung überwiesen wurde, und so war er seit Mai v. J. in den Büros der städtischen Gaswerke thätig. Ein Mißtrauen gegen seine Ehrlichkeit hatte schon deshalb nicht bestanden, weil er Gelder weder anzunehmen noch auszugeben hatte. Sein Amt war nur, im Verkehr mit dem Publikum die ein- bezw. ausgezahlten Beträge in die Sparkassenbücher einzutragen und dementsprechend die Conten der betreffenden Sparere zu führen. Und dennoch ist es ihm gelungen, mehrere Jahre hindurch mittels betrügerischer Manipulationen sich Geld zu verschaffen und sein Vergehen zu verdecken. Er konnte dies allerdings nur durch einen Helfershelfer, und mit diesem hatte er ein System vereinbart, das sich kurz wie folgt skizzieren läßt: Ws Vertrauensmann hatte auf den Namen A. R. drei Mark eingezahlt. Daraus machte er im Sparkassenbuch 300 Mark und trug dementsprechend in das Konto des A. R. dieselbe Summe ein. Durch diese Fälschung deckten sich Buch und Konto, und erdient nun der Helfershelfer und wollte etwa 100 Mark abheben, so stand dem nichts im Wege. Für die großen Abschlässe nahm er dann neue Verschleierungen vor, so daß am Ende des Geschäftsjahres alles in bester Ordnung schien. Als nun W. im Mai vorigen Jahres aus der Buchhalterei der Sparkasse vertrieben wurde, hörten natürlich die Schiedungen auf, und ein andrer erhielt die bisher von ihm geführten Konten, von denen je 65 000 von vier Beamten zu bearbeiten sind. So kam der Abschluß des letzten Geschäftsjahres heran, und dieser Abschluß wollte nicht stimmen. Es währte nicht lange, und es war heraus, daß die Differenz bei den Conten liegen müsse, denen W. vorkam. Bald wurde es auch klar, daß die Differenz betrügerischen Buchungen entstamme, und so gelangte man hinter die Mauer des ungetreuen Beamten. Eine weitere Verfolgung über den Ursprung der Differenz und eine darauf gerichtete Revision der früheren Abschlässe ergab, daß W. mit diesen Unterschleifen vor etwa sechs Jahren begonnen haben mußte. Mit wem er hierbei im Bunde gestanden, ist noch nicht ermittelt. Fest steht nur, daß er selbst kein Sparkassenbuch hatte und daß er mit seinem Namen dabei nicht operierte.

Die von dem in Altona verhafteten Einbrecher Jeanrenaud gemachten Angaben, daß er einen Teil seiner Diebstehle in seiner in Berlin befindlichen Wohnung verdeckt habe, sind nach den Feststellungen der hiesigen Polizeibehörde unzutreffend. Der Dieb hat in Berlin nie eine eigene Wohnung besessen; dagegen ist es nicht unmöglich, daß er einen Lagerraum gemietet hat, in welchem ein Teil der Diebstehle verborgen gehalten wird. Jeanrenaud hat bis zu seiner vor anderthalb Jahren erfolgten Heirat mit einer Kellerin nur Schlafstellen innegehabt. Nach seiner Verheiratung beschaffte er eine eigene Wohnung, sondern wohnte als Chambergenosse in der Alexander- und Alten Jakobstraße und dann in Charlottenburg, wo er in der Selenheimerstraße ein Lokal mit Damenbedienung unterhielt. Im Februar mietete er sich ein in einem Keller gelegenes Zimmer in der Solmsstraße und fuhr am 1. März mit seiner Frau nach Hamburg. Die Behauptung des J., daß er Complicen nicht besitze und alle Einbrüche allein verübt habe, ist unzutreffend. Zweifellos gehört er einer größeren Diebstehlsbande an, bei welcher der Verhaftete jedenfalls die Rolle eines Heblers und Verkaufsbereiters gespielt hat. Nach den bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei hat J. den Vertrieb der gestohlenen Waren teils in seinem Lokal in der Selenheimerstraße, teils durch Hausierer in Berlin bewirkt. In seinem Laden in Altona sind für ca. 40 000 M. Waren verkauft worden, die zum Teil aus in Berlin und Umgebung verübten Diebstählen, zum Teil aber auch aus Einbrüchen in großen Provinzialstädten herrühren, bei welchen der Verhaftete aber nicht aktiv mitgewirkt haben kann.

Die Untersuchung gegen den Erfinder Ganswindt, dessen Haftentlassung, wie bereits mitgeteilt, vom Landgericht II abgelehnt worden ist, richtet sich neuerdings auch auf weitere Delikte. Es ist jetzt die Verhaftung erhoben worden, daß Ganswindt bei der Verfertigung seiner Erfindungen vor Interessenten sich betrügerischer Manipulationen habe zu Schulden kommen lassen, um die Bedeutung und den Wert der Motore höher anzuschlagen. So wird behauptet, daß Ganswindt bei der Verfertigung seines Flugapparates das Streifen dadurch bewirkt habe, daß er die Flügel tragende Stange mit einem Draht in Verbindung brachte und so den Apparat, ohne daß die Fugstangen den Betrag merken konnten, hob. Es haben bereits in dieser Sache Zeugenerklärungen vor dem Untersuchungsrichter stattgefunden. Ganswindt bekennt entschieden, derartige Verfertigungen verübt zu haben.

Arbeitslosigkeit hat den 49 Jahre alten Arbeiter Franz Vassinski aus der Eppelmerstraße 34 in den Tod getrieben. Seit ungefähr einer Woche vermisst, wurde er gestern an der Stralauer Allee als Leiche aus der Spree gefischt.

Ladendiebe. Zwei am 23. d. M. festgenommenen gewerdmäßigen Ladendieben sind eine Anzahl Anklagen-Vorklagen abgenommen, die ohne Zweifel aus Diebstählen herrühren. Bestohlene werden gesucht, sich im Zimmer 97 des Polizeipräsidiums in den Vormittagsstunden zu melden.

Strafenspernung. Der Marheineke-Platz von der Schleiermacher- bis zur Wittenwalderstraße wird behufs Anpflasterung vom 23. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Verein für Handwirtschafst-Genossenschaftswesen hält Montag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Arminkallen, Kommandantenstr. 20, eine Sitzung ab. Tagesordnung: Unsere bisherige Tätigkeit und unsere weiteren Pläne. Gäste sind willkommen. Aufträgen, den Verein betreffend, sind zu richten an die Vorsitzende Frau Emil Braun, Hahnsstr. 159.

In der Industrie-Anstellung. Berlin Luisenpark, Dresdenstraße 34/35, findet die Verkündigung des preidichterlichen Urteils heute, Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, statt. Es gelangen ungefähr 20 Ehrenpreise, 68 goldene und etwa 80 silberne Medaillen zur Verteilung.

Zur 28. Mastviehandstellung, die am 30. April und 1. Mai auf dem städtischen Viehhof stattfand, sind von 125 Ausstellern 1083 Tiere angemeldet worden. Die Schau wird somit etwas kleiner als im Vorjahr, wo 143 Jüchter und Mäher 1101 Tiere vorführten. Die Provinzen Brandenburg, Pommern und Posen sind durch je 25 bis 27 Aussteller vertreten, von den übrigen preussischen Provinzen haben sonst nur noch West- und Ostpreußen, Sachsen, Schlesien und Schleswig-Holstein die Schau bestrahlt. 28 Aussteller kommen aus sonstigen deutschen Bundesstaaten. Die angemeldeten 1088 Tiere entfallen auf 813 Kammern, da sowohl Schweine wie Schafe zumeist in Losen vereinigt werden. Ausgeschlachtete Mastschweine wogen 7 Aussteller vorführen. 39 Jünnen endlich haben Maschinen, Geräte und verschiedene Bedarfsartikel angemeldet.

Feuerbericht. In der letzten Nacht wurde die Wehr nach der Gräfenstraße 65 gerufen, wo in einer Wohnung Gardinen und Kleidungsstücke in Brand geraten waren. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Königsstraße 58 in einer Küche ein Feuer abzulöschen, das den

Fuhrboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Ein größerer Wohnungsbrand beschäftigte die Wehr in der Hensburgerstraße 5 längere Zeit. Hier war abends kurz nach 11 Uhr in einem Schlafzimmers Feuer ausgebrochen, das in der Hauptkammer Möbel, Kleidungsstücke und Porzellan beschädigte. Außerdem liefen in der Zwischengasse noch Alarmierungen von der Kaiser Wilhelmstraße 18, Schleimannstraße 16 und Prenzlauer Allee 113 ein. In allen Fällen handelte es sich indes nur um kleinere Brände, deren Ablöschung bald erfolgen konnte.

Aus den Nachbarorten.

Die Stadtverordneten-Versammlung von Rixdorf mußte in ihrer Sitzung vom 21. April eine Reihe schöner Ansprachen über sich ergehen lassen. Zunächst begrüßte die Stadtverordneten-Vorsteher Sander den Ersten Bürgermeister Bobdin zu der Verteilung des Titels Oberbürgermeister, welche allerhöchste Anerkennung in der gesamten Bevölkerung Rixdorfs Freude und Bewunderung hervorgerufen habe. Dann wurde die Einführung der wiedergewählten unbesoldeten Stadträte Hiesmann, Plegra und Zeile unter freundlichen Worten vollzogen. Und schließlich führte Herr Bobdin den an Stelle des so würdevoll ausgeschiedenen Herrn Granier gewählten besoldeten Stadtrat Weinreich ein, der zuletzt Magistrats-Abschluß in Stettin war. Nachdem ihn der Bürgermeister verpflichtet und ihm für sein neues Amt Glück und Segen gewünscht hatte, hielt ihm Stadtverordneten-Vorsteher Sander in längerer Ausführungen die Erwartungen vor, die die Versammlung bezüglich seines Wirkens hegt. Darauf ver sprach Herr Weinreich, alles, was in seinen Kräften stehe, zum Wohle der Stadt zu thun.

Ohne Debatte nahm die Versammlung ein Urlaubsgesuch des Stadtverordneten Dackeder Keller (Soc.) entgegen, der wegen eines ihm ärztlich attestierten Nervenleidens bis zum Herbst von der Amtstätigkeit suspendiert zu sein wünscht. — Der unbesoldete Stadtrat Poype, dessen Wahl die Regierung bestätigt hat, kann erst später eingeführt werden, da er auf einer Reise erkrankt ist. Da Direktor Poype bislang Stadtverordneter war, muß eine Neuwahl stattfinden. Die Versammlung wählte die Mitglieder des Wahlvorstands. — Mit der vom Magistrat und Baudeputation vorgeschlagenen Abänderung der Hausfluchtlinien für den Platz Va und der Festlegung von solchen für den Perfurthplatz, erklärte sich die Versammlung einverstanden, ebenso mit dem Statut, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer der höheren Lehranstalten zu Rixdorf. Es ist ein sogenanntes Anstaltsstatut. Der Wortlaut stimmt im wesentlichen mit dem der in anderen Städten erlassenen gleichartigen Statuten an. — Die Stellung des Stadthauptkassen-Kendanten ist neu zu belegen. Die Versammlung beschloß auf Vorschlag des Magistrats, folgende Anstellungsbedingungen für die Stelle festzusetzen: Der Bewerber muß den Anforderungen genügen, die in Rixdorf an einen Magistratssekretär gestellt werden. Er muß mit den allgemeinen Grundsätzen des Bank- und Rechnungswesens vertraut sein und bereits eine ähnliche Kostenstellung verwaltet haben und hat 10 000 M. Kaution zu stellen. Das Anfangsgehalt wird auf jährlich 4200 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um je 300 M. bis zum Höchstbetrage von 5100 M., festgesetzt. An Gehalt werden 200 M. gewährt. — Es wurden dann noch verschiedene Wahlen vorgenommen. In den Stenographenwahl wird außer drei anderen Herren Stadtr. Karl Hennig (Soc.) gewählt.

Neu-Weihenice. Am Montag fand hier die Einführung der neugewählten Gemeindevorordneten ins Dorparlament statt. Von unserer Seite sollten die Genossen Seifert, Kasielle und Garz eingereiht werden. Jedoch hatten wir die Rechnung ohne den — Vorsteher gemacht, denn er gab bekannt, die Wohl unsres Genossen Garz müsse für ungültig erklärt werden, da er die Qualifikation als Hausbesitzer nicht besitze. Laubmann (Soc.) machte in längerer Rede den Herren klar, daß die Landgemeinde-Ordnung nach klarem Wortlaut es gestatte, daß nach § 46 ein mit Vollmacht versehenes Gemeindeglied das Recht zum Wählen hat und nach § 52 auch wählbar ist, zumal die Vollmacht von seiner eignen Tochter gegeben ist. Hiergegen wurde als Beweis der Oberverwaltungs-Entscheid in Sachen Freywald-Panlow hervorgebracht, der jedoch auf diesen Fall gar keinen Bezug hat. Die Abstimmung ergab die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Beschwerde ist bereits eingeleitet. — Ein Antrag der Gesundheitskommission, 2000 Broschüren betr. die Verhütung von ansteckenden Krankheiten gratis unter die ärmere Bevölkerung zu verteilen, wurde der Kosten wegen abgelehnt. Hier kann man auch sagen: Von Kultur keine Spur.

Zu der Anzeige, die Gehlsen gegen die Leiter des Charlottenburger Spar- und Kreditvereins bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II gemacht hat, wird aus den Akten der jetzigen Genossenschaftsleitung berichtet, daß Gehlsens Behauptung, der Verein sei nicht mehr im Stande, den Sparern ihr Guthaben auszugeben, den Tatsachen durchaus nicht entspreche. Auch das Publikum betrachte die Sanierung als eine durchgreifende und richtige Maßnahme. Das gehe auch daraus hervor, daß sich alle Geschäfte, Abhebungen und Einzahlungen von Spargeldern und Depositen, in gewohnter ruhiger Weise abwickelten. Zur Dividendenverteilung im letzten Jahre habe der Genossenschafts-Anwalt Dr. Ehler in der Generalversammlung mitgeteilt, daß man die definitiven Verluste erst in den letzten Wochen festgestellt habe. Bei den letzten Bilanzanstellungen der letzten Jahre, die unter seiner Leitung erfolgten seien, habe um so weniger eine Abschreibung erfolgen können, als die allgemeine Ansicht dahin gegangen sei, daß die fraglichen Geschäfte bei ruhiger Abwicklung einen Verlust für den Verein nicht herbeiführen würden.

Die Trennung der gemeinsamen Orts-Krankenkasse für Schöneberg und Friedenau und die Gründung einer eignen Orts-Krankenkasse für Friedenau ist auf Antrag des Gemeindevorstandes von Friedenau vom Bezirksausschuß verfügt worden. In dem betreffenden Schriftbild wird u. a. ausgeführt: „Die Auscheidung der zur Gemeinde Friedenau gehörigen versicherungspflichtigen Mitglieder aus der gemeinsamen Orts-Krankenkasse wird in der Erwägung verfaßt, daß grundsätzlich eine Orts-Krankenkasse für je eine Gemeinde zu errichten ist, sowie daß nach dem Ansichenden der zur Gemeinde Friedenau gehörigen versicherungspflichtigen Mitglieder und bei Gründung einer selbständigen Orts-Krankenkasse in Friedenau im Hinblick auf die große Anzahl der Versicherungspflichtigen (in Schöneberg ca. 10 100, in Friedenau ca. 1050) an der Betriebsfähigkeit beider Orts-Krankenkassen nicht wird gezweifelt werden können.“

Aus Wilmersdorf. Ein Kommunalprojekt von beträchtlichem Umfange stellte der Gemeindevorsteher in der Sitzung des Ortsparlaments am Donnerstag auf. In dieser Sitzung wurden die neuen Mitglieder, nämlich drei Schöffen und zwölf Gemeindevorordnete eingeführt; unter letzteren befinden sich auch unsere Parteigenossen Hilpert und Schröder. Der Umstand, daß die Vertretung in ihrer neuen Gestalt zum ersten Male tagte, gab dem Gemeindevorsteher Veranlassung, daranzu hinarbeiten, daß zunächst die Stadtverordn. und der Austritt aus dem Kreisverbande erörtert werden müsse; des weiteren seien zu erledigen das Millionenprojekt der Kanalisationsverbesserung, der ebenso notwendige Bau eines Krankenhauses, sowie Verbesserungen im Schulwesen, im Straßenbahnbau, sowie Verbesserungen in der Hand, indem sie einstimmig einen Antrag auf Annahme der Städte-Ordnung und Austritt aus dem Kreisverband gerichtlich beschloß. Die früheren gleichlautenden Beschlüsse hat die Regierung nicht allzu günstig aufgenommen; und auch jetzt wird es schwere Mühe und ein schweres Stück Geld kosten, aus den Wilmersdorfer geradezu lächerlich ansehenden Fesseln der Dorferfassung heranzubekommen.

In dem einen Jahre vom 1. April 1901 bis zum 1. April 1902 ist die Einwohnerzahl des Ortes von 32 554 auf 37 288 an-

gewachsen; diese Vermehrung fällt fast ausschließlich auf die an Charlottenburg und Schöneberg grenzende Gegend nördlich der Hängelstraße, im „Reingau“ südlich des Bahnhofes Schmargendorf ist die Einwohnerzahl sogar von 723 auf 606 zurückgegangen.

Mit der Arbeit in den verschiedenen Kommissionen sind unsere Parteigenossen entsprechend bedacht worden. Ratusch gehört zu der Kommission für das Feuerlöschwesen, der Grundeigentums-Deputation, der Hochbau- und der Finanz-Deputation, Hilpert der Einquartierungs-Kommission, der Verwaltungs-Kommission und der Baudeputation, Schröder dem Kaiser-Archiv, der Wahlprüfungs-Kommission, der Tiefbau- und der Kanalisations-Deputation.

Der Redacteur Dr. Klein aus Groß-Ziethenfelde, über dessen Verhaftung wegen Meineides mehrfach berichtet wurde, ist auf den Antrag seiner Verteidiger Justizrat Casel und Rechtsanwalt Löwenstein ohne Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Die Hauptverhandlung gegen ihn ist auf den 9. Mai angelegt worden.

Ordnungskampf in Spandau. Die Stadtverordneten-Versammlung von Spandau hat in einer sehr stürmischen Sitzung die schon erwähnte Änderung der Geschäftsordnung gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder angenommen, wonach eine namentliche Abstimmung nur durch Beschluß der Mehrheit herbeigeführt werden kann. Die sozialistischen Stadtverordneten verlassen darauf den Saal. — Ob die bürgerlichen Elemente von dieser Vergeßlichkeit im Ernst einen Vorteil erhoffen?

Geriichts-Beitrag.

Gefängnisstrafe für ein Kind. Wie notwendig es ist, daß das strafmündige Alter hinaufgesetzt wird, zeigte sich gestern von neuem in einer Gerichtsverhandlung. Der 12jährige Schüler Max Steffen, der also soeben das strafmündige Alter erreicht hat, außerdem in körperlicher Beziehung zurückgeblieben ist, stand unter der Auflage des Raubes vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. In der Mittagsstunde des 31. Januar ging der Angeklagte mit seinem 6jährigen Bruder durch die Passalstraße. Es begab sich, daß der 6jährige Gertrud Berger, die von ihrer Mutter zum Götterfortgeschickt worden war und nun zurückkehrte. In der rechten Hand zog er ein Täschchen, die Linse hielt sie fest geschlossen. Der Angeklagte zog sofort den Schluß, daß sie in der linken Hand das herausbekommene Geld berge; er verständigte sich sofort mit seinem kleinen Bruder, wie sie sich in den Besitz des Geldes setzen konnten. Sie folgten dem Kinde. Als dieses in ein benachbartes Haus gehen und die Thür öffnen wollte, kam der sechsjährige ihm zuvor und versperrte ihm den Weg. Nun wollte der Angeklagte die geschlossene Hand des Kindes, öffnete sie mit Gewalt und eignete sich die 40 Pf. an, die sie enthielt. Von der Beute warf er seinem kleinen Bruder ein Zehnpfennigstück zu und ergriff mit dem übrigen Geld die Flucht. Er wurde verhaftet und ergriffen. Der Gerichtshof glaubte diesen Streich eines dummen Jungen mit einem Monat Gefängnis ahnden zu müssen. Daß der Knabe, der damit für sein ganzes Leben gebrandmarkt ist, gebessert aus dem Gefängnis zurückkehrt, werden nur wenige Menschen glauben.

Das „Tulden“ einer öffentlichen Tanzlustbarkeit in der Provinz Brandenburg ist nicht strafbar. Im Lokal des Gastwirts Zurl zu Klein-Madow hatten einzelne Gäste im Laufe eines Sonntagsmittags Klavier gespielt und andre hatten die Gelegenheit zu einem Tanzgenusse benutzt. Infolge wurde deshalb in zweiter Instanz auf Grund der brandenburgischen Oberpräsidial-Verordnung von 1892, wonach zur Veranstaltung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich ist, zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Landgericht sahete unter andern ans, daß J. selbst dann strafbar sei, wenn er die Tanzlustbarkeit, für die die Erlaubnis weder nachgefragt noch erteilt war, auch nur geduldet habe. — Der Strafsenat des Kammergerichts gab der Revision des Angeklagten statt und sprach ihn mit folgender Begründung frei: Nach den Feststellungen des Landgerichts habe Angeklagter die Tanzlustbarkeit, die allerdings als öffentliche anzusehen sei, nur geduldet, nicht aber sie veranstaltet, da er keine Maßregeln getroffen habe, welche bestimmt und geeignet gewesen seien, die Abhaltung der Lustbarkeit zu ermöglichen. Nach der angezogenen, für die Provinz Brandenburg erlassenen Präsidialverordnung könne er aber wegen des Duldens der Lustbarkeit nicht bestraft werden.

Unzulässige Regierungsverordnung. Der Regierungspräsident zu Köln a. Rh. hatte zum Schutze der landwirtschaftlichen Schönheiten des Siebengebirges, sowie um die Touristen vor Belästigungen zu bewahren, eine Polizeiverordnung für den Bezirk des Siebengebirges erlassen, deren einzelne Vorschriften auf ein Verbot der Steinbrüche betriebe im Siebengebirge hinausliefen. — Der Steinbruchbesitzer Kell, der einen Steinbruch am Petersberge hat und nach der genannten Verordnung verfahren sollte, legte im Verwaltungsstreitverfahren. Das Ober-Verwaltungsgericht entschied zu seinen Gunsten und erklärte die Verordnung für rechtungsgültig, weil § 10 II, 17 des Allgemeinen Landesrechts der Polizei nur das Recht verleihe, das Publikum vor Gefahren zu bewahren, nicht aber das Recht, es gegen Belästigungen zu schützen oder sein Interesse an ungestörtem Genusse landschaftlicher Schönheiten wahrzunehmen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

N. 100. Wenden Sie sich an den Verband der Handels- und Transport-Arbeiter, Gewerkschaftsbau.

Tessau. Schreiben Sie unter Adresse N. . . , New York. Das genügt vollständig.

N. 3. Die Steuer (Staatssteuer) beträgt bei einem Einkommen von 900 bis 1050 Mark 6 Mark
- 1050 - 1200 - 9 -
- 1200 - 1350 - 12 -
- 1350 - 1500 - 15 -
- 1500 - 1650 - 21 -
- 1650 - 1800 - 26 -
- 1800 - 2100 - 31 -

Die Gemeinde erhebt Zuschläge zu dieser Staatssteuer; in Berlin beträgt der Zuschlag 100 Proz., also bei einem Einkommen von 1000 M. noch 6 M. Gemeindesteuer.

Wiener. Wir können Ihnen auch kein Mittel dagegen angeben.

N. 2. 35. Ja. — **Weihenice.** 1 und 2. Uns nicht bekannt. 3. Ja, es ist davon abzuraten. — **N. 24. 38.** Tratte ist Wechsel. — **Koppenstr. 80.** In der Regel nein. Gewas andres ist es, wenn aus der früheren Praxis das Gegenteil erhellt. — **Photo.** 1—3. Ja, doch besteht hierüber Streit. — **N. 2. Ja;** Sie können aber bei der Gewerbedeputation Beschwerde erheben.

Witterungsübersicht vom 25. April 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. in C.
Spandau	764	S	1 wolkig	10	Spandau	773	SW	2 wolkig	—	3	
Hamburg	764	NO	3 bedeckt	10	Berlin	767	R	1 bis bed.	—	11	
Berlin	764	SO	1 wolkig	11	Gort	761	O	5 bedeckt	—	2	
Frankf. M.	763	NO	1 Regen	13	Berden	—	—	—	—	—	
München	763	Still	— heiter	10	Paris	765	NO	1 wolkig	—	9	
Wien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 26. April 1902. Bismlich trübe, am Tage etwas stärker mit leichten Regenfällen und schwachen nördlichen Winden.

Sonntag, den 27. April 1902, vormittags 11 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Oeffentl. Volks-Versammlung.

Tagesordnung: Wie entbinden wir uns von den Mietslasten. Referent: Reichstags-
Abgeordneter Pensch. 2. Diskussion.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Einberufer.

Maurer, Zimmerer u. Bauhilfsarbeiter!

Montag, den 28. April, abends von 7-8 Uhr,
finden im Lokale **Neue Philharmonie**, Köpnickstr. 99, die
Wahlen zum **Innungs-Schiedsgericht** für das Baugewerbe statt.
Die Kandidatenliste der organisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ist
folgende:

Beisitzer.

- a) **Maurer**
Albert Krug, Drontheimerstr. 1c.
Wolff Scholz, Schönleinstr. 20.
b) **Zimmerer**
Paul Tappert, Warochstr. 22.
Wilh. Siegmund, Heidenfeldstr. 3.
c) **Arbeiter**
Karl Sandale, Petersburgerstr. 2.
Cesar Sprenger, Stalitzerstr. 59.

Beisitzer-Stellvertreter.

- a) **Maurer.**
Christian Neumann, Uvarstr. 1.
August Lange, Schwimmbrückenstr. 88.
b) **Zimmerer.**
Albert Videnbogen, Vorlagenerstr. 19.
Wilhelm Bergels, Dieffenbachstr. 32.
c) **Arbeiter.**
Wilhelm Gahn, Friedenstr. 50.
Franz Bongner, Weidenweg 40.

NB. Wahlberechtigt sind alle bei Innungsmitgliedern beschäftigte Personen, die das 25. Lebensjahr
vollendet und seit mindestens einem Jahre in Berlin wohnhaft oder beschäftigt sind.
Als Legitimation gilt ein vom Arbeitgeber ausgefertigter Schein, welcher mit Namensunterchrift oder
Stempel des Arbeitgebers, sowie dem Namen des Arbeiters versehen sein muß. Außerdem hat jeder Wähler sein
Krankenscheinbuch als Legitimation mitzubringen.
Arbeitsgenossen! Die bis heute im Innungs-Schiedsgericht übliche Rechtsprechung gebietet, daß sich die
organisierten Arbeiter, soweit sie bei Innungsmitgliedern arbeiten, an der Wahl beteiligen. Wir fordern daher alle
in Frage kommenden wahlberechtigten Genossen auf, sich in den Besitz der Legitimation zu setzen und pünktlich am
Montagabend zur Stelle zu sein. Jeder Wähler erhält beim Eintritt ins Wahllokal einen Stimmschein zugestellt.

Die Vorstände

der centralorganisierten Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.
V. A.: Karl Panzer. Hermann Kube. Cesar Vötter.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 28. April 1902, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlungen

1. Admiralstraße 18c.
Tagesordnung: 1. Das Baugewerkschaftswesen. Ref.: Kollege
Stramm. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
2. **Lichtenberg, Friedrich Karlstraße Nr. 11.**
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen W. Nitschke.
2. Verbandsangelegenheit. 3. Verschiedenes. 145/19

1. Mai, vormittags 10 Uhr, Frankfurterstraße 117:

Versammlung
Biligt eines jeden Kollegen ist es, daselbst zu erscheinen und sein Mit-
gliedsbuch an der Kontrolle behufs Abstempelung vorzulegen.
Der Vorstand.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 27. April, im Gewerkschaftshause,
Engel-Ufer 15 (grosser Saal)

Wilhelm Busch-Abend

Lichtbilder-Vortrag, gehalten vom Kollegen Wilh. Busch.
Anfang Punkt 7 Uhr. Eintritt einschließlich Tanz 25 Pf.
Billets sind bei den Kollegen Otto Meyer, Engel-Ufer 15 (Bureau)
und C. Trautwetter, Krausstr. 28, III, zu haben.
Gäste willkommen!
Der Vorstand.

Achtung! Bauanschläger! Achtung!

Am Sonntag, den 27. April, mittags 12 1/2 Uhr, bei Schulz,
Grenadierstraße 33:

Oeffentliche Versammlung.

Alle Kollegen, welche eine Neu-Organisation erstreben, sind hierzu ein-
geladen. Referent und Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt
gegeben. [21576]
Der Einberufer.

Grosse Fänge! Seefische billig!

- Schellfische in allen Grössen . . . 20-30 Pf. pro Pfd.
Cabliau (zum Kochen und Braten
sehr zu empfehlen) ohne
Kopf und im Anschnitt 20-25 Pf. . . .
Seelachs 20-22 Pf., Anschnitt 27-30 Pf. . . .
Bratflundern (3 Pfd. 55 Pf.) 20-25 Pf. . . .
Rotzungen 40-45 Pf., Schollen 40 Pf.,
Knurrhahn 25 Pf.

Steinbutten, Seezungen ebenfalls billig!
Lebende Hummer 3 Mk. pro Pfund.

Geräucherte Seefische.

- Schellfische (schöner als Bücklinge) 35 Pf. pro Pfd.
Flundern 70-75 Pf., Roche (Ersatz für Stör) 60 Pf.,
Seelachs 45 Pf. pro Pfund.

Deutsche Dampfscherei-Gesellschaft „Nordsee“

Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.

- II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse,
III. Prinzstrasse 30.
IV. Madalstr. 22, im Schlesiachen Bahnhof.

Johs. Skorczyk

Generalvertreter. [40029]

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 27. April 1902, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Schraubendreher
bei Wetzel, Drangelstraße 136. 114/7
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Grosse Industrie-Ausstellung BERLIN 1902

für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen
und Neuheiten 21/6
vom 12. bis inkl. 27. April
im **Luisenhof**, Dresdenerstrasse 34-35.
Entree 50 Pf.
Heute, Sonnabend:
Verkündigung des Resultates des Preisgerichts.



Reisszeuge

und einzelne Teile der-
selben findet man nur
in ganz vorzüglicher
Auswahl, gediegener
Ausführung und zu
billigsten Preisen in
dem Special-Geschäft
für Präzisions-Optik
von

Ernst Riek, Inh. Carl Buttendorff,

Berlin N., Weinbergsweg 15b,
zweites Geschäft vom Rosenthaler Thor.

Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15b achten.

- Reisszeuge f. Schüler z. M. 1,25, 2,00, 3,00,
4,00 bis 8,00, für Techniker z. M. 5,00, 6,00,
8,00, 10,00, 12,00, 15,00, 20,00 bis 40,00.
Kostenlose Untersuchung der Augen und ge-
nauere Anpassen der Brillen oder Pincenez nach
Kopf- oder Nasenform. — Brillen v. M. 1,00,
Pincenez von M. 1,25 an.



Am 25. April, morgens 2 Uhr, fand
nach langen, schweren Weiden mein lieber
Mann und mein guter Vater, der Schrift-
setzer **Carl Heintze**.

21806 Anna Heintze und Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 27. April, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des katholischen
Kirchhofes aus in Siedende statt.

Am Donnerstag, den 24. April,
fand nach schweren Weiden unter
lieber Kollege, der Schriftsetzer
Carl Heintze
geb. am 12. 8. 64 zu Berlin.
Ein treues Andenken werden
ihm bewahren 21926
Berlin, 25. April 1902
Die Kollegen der Nordd. Buchdr.

Dankfagung.

Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem, insbesondere den Kollegen
u. Kolleginnen der Electricitäts-Gesell-
schaft, Ackerstraße, sowie den Partei-
genossen des 6. Wahlkreises für die
rege Anteilnahme bei der Beerdigung
des Metallarbeiters [40048]

Theodor Schön,
sagen wir unseren tiefgefühltesten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
F. A.: Carl Koch.

Orts-Krankenkasse

für das
Gewerbe der Verfertigung von
Nähschneidemaschinen.

Sonntag, den 4. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr,
im Restaurant Schulz, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung

- sämtlicher Arbeiter-
und Arbeiterkameraden-Vertreter.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1901. 2. Bericht
des Rechnungs-Ausschusses. 3. Wahl
resp. Bestätigung des neuen Rendanten.
4. Verschiedenes. 272/17
Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbe- Kasse der Tischler

u. anderer gewerblicher Arbeiter.
(Ortliche Verwaltung Berlin B).
Sonntag, 27. April, vorm. 9 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal III:

- Mitglieder-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1902.
2. Verschiedene Kassengeschäfte.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.

Etwaige Gläubiger des am 1. April
d. J. aufgelösten **Wirtschafts-
vereins Schöneberg** werden
hierdurch aufgefordert, ihre Forde-
rungen bis zum 3. Mai d. J. bei
dem Geschäftsführer **P. Braun**,
Schöneberg, Wilmersdorferstr. 22,
schriftlich geltend zu machen. 21756

Kaffee

war
selt
noch
wie so
billig
wie
jeht!
Sie erhalten bei mir
Kaffee nach neuester
patentirter Ver-
fahren geröstet zu
0 u. 90 Pf. pro Pfd.
Meine Röstungen
zu 1,00, 1,20 u. 1,40
Mark finden in allen
Handlungen An-
fang, was der heis-
tigste Konsum beweist. 21715
E. L. Hertsch, Rixdorf,
Bergstraße 10.

**Zähne Nr. 2 an
beliebige Teilzahlung.**
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.



Stettiner Jubiläums- Pferde-Lotterie

Hauptgewinne:
**15 Equipagen, complet
bespannt**
und zusammen
100 Reit- u. Wagenpferde
25 Damenfahrräder
40 Herrenfahrräder
160 goldene Medaillen
5000 Paar silb. Esslöffel
usw. 5313 Gew. Werth Mark

200,000

Orig.-Loose à 1 M., 11 Loose = 10 M.,
Porto u. Gewinliste 20 Pfg. empfiehlt

Carl Heintze
Berlin W., Unter den Linden 3.

Dr. Simmel, Praxenstr. 41.
Spezialarzt für 17/13*
Haut- und Harnleiden.
0-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4



Herren-Paletots 7.90.

Selten günstiges Angebot!

- Knaben-Anzüge**, schön garnirt und sauber gearbeitet, 1,68
Mk. 3,12, 2,13.
Burschen-Anzüge, für das Alter von 10-16 Jahren, 3,28
aus derten Stoffen, Mk. 6,17, 4,15.
Herren-Hosen, in allen Weiten und Grössen aus den halt- 1,08
barsten Stoffen Mk. 2,45, 1,75.
Rock-Anzüge, ein- und zweireihig, aus guten schwarzen und 16,75
farbigen Stoffen, eleganter Sitz und sauberste
Arbeit Mk. 24,50, 19,50.
Maass-Anzüge u. Paletots, die von nur sehr 17,28
feinen Kunden

wegen Geldmangels nicht abgeholt werden konnten

Sonntags von 8-10 Uhr und 12-3 Uhr geöffnet.

Carl Sonnenfeld, Reinickendorferstr. 1.



Herren-Anzüge 8.75.